

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 25 Pfg., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg., Sonntags-  
 nummer mit Illustration 10 Pfg., Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. **Pol-  
 abonnement:** 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Schutzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezeigte Kolon-  
 nelle oder deren Raum 20 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Verein-  
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-  
 gebuchte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
 Wort 10 Pfg. Stellengelände und Schaf-  
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inletzte für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. Juli 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der bewaffnete Friede.

Zwölf Jahre sind verflossen, seit der Herrscher aller Reußen sein Friedensmanifest in die Welt gehen ließ, um der internationalen Abrüstung, dem internationalen Schiedsgericht und damit dem ewigen Völkerfrieden die Wege zu ebnen. Für einen Moment verschwand damals das Alpdrücken, das die fortgesetzten militärischen Rüstungen bei allen Völkern hervorgerufen hatten, und selbst die Sinne der liberalsten Völker wurden durch die zarische Friedensschalmei verwirrt. Wer sich noch auf die Leitartikel der liberalen Zeitungen aus jener Zeit besinnen kann, der weiß, welche überschwengliche Hoffnungen das Manifest des Zaren selbst bei vernünftigen Menschen auslöste. Vielen Tausenden, die sich gewöhnt hatten, den Widersinn des militaristischen Systems zu ertragen oder gar zu verteidigen, ging nun ein Licht auf. Sie sahen hell im Osten die Friedenssonne, den Zaren mit der Palme in der Rechten, und sie wähten das Reich des immerwährenden Friedens in greifbarer Nähe.

Zwölf Jahre sind verflossen. Die Weltgeschichte hat den Zaren Nikolaus inzwischen umgetauft. Wer an ihn denkt, der denkt auch an die Knochen jener armen Teufel, deren Gebeine in den Gefilden der Randschäre liegen, der denkt an die ganzen Grenel des russisch-japanischen Krieges, der denkt an jene friedlich-süßen Dörferchen, die von der zarischen Soldateska im Kampfe gegen die Revolution verwüstet wurden, der denkt an all' die edlen Freiheitskämpfer, die die zarische Schreckensherrschaft den schimpflichen Tod am Galgen sterben ließ, der könnte glauben, daß in dem „Friedenszaren“ alle Furien des Krieges personifiziert sind. Der Zar mit der Friedenspalme in der blutriesenden Hand, eine bessere Karikatur auf die Friedensheuschrecke der herrschenden Klassen läßt sich nicht ausmalen! Wer seine Hände tagtäglich im Blute der Oestlen wäscht, der hat das Recht verwirrt, sich Vorkämpfer des Völkerfriedens zu nennen, der darf nicht über den Frieden sprechen, ohne daß sich der edelste Haß der Völker auf ihn lenkt.

Nur zwölf Jahre sind vorbei, und schon in verschiedenen Ländern läuteten die Glocken die Schreden des Krieges ein, und in fast allen großen Staaten hat es Momente gegeben, wo man bereits die Waffen zur grausamen Menschenmörderei schärfte, wo man das Band des Friedens zerrissen wollte. Und was war die Folge dieser Unsicherheit? Immer neue Legionen entstanden, immer größer wurden die stehenden Heere und die Kriegsflootten, immer drückender wurde der Wutiniz, den der Militarismus von den Völkern erheischt. Wo aber blieb der ewige Völkerfriede, wo blieb das internationale Schiedsgericht, wo blieb auch nur die Abrüstung?

Wir wußten, daß es so kommen mußte, wie es gekommen ist. Wir wiesen damals auf die Entwicklungsgesetze hin, die unsere Gesellschaft beherrschen. Wir haben gezeigt, daß der Militarismus, der am Mark aller zivilisierten Nationen zehrt, nichts weiter ist als der Ausdruck des internationalen Konkurrenzkampfes, daß der Militarismus nicht eher verschwinden kann, ehe nicht das kapitalistische System, das diesen Konkurrenzkampf erzeugt, beseitigt ist. Wir haben vorausgesagt, daß der Wahnsinn des bewaffneten Friedens nur durch die Sozialisierung der Gesellschaft sein Ende finden wird.

Und haben uns denn die Tatsachen bisher nicht recht gegeben? Was haben die Friedenskongresse im Haag, die ja das praktische Ergebnis der zarischen Friedensbootschaft sind, erreicht? Man könnte beinahe glauben, daß es jene auserlesene Gesellschaft von Militärs als ihre vornehmste Aufgabe betrachtete, den Gedanken der Abrüstung ins Lächerliche zu ziehen. Die erste Friedenskonferenz verbot beispielsweise den Nationen, im Kriegsfall aus Luftschiffen Sprengstoffe auf feindliche Armeen oder Festungen zu werfen. Dieser Beschluß mußte in Anbetracht der sonstigen Ergebnislosigkeit der Konferenz unsagbar komisch wirken, weil es damals nämlich Luftschiffe, die für eine Verwendung im Kriege in Frage kamen, überhaupt nicht gab. Man setzte sich denn auch richtig über diese Resolution in dem Augenblick hinweg, wo das Problem des lenkbaren Luftschiffes gelöst wurde und wo es einen Zweifel über die militärische Verwendbarkeit des Luftschiffes nicht mehr gab. Begrüßungsbanquets, Phrasen über Abrüstung, nichtssagende Resolutionen, die einer gewissen brutalen Komik nicht entbehren, das ist das ganze Ergebnis der sogenannten Friedenskongresse.

Und nun betrachte man sich einmal die Entwicklung des Verteidigungswesens seit 1898 in allen Großstaaten der Welt und auch bei den übrigen Kulturnationen. Findet man in der Weltgeschichte eine auch nur kurze Epoche, wo auf der ganzen Erde der Ausbau des Verteidigungswesens ein wahrhaftigeres Tempo angenommen hatte, als es heute der Fall ist? In rasend raschem Fortschreiten hat man die Vernichtungsmittel zur See ausgebaut, und auch die Entwicklung der stehenden Heere ist von verhängnisvollem Einfluß auf die Finanzen aller Nationen gewesen. Man greift wohl nicht zu hoch, wenn man die Summe, die den Kulturstaaten der „bewaffnete Friede“ kostete (von den Kosten der Kriege sehen wir hierbei aber noch ab), auf 125 Milliarden Mark schätzt. Die nachstehende Tabelle zeigt, welche ungeheuren Summen allein die acht Großstaaten aufzubringen hatten und wie gerade Deutschland seit der Haager Konferenz den Ausbau des Verteidigungswesens forcierte.

Ausgaben für die Landesverteidigung in Millionen Mark:

|      | Deutsch-land | England | Frankreich | Italien | USA  | Oesterreich | Japan |
|------|--------------|---------|------------|---------|------|-------------|-------|
| 1898 | 750          | 697     | 755        | 800     | 1246 | 379         | 283   |
| 1899 | 700          | 699     | 787        | 901     | 815  | 375         | 274   |
| 1900 | 813          | 1144    | 836        | 907     | 876  | 377         | 280   |
| 1901 | 873          | 1214    | 854        | 924     | 768  | 397         | 291   |
| 1902 | 875          | 1218    | 827        | 958     | 800  | 402         | 283   |
| 1903 | 873          | 1871    | 809        | 1004    | 928  | 410         | 327   |
| 1904 | 854          | 1840    | 771        | 1048    | 1020 | 421         | 344   |
| 1905 | 909          | 1287    | 857        | 1089    | 973  | 496         | 343   |
| 1906 | 998          | 1208    | 940        | 1085    | 965  | 399         | 371   |
| 1907 | 1098         | 1178    | 874        | 1066    | 1066 | 401         | 341   |
| 1908 | 1193         | 1219    | 880        | 1124    | 965  | 428         | 390   |
| 1909 | 1210         | 1277    | 926        | ?       | ?    | 459         | 399   |

Die Tabelle zeigt, daß der deutsche Militäretat bereits den russischen überflügelt hat, obgleich Rußland doppelt so viel Einwohner hat und — wenn man von dem asiatischen Rußland ganz und gar absieht — ein zehnmal größeres Gebiet zu schützen hat als Deutschland. Nur ein Land hat mehr für die Landesverteidigung auszugeben als wir, das ist England. Das freiere Volk der Angelsachsen hat sich noch nicht die allgemeine Wehrpflicht nach preussischem Muster aufzwingen lassen, so daß also die englische Armee eine eigentliche Söldnertruppe ist. Es ist daher erklärlich, daß im englischen Militäretat der Posten „Löhnung und Verpflegung“ eine ganz andere Höhe erreicht als in den anderen Ländern. Dann aber hat das englische Volk die gesamten Kosten für das Verteidigungswesen in dem ganzen britischen Weltreich zu tragen. Das ist eben der „Segen“ der Kolonialpolitik. Weiter zeigt aber auch die obige Zusammenstellung, daß gerade Deutschland durch das Flottengesetz von 1900 Großbritannien zu so gewaltigen Mehr-Ausgaben gezwungen hat, daß auch drüben der sozialpolitische Fortschritt zu stocken begann und daß aus diesem Grunde die liberale englische Regierung eine Verständigung mit Deutschland anstrebte.

Die obige Tabelle läßt auch schon erkennen, daß die Ausgaben für militärische Zwecke weit rascher wuchsen als die Bevölkerung, so daß also die Ausgaben pro Kopf erheblich stiegen. Wie gerade in Deutschland in den beiden letzten Jahrzehnten die Steuerdrücke angepreßt wurde, das geht aus den folgenden Zahlen hervor:

Ausgaben pro Kopf für die Landesverteidigung in Mark:

|      | Deutsch-land | England | Frankreich | Italien | USA   | Oesterreich | Japan |
|------|--------------|---------|------------|---------|-------|-------------|-------|
| 1898 | 13,70        | 22,21   | 19,88      | 6,04    | 16,90 | 8,49        | 8,88  |
| 1899 | 14,14        | 23,—    | 20,55      | 6,71    | 10,88 | 8,83        | 8,68  |
| 1900 | 14,43        | 27,77   | 21,60      | 6,66    | 11,48 | 8,90        | 8,94  |
| 1901 | 15,85        | 29,18   | 21,90      | 6,68    | 9,89  | 8,67        | 8,97  |
| 1902 | 15,15        | 29,—    | 21,18      | 6,83    | 10,87 | 8,70        | 8,64  |
| 1903 | 14,90        | 32,83   | 20,68      | 7,06    | 11,53 | 8,90        | 9,92  |
| 1904 | 14,88        | 31,81   | 19,69      | 7,27    | 12,27 | 8,95        | 10,36 |
| 1905 | 15,31        | 29,10   | 21,87      | 7,31    | 11,60 | 10,40       | 10,24 |
| 1906 | 16,47        | 27,72   | 23,96      | 8,98    | 11,25 | 8,84        | 10,97 |
| 1907 | 17,69        | 26,84   | 22,28      | 7,13    | 12,03 | 8,83        | 10,01 |
| 1908 | 19,12        | 27,53   | 22,36      | 7,49    | 11,—  | 8,76        | 10,49 |
| 1909 | 18,85        | 28,62   | 23,58      | ?       | ?     | 9,—         | 10,76 |

Doch diese Zahlen, die amtlichen Denkschriften entnommen sind, geben noch kein klares Bild. In den oben angeführten Ausgaben der Großstaaten sind die Militärpensionen bereits enthalten. Nur bei Deutschland ist das nicht der Fall. Der Militärpensionsfonds hat aber bereits die Summe von 100 Millionen Mark überschritten, so daß also allein die Pensionen für Deutschland eine Mehrbelastung von ca. 2 M. pro Kopf oder 10 M. pro Familie ergeben. Dazu kommt noch, daß auch in den Aufwendungen für die Kolonien Ausgaben für militärische Zwecke enthalten sind und daß wir auch die Verzinsung der Reichsschuld, soweit sie durch militärische Rüstungen hervorgerufen wurde, in Betracht ziehen müssen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ergibt sich für Deutschland eine Belastung von ca. 24 M. pro Kopf oder 120 M. pro Familie. Diese Summe hat jeder Familienvater allein dem unerfülllichen Moloch Militarismus in den Rücken zu werfen.

Wut und Empörung würde die weitesten Kreise des Volkes erfassen, wenn man diese Summen vom Volke durch direkte Kopfsteuern erheben wollte. Die herrschenden Klassen wissen das, und daher das raffinierte System der indirekten Steuern, das jede Steuerhinterziehung unmöglich macht und das Volk über die Summen, die ihm ausgepreßt werden, hinwegtäuscht.

Wir sehen aus den obigen Ziffern, daß England, Frankreich und Deutschland die höchsten Aufwendungen pro Kopf machen. Verkehrt wäre es, hieraus den Schluß zu ziehen, daß sich in den anderen Ländern der Militarismus weniger drückend bemerkbar macht. Sicher stöhnt beispielsweise der österreichische Arbeiter mehr unter dem Joch des Militarismus als der englische Arbeiter. Zunächst einmal wird in England ein großer Teil der Ausgaben durch direkte Steuern (Reichserbschaftsteuer usw.), die die Besitzenden treffen, gedeckt; dann aber hat der englische Arbeiter auch relativ hohe Löhne

und niedrige Lebensmittelpreise, dank der englischen Freihandelspolitik. In Deutschland und Österreich werden die Mittel nur durch indirekte Steuern aufgebracht, und zwar in erster Linie — das ist das Brutalste an unserem Steuersystem — nicht durch reine Finanzzölle, sondern durch Schutzzölle. Diese erlauben den einheimischen Produzenten, den Preis der Ware um den Zoll zu erhöhen und so ein Vielfaches des Zollertrages als Profit in die Taschen zu stecken. Daher die hohen Lebensmittelpreise in Deutschland.

Wie gering sind den so ausgeprehten Summen gegenüber die Beiträge, die der Arbeiter zur Invaliditäts- und Altersversicherung zu leisten hat. Doch schon mit diesen Beiträgen haben sich großartige Institutionen schaffen lassen. Lungenerkrankungen und Sanatorien haben die Sterblichkeit an Tuberkulose außerordentlich herabgedrückt und viele Tausende von Familienvätern vor frühzeitiger Invalidität bewahrt. Gewiß, es geschieht noch nicht genug zur Hebung der Volksgesundheit und die Invalidenrenten sind unzureichend; aber wieviel könnte noch geschehen, wenn obige Summen zu gemeinnützigen Zwecken verwendet würden. Es gäbe keine Seuchengefahr mehr, und die Tuberkulose hätte endgültig ausgepielt.

So aber werden die wichtigsten Kulturaufgaben vernachlässigt und die innere Wohlfahrt wird dem Militarismus geopfert. Dabei sind wir noch lange nicht am Ende dieser Opfer angekommen, wie ja die neue Heeresvorlage beweist, die die Regierung dem Reichstage noch in diesem Jahre vorlegen wird. Tag und Nacht sinnen in allen sogenannten Kulturstaaten Tausende darüber nach, wie immer bessere Menschenvernichtungsmaschinen an Stelle der vorhandenen gesetzt werden können; mit fieberhaftem Eifer sind die Nationen bemüht, die Mechanismen zu vervollkommen, deren Aufgabe der Menschenmord ist. Wahrlich, wenn etwas die Richtigkeit der Worte John Stuart Mills beweist, daß wir das Zeitalter der Barbarei noch nicht hinter uns haben, dann der Fleiß und die Ausdauer, mit denen Hunderttausende all die Strychnine vorbereiten, die der moderne Krieg zeitigt.

Ein Gewehrmodell verdrängt das andere, ein Geschütz folgt dem anderen, und mit einem Schläge werden oft Dinge entwertet, die wahre Goldberge und die Kraft ganzer Arbeiterheere verschlungen haben. Auf das gewöhnliche Schießpulver folgte das rauchlose, auf das Gewehr mit scharfem Knall das geräuschlose; die Geschosse erlangen eine immer größere Durchschlagskraft und Treffsicherheit, Minen und Luftschiffe bedrohen den Soldaten im Zukunftskriege, der Krieg wird immer unheimlicher, grauenerregender, nervenverwührender, und die materiellen Opfer werden im Kriege und im Frieden immer größer. Die moderne Kriegswissenschaft ist eben die revolutionärste Wissenschaft, die es gibt.

Dabei wird der Militarismus immer mehr zum Selbstzweck der Staaten. Er zehrt wie ein wucherndes Krebsgeschwür am Staatskörper und braucht dessen beste physische und geistige Kräfte auf. Schon jetzt ist die Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des Proletariats weit überschritten. Hunderttausende von Familien können sich selbst bei größter Anpruchslosigkeit nie mehr richtig satt essen, die Unterkonsumtion ist chronisch geworden. Der Militarismus führt — das wußte schon das Manifest Nikolaus des Blutigen so schön zu sagen — zum Ruin, zum Staatsbankrott, zur physischen und geistigen Degeneration des Volkes. Dabei wird der Militarismus immer mehr zum Herrbild auf die wahre Stärke der Nation, weil er sich nicht mehr auf ein gesundes, blühendes und reiches Volk zu stützen vermag. Die Armeen mögen numerisch bis ins Unendliche wachsen, aber jeder einzelne Mann, der neu eingereicht wird und vom Volke erhalten werden muß, trägt dazu bei, es um so rascher verkommen und entarten zu lassen.

Das Proletariat hat in der kapitalistischen Gegenwart genug über viele Probleme nachzudenken und den Kampf gegen die verschiedensten Auswüchse und Uebergriffe zu führen; aber nichts ist so wichtig als der Kampf gegen den Militarismus zu Wasser und zu Lande, dessen Widersinnigkeit drastisch jene gleichenden Goldberge illustrieren, die die Völker dem Moloch opfern mußten.

Kein Arbeiterschutz, keine Volkswohlfahrt, so lange der Militarismus die Völker bedrückt, deshalb Kampf, rücksichtsloser Kampf dem Moloch.

## Für ein deutsch-englisches Flottenabkommen.

Nach den Erklärungen des englischen Premierministers Asquith hat seinerzeit die deutsche Regierung die Stirn besessen, ein Flottenabkommen mit England mit dem beuchleirischen Vorwand abzulehnen, sie sei durch das Flottengesetz gebunden, das von der Volksvertretung beschlossen worden sei; ein Abweichen von dem Flottengesetz werde bei dem Volke auf Widerstand stoßen.

Wir haben sofort die Unversöhnlichkeit dieser Ausrede festgenagelt. Der „Daily Mail“ hat ein übriges getan und bei einer Anzahl bürgerlicher deutscher Blätter eine Umfrage über die Geneigtheit des deutschen Volkes zu einem Flottenabkommen veranstaltet. Ueber das Resultat dieser Umfrage erzählt das „N. T.“:

Die weitaus überwiegende Mehrzahl der befragten Zeitungredaktionen erklärte, die öffentliche Meinung Deutschlands würde eine deutsch-englische Verständigung über die Flottenbauten mit Freuden begrüßen, falls daraus keine Schäd-



dingung Deutschlands erwache und die nötigen Garantien gegeben würden. Die Bremer Beseherzeitung bezeichnet die Eröffnung von Verhandlungen als „jedenfalls höchst wünschenswert“. Die „Königsberger Volkszeitung“ telegraphiert, sie habe ein würdiges Flottenabkommen längst empfunden. Die „Münchener Ztg.“ würde das Ende des „unseligen Wettrennens“ begrüßen, doch müsse Deutschlands Seemacht gewahrt bleiben. Der „Frankfurter Courier“ sagt, die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes würde die Verständigung mit aufrichtiger Freude begrüßen. Die „Straßburger Bürgerztg.“, der „Kürnbirger Generalanz.“, die „Stettiner Ostseeztg.“, die „Aachener Post“, der „Frankfurter Generalanz.“ sprechen sich prinzipiell für ein Abkommen aus, wenn die Interessen der deutschen Seemacht gewahrt bleiben. Der „Hamb. Correspondent“ würde den Verhandlungen mit Sympathie gegenüberstehen, wünscht aber Vorkehrungen dagegen, daß ein Scheitern der Verhandlungen nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen führe. Der „Lübecker Generalanzeiger“ glaubt, daß die öffentliche Meinung die Verhandlungen mit Wohlwollen aufnehmen würde. Der „Dannoverische Courier“ wünscht grundsätzlich eine Flottenverständigung, falls erstens ein gegenseitiger deutsch-englischer Neutralitätsvertrag geschlossen würde, für ausgenötigte Kriege jeder Art mit dritter Macht, und falls man den Handel zwischen beiden Ländern und ihren Kolonien unter die Rechte meistbegünstigter Dritter stelle. Die „Frankfurter Kleinere Presse“ telegraphiert: Die Volkstimmung, wie wir sie beurteilen, wäre einem deutsch-englischen Abkommen in der Flottenrüstungsfrage günstig. Wir bezweifeln aber, daß die Macht haben und drüben schon reif für eine solche Lösung sind. Die „Königsberger Hartungsche Ztg.“ erklärt das liberale Bürgertum sei für die Flottenverständigung, falls die deutschen Interessen gebührend berücksichtigt werden, und würde die Lösung des Problems als Kulturtat von weltgeschichtlicher Bedeutung ansehen. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ würden einer Verständigung zustimmen, falls die Ausführung des deutschen Flottenprogramms nicht davon berührt werde. Der „Liegnitzer Generalanzeiger“ sagt, nur die Seebeträger in Deutschland und in England seien gegen die Verständigung. Die „Dresdener Morgenzeitung“ deploriert die „von militärischen und höfischen Kreisen unabhängige öffentliche Meinung wäre herzlich dankbar für eine Verständigung... Die „Kieler Zeitung“ betont, daß England das freie Eigentumsrecht zur See anerkennen müsse; im übrigen wünschten alle liberalen Kreise ein Abkommen über die Beschränkung der Rüstungen. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ erklären, daß die „überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes“ eine ehrliche Verständigung, die das Nationalvermögen und die Kulturüter mehrern müßte, froh begrüßen würde. Das „Leipziger Tageblatt“ bezeichnet die Verständigung als „wünschenswert und nützlich; eine politische Entente zwischen beiden Ländern müßte vorausgehen. Die „Tagespost“ in Eisenach meint, Politiker und Öffentlichkeit seien ernstgemeintem Verhandlungen geneigt. Der „Stuttgarter Beobachter“ telegraphiert: Die Bevölkerung des deutschen Südens würde nach unserer Kenntnis eine ehrliche Verständigung freudig begrüßen.“ Die Zeitung „Deutschland“ in Weimar spricht sich sehr warm für ein Flottenabkommen aus.

Daß die Masse des Volkes mit überströmender Freude eine Verminderung der Flottenausgaben begrüßen würde, war von vornherein für jedermann klar. Die Empörung über die letzte Steuerplünderung hat jetzt auch zum guten Teil der Bourgeoisie ein Licht über das Wesen des ulerlosen Wettrennens aufgesteckt.

Was läge also näher, als nunmehr für die Jahre 1911 und 1912 statt der beabsichtigten je 4 Schlachtschiffe deren nur je 3 zu bauen! Dann wäre auch ein Uebergang geschaffen für die Jahre 1913 usw., wo ja nur (wenn nicht eine neue Flottenvorlage kommt) je 2 Schlachtschiffe gebaut werden sollen!

Die Uebereinstimmung müßte also bald erfolgen! Hoffentlich lassen es die bürgerlichen Parteien nicht an dem nötigen Druck auf die Regierung fehlen! Die Unterstützung der Sozialdemokratie ist ihnen ja sicher!

Sollten unsere bürgerlichen Parteien jedoch keine Anstalten machen, bereits für die Jahre 1911 und 1912 ein geringeres Bauteum durchzuführen, so ist auch nicht die geringste Gewähr dafür geboten, daß trotz aller Redensarten der bürgerlichen Presse nicht doch gleich nach den nächsten Reichstagswahlen eine neue Flottenvorlage kommt!

### Christliche Nächstenliebe.

London, 17. Juli. (Fig. Ver.) Man wird sich noch des mutwilligen Angriffs der Regierung der früheren südafrikanischen Kolonie Natal auf die Zulus und des darauf folgenden schändlichen Prozesses gegen den pensionierten Zulukönig Dinizulu vor etwa zwei Jahren erinnern. Ein Nachspiel zu diesem Prozeß ist hier soeben rückbar geworden. Dinizulu war bekanntlich den weißen Farmern in Natal ein Dorn im Auge; denn um ihn scharten sich seine Volksgenossen, die noch manches schöne, von den Weißen begährte Stück Land besaßen und daher nicht geneigt sind, sich als Arbeitsflaven an die holländischen und englischen Farmer zu verkaufen. Zudem mußte Dinizulu seine feierlichen Landeute im Zaume zu halten, so daß sie den Weißen keine Gelegenheit gaben, das Volk der Zulus anzugreifen. Die Nataler aber hatten bald einen Vorwand gefunden, um einen Vernichtungskrieg gegen die Zulus ins Werk zu setzen und als Dinizulu trotz dieser Angriffe auf sein Volk den Frieden hielt, verbot man den Zulukönig auf „legale“ Weise aus dem Wege zu räumen. Man ließ ihn bei Nacht und Nebel arrestieren und stellte ihn vor ein Gericht, wo man eine Reihe Anklagen gegen ihn erhob, die man durch erpreßte oder falsche Zeugenaussagen zu beweisen suchte. Da aber erstand dem hilflosen Schwarzen eine tatkräftige Freundin in der Person des Fräulein Colenso, einer der Töchter des Dr. Colenso, der sich zu seinen Lebzeiten wegen des Schutzes, den er der schwarzen Bevölkerung angewidelt hat, in Südafrika großen und verdienten Ruhm erworben hat. Fräulein Colenso opferte ihre Zeit und ihr Geld der Sache des bedrängten Zulukönigs; den seine Feinde vernichten wollten, und ließ aus England einen berühmten Advokaten zur Verteidigung des Angeklagten kommen. Es war bezeichnend für die Niederträchtigkeit, mit der dem Haupt des Zuluvolkes der Prozeß gemacht wurde, daß dieser Advokat, angeleitet durch das parteiische Verhalten der Richter, schon nach kurzer Zeit das Amt des Verteidigers niederlegte. Dieses Vorkommnis lenkte die Aufmerksamkeit des englischen Volkes auf den beabsichtigten Rechtsbruch mit dem Erfolge, daß die Nataler dem Dinizulu nicht das Leben nehmen konnten. Sie hatten aber die Genugtuung, ihn auf mehrere Jahre in die Verbannung und ins Gefängnis schicken zu können, da ihm nachgewiesen werden konnte, daß er einige seiner Landeute, die sich vor den Gewalttätigkeiten der Nataler flüchteten,

auf kurze Zeit aus Mitleid beherbergt hatte, anstatt sie dem Schergen auszuliefern.

Das Nachspiel zu diesem Prozeß kam mit der Gründung der Südafrikanischen Union. Der letzte Akt der eingehenden Legislatur Natals war die Schaffung eines Gesetzes, das die Stiftungen der anglikanischen Kirche einer autonomen Nataler anglikanischen Kirche überwies. Und die erste Handlung dieser Nataler Kirche war, daß sie die beiden Fräulein Colenso, die seit 50 Jahren auf einer kirchlichen Stiftung unter den Schwarzen wirkten, aufforderte, das Eigentum der neuen Kirche sofort zu räumen. Zur selben Zeit kündigte sie auch allen schwarzen Farmern, die das zu den Missionen gehörende Land bebauten. Selten ist wohl eine unanständigerer und gemeinerer Tat verübt worden als diese Handlung einer rachsüchtigen „christlichen“ Kirche, die die beiden alten Fräulein, die ihr kleines Vermögen geopfert haben, um einen Justizmord zu verhindern, gefühllos an die Luft setzt. Und solches Paß erdreistet sich, den schwarzen Heiden Religion beizubringen!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juli 1910.

#### Das Zentrum und die geplante neue Militärvorlage.

Dem Zentrum ist es als Wirtregierungsparthei höchst un bequem, daß die Regierung nicht mit ihren Heervermehrungsplänen bis nach den Neuwahlen zum Reichstag warten will, sondern noch dem jetzigen Reichstag eine Reihe neuer Militärforderungen vorlegen will. Nachdem schon kürzlich Freiherr v. Hertling die Regierung ermahnt hat, doch mit ihren Forderungen noch etwas zu warten, hat nun auch die große Qualitätsadel des Merkantilismus, Herr Erzberger, eine wohlwollende Warnung an den Reichslanzler erlassen. In einer Rede in Landau sagte er: „Es wäre eine Torheit, wenn die Regierung noch dem alten Reichstage eine Militärvorlage zugehen ließe. Sie würde wie Sprengpulver für die bürgerlichen Parteien wirken und nur der Sozialdemokratie eine bequeme Waffe für den Wahlkampf sein, der auch ohne Militärvorlage der schwerste Kampf sein wird, den wir je erlebt haben.“

Der Appell an die bessere Einsicht der Regierung ist begründet. Als Mitglied des blauschwarzen Blocks kann das Zentrum, will es sich nicht seine mit so vielen Wortbrüchen erlauste heutige Position wieder verschärfen, nicht gegen die geplante Heervermehrung stimmen; stimmt es aber für sie, erschwert es sich den Kampf bei der nächsten Reichstagswahl. Deshalb möchte es die Vorlage bis nach der Wahl hinausgeschoben wissen. Nach der Wahl ist das Bewilligen neuer Regimenter weniger gefährlich — hat doch das Volk ein so kurzes Gedächtnis!

Und die Regierung scheint diesen weisen Ermahnungen, wenigstens teilweise, Gehör geschenkt zu haben. Freilich ganz möchte sie nicht auf die Einbringung der neuen Militärvorlage im Herbst verzichten; etwas will sie in jedem Fall aus dem Reichstag herausholen; aber sie gibt doch insofern den Bedenken der Zentrumsmitglieder nach, als sie nicht sofort die ganze zur Durchführung ihrer Pläne nötige Summe zu fordern gedenkt, sondern vorerst nur erst einen verhältnismäßig bescheidenen Teil. Die „Germania“, die wohl ziemlich gut informiert sein dürfte, berichtet darüber:

„Wir können auf das bestimmteste versichern, daß alle Pressenachrichten über die neue Militärvorlage vollkommen unwahr und unzutreffend sind. Es ist nur bestimmt, daß die neue Militärvorlage im kommenden Herbst dem Bundesrat und Reichstage zugehen wird; eine Beschließung um ein Jahr, wie wir es gerne gesehen hätten, tritt nicht ein. Was aber über die Einzelheiten der Vorlage gemeldet wird, ist ganz aus den Fingern geflogen. Die Angabe vollends, daß die Mehrausgaben 40 bis 50 Millionen Mark betragen, ist eine blanke Unwahrheit. Kein Mensch denkt an solche horrenden Mehrausgaben. Wer an die Verhandlungen der letzten Militärvorlage sich erinnert, der weiß, was in erster Linie in Betracht kommt, und weiß auch, daß es sich um solche Summen gar nicht handeln kann. Sowohl der neue Kriegsminister wie der neue Reichslanzler halten sich ganz genau an die früher gegebenen Zusagen und sind mit allen Instanzen davon überzeugt, daß damit das Vaterland gerettet ist.“

Also vorläufig will die Regierung noch nicht ganze 40 bis 50 Millionen Mark fordern, sondern zunächst weniger — um dann nach der nächsten Reichstagswahl das Versäumte nachzuholen. Eine feine Spekulation!

Zur Beschwichtigung ihrer Leser weiß die ehrliche „Germania“ zu versichern, daß die Regierung nicht daran denkt, außer der Militärvorlage noch irgend welche indirekten Steuern vom jetzigen Reichstag zu verlangen. Mit der ihr eigenen Aufschneidererei schreibt sie:

„Neue Steuern sind gar nicht nötig; unsere Finanzen sind in Ordnung; 1909 war ein Ueberschuß von 90 Millionen Mark da, den man zur Tilgung der Staatsschulden nötig hatte; 1910 ist ein Gleichgewicht; 1911 spare man, und es geht auch. Eine Rotwendigkeit neuer Steuern läßt sich gar nicht begründen... Gegenüber den verschiedensten Meldungen können wir feststellen, daß man weder in der Wilhelmstraße noch im Bundesrat an eine neue Steuervorlage denkt, und daß man mit den genehmigten Geldern auskommen will. Die schlechten Erfahrungen, die man mit der Konferenz über die Besteuerung gemacht hat, sind nicht ermutigend für andere Steuerentwürfe.“

Daß keine neuen Steuern nötig sind, mag glauben, wer will, werden doch auch höhere Aufwendungen für die Flotte gefordert. Dagegen ist es recht wahrheitsgemäß, daß die Regierung die infolge der Finanzunwirtschaftlichkeit drohende neue Reichsfinanzreform ebenfalls bis nach den Reichstagswahlen hinauszuschieben gedenkt.

#### Zimmer rückwärts.

Die „Westfälischen Politischen Nachrichten“, die die Stimmung der einflussreichen nationalliberalen Großindustriellen widerspiegeln, sind unermüdetlich an der Arbeit, die Partei an die Seite der Konservativen und des Zentrums zurückzuführen. Unter dem Titel „zurück zur mittleren Linie“ schreibt das Blatt:

„Anstatt der vorschneil an den Reichslanzler gerichteten Abgabe der „Nationalliberalen Korrespondenz“, die sich dadurch merkwürdig ununterrichtet gezeigt hat, heißt die Forderung des Tages verstehen: die vom Reichslanzler eingeleitete Politik der Sammlung der bürgerlichen Parteien unterstützen, den Boden für eine gemeinsame Frontstellung des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen vorbereiten. Das ist um so mehr vonnöten, als der neue Reichstag — wie meist übersehen wird — vor allem mit wirtschaftspolitischen Aufgaben besetzt sein wird und den Schutz der nationalen Arbeit niemals wird bewältigen können, wenn der Rechts als Konsumentenstandpunkt der Sozialdemokratie und des Freizins in ihm eine erheblich vermehrte Anhängererschaft findet. Wenn die jungliberalisierte Presse der nationalliberalen Partei, wenn ihre ob der verlorenen Schlacht der Reichsfinanzreform sich mehr und mehr in Veräzgerung festbissende Zentralleitung diesen Gesichtspunkten keinen Gehör abgewinnen können und ihre Aussprache gefühllos ignorieren, so erwächst damit dem großen Teile der Nationalliberalen im Lande, welcher an den Traditi-

tionen der Bismarckschen und Miquelschen Periode der Führerschaft festzuhalten wünscht, um so mehr die ernsthafte Aufgabe, ihre Stimme zu erheben, ehe es zu spät ist...“

Zum Glück gibt es noch eine überaus große Zahl der nationalliberalen Elemente Deutschlands, die nach wie vor entschieden den Block von Welbel bis Wassermann ablehnen und ehrlich die Pflichten einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mittelpartei zu erfüllen wünscht, deren unser Vaterland niemals entzogen kann, daß sie es ablehnt, die Partei durch eine einseitige hilflose Anlehnung an die Linke, zumal die Sozialdemokratie, in Grund und Boden zu kompromittieren.“

Die Beschuldigung gegen die nationalliberale Leitung ist allerdings wenig gerecht. Die wird schon die von den großen Geldgebern gewünschte Politik befürworten. Bemerkenswert ist auch die Begründung dieser Politik. Es ist das gemein-same Interesse am Bollwucher, daß die Nationalliberalen mit unwiderstehlicher Gewalt an die Seite jener Parteien treibt, mit denen sie seit 1887 gemeinsam ihre volksfeindlichen Geschäfte gemacht haben.

Wie stark aber dieser Zug nach rechts ist, geht aus einem Artikel der „National-Zeitung“ hervor, der sich mit der Vizepräsidentenfrage befaßt und bestimmt ist, auf die Annahme der Vizepräsidentenschaft durch die Nationalliberalen vorzubereiten. Die „National-Zeitung“ schreibt nämlich:

„Die nationalliberale Partei hat zu Beginn der vorjährigen Session die Ehre, im Präsidium des Reichstags vertreten zu sein, dankend abgelehnt. Vielfach wiederholten sich nunmehr die Besuche, der Partei die Opportunität eines Frontwechsels klar zu machen, der mit der Annahme des Vizepräsidentenpostens verknüpft wäre. In der nationalliberalen Partei gingen damals die Meinungen sehr auseinander und es fehlte nicht an gewichtigen Stimmen im eigenen Lager, die für die Annahme waren. Es kam dann anders. Inzwischen haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Reichslanzler eine Politik der Sammlung verfolgt und bis zu den nächsten Wahlen eine geschlossene Phalanx der bürgerlichen Parteien herzustellen hofft, an der sich der Aktivismus der Sozialdemokratie brechen soll. Herr von Bethmann Hollweg rechnet um so mehr auf die Verwirklichung dieses Wunsches, da er glaubt, bei seiner Stellung über den Parteien am ehesten einen Modus zu finden, der ein gemeinsames Zusammengehen ermöglicht. Vor allem kommt es dabei auf die Mitarbeit der Nationalliberalen an, ohne deren Eintritt in den Bethmannschen Block der Ring nicht geschlossen werden kann. Die stellt sich die nationalliberale Partei zu dieser Frage, die über Sein oder Nichtsein einer geordneten politischen Entwicklung, vielleicht auch über das politische Schicksal leitender Männer entscheidet? Zwei Strömungen ringen um das Oberwasser, die nach links oder nach rechts führen. Vor wenigen Tagen gingen und die Ausführungen eines im Westen in der nationalliberalen Partei tätigen und bekannten Mannes zu, der dafür eintritt, daß die Partei ihre Aufgabe wieder in der Vermittlung des Liberalismus und des Konservatismus zu erblicken habe. Die Partei solle sich auf ihre Tradition besinnen und an die Zeit des früheren Glanzes zurückdenken, wo sie sich mit Stolz national liberal nannte und den Ehrennamen nicht unter dem allgemeinen Titel Liberalismus verborgen habe. Die Meinung anderer geht dahin, daß die Partei die im vorigen Jahre beschrittene Bahn nicht verlassen soll, auf der sie eine große Erfolgsbahn hinter sich haben werde.“

Wir verstehen uns nicht, daß die Entscheidung, wie sie fallen mag, von weittragenden Folgen begleitet sein wird. Wir sehen im Herbst dieses Jahres vor einem noch bedeutsameren Wendepunkt, als im vorigen Sommer. Damals zerfiel der Block, weil er gesprengt werden sollte. In wenigen Monaten müssen sich die Parteien über ihr gegenseitiges Verhältnis klar werden, muß auch der Reichslanzler aus seiner Zurückhaltung hervortreten und bekennen, mit welchen Bundesgenossen er in den bevorstehenden Wahlkampf ziehen will... Solange er nicht zu erkennen gibt, zu welchen Entschlüssen er gekommen ist, liegt für die Parteien, und vor allem für die nationalliberale, keine Veranlassung vor, vorzeitige Schritte zu tun und sich zu binden. Im Herbst, wenn der Reichstag versammelt ist, wird die erste Entscheidung fallen und ein Jahr später die letzte und wichtigste.“

Das sind viele Worte, aber der Sinn ist klar: die nationalliberale Partei vertraut der „Sammlungspolitik“ des Herrn v. Bethmann und wird den Bund zur Bekämpfung der Sozialdemokratie mit der schwarz-blauen Reaktion abschließen. Herr Waaßche wird Vizepräsident und wir andern werden wenigstens den Gewinn davontragen, von dem Großblodgerede verschont zu bleiben.

Die Sammlung richtet sich natürlich gegen die Sozialdemokratie. Wir werden einen ersten Kampf zu bestehen haben, aber auch eine klare Situation vorfinden. Um den Ausgang des Kampfes ist uns nicht bange.

#### Die Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen.

Die „Straßburger Post“ bringt in ihrer Morgenausgabe vom 20. Juli eine Zusammenfassung der Absichten, welche die Reichsregierung zu der Elsaß-lothringischen Verfassung hegt. Danach dürften die Vorschläge folgendermaßen aussehen: Elsaß-Lothringen bleibt Reichsland, d. h. Abänderungen seiner verfassungsrechtlichen Einrichtungen und seines Verhältnisses zum Reich können nur durch die Reichsgesetzgebung erfolgen. Der Kaiser übt wie bisher im Namen des Reichs die Landeshoheit aus. Sein Vertreter ist der Statthalter, den er ernannt. Das Reichsland erhält keine stimm-berechtigte Vertretung im Bundesrat, kann sich jedoch durch Kommissare mit beratender Stimme im Bundesrat vertreten lassen. Es ist unwahrscheinlich, daß Elsaß-Lothringen für bestimmte Gebiete der Wirtschaftspolitik, des Verkehrswesens usw. eine Stimm-berechtigung eingeräumt werde. Für die Landesgesetzgebung tritt an die Stelle des Bundesrates die Erste Kammer, die bis zur Hälfte durch den Kaiser ernannt werden kann. Im übrigen sollen Vertreter der Handelskammern, der Handwerkskammern, der Universitäten, der drei konfessionellen Gemeinschaften und möglicherweise, vielleicht erst nach reichsgesetzlicher Regelung der Arbeitskammern, Vertreter der Arbeiterschaft in die Erste Kammer gelangen. Auf diese Weise und durch besondere Bestimmungen soll jede Verweigerung des Budgets unmöglich gemacht werden. Die Zweite Kammer soll aus 60 Mitgliedern bestehen, die in Einzelwahlkreisen auf Grund des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts mit Zusatzstimmen für das 35. und das 45. Lebensjahr gewählt werden. Dreijähriger Wohnsitz im Reichslande soll Reichsangehörigen im allgemeinen das Wahlrecht verleihen. Für gewisse Fälle wird schon der einjährige Wohnsitz genügen. Das Wahlgeseh wird dergestalt erstmalig durch das Reich festgelegt werden, soll aber später der Abänderungsmöglichkeit durch übereinstimmenden Beschluß der drei Faktoren der Landesgesetzgebung, d. h. beider Kammern und des Kaisers, unterliegen.

Zu diesem Verfassungsentwurf äußern sich in der Straßburger „Neuen Zeitung“ eine Reihe Elsaß-lothringischer Politiker der verschiedensten Parteien in Interviews. Vollständig ablehnend verhalten sich nur die Sozialdemokraten, während die Vertreter bürgerlicher Parteien, sowohl der Liberalen wie der Merkantilisten und des Lothringischer Blocks, immerhin noch einen Fortschritt in diesem Entwurf entdecken möchten. Es sind jedoch alle einflussreichen



Mitglieder sämtlicher Parteien dahin einig, daß ein betätigter Entwurf viel weniger bringen würde, als man nach den bisherigen Verhandlungen erwarten und auch verlangen dürfte.

### Ein vielseitiger Politiker.

An der Spitze der holländischen Bewegung in Schleswig-Holstein steht der Landgerichtsrat Dr. Hahn, dessen politische Tätigkeit schon mehrmals Anlaß zu heftigen Angriffen bot. Jedenfalls kann das Vertrauen zur deutschen Rechtspflege nicht sonderlich befestigt werden, wenn ein Richter sich an die Spitze der Hege gegen die Dänen stellt. Der Landgerichtsrat Hahn ist nun aber ein Mann von geradezu beispielloser Vielseitigkeit. Wie der „Berliner Volkszeitung“ geschrieben wird, stellte ein Demokrat in einer Versammlung in Flensburg fest, daß der Landgerichtsrat Dr. Hahn-Flensburg eingeschriebenes Mitglied der nationalliberalen Partei, der freikonserватiven und der deutsch-sozialen Partei sei; ferner des Bundes der Landwirte, des Alldeutschen Verbandes und des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Dann hat der freisinnige Verein in Apenrade bei der Landtagswahl in 1908 öffentlich zur Unterstützung des Herrn Dr. Hahn aufgefordert, und für die kommende Reichstagswahl hat der freisinnige Verein Apenrade beschlossen, wiederum die Kandidatur Hahns für den Wahlkreis Hadersleben-Sonderburg zu unterstützen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten. Dr. Hahn kandidierte schon 1906 und 1907 in Hadersleben-Sonderburg, und zwar für die nationalliberale, und bei der Landtagswahl 1908 in Sonderburg-Apenrade für die freikonservativen Partei.

### Die Drehscheibe.

Eine nette Charakteristik der Nationalliberalen veröffentlicht Albert Traeger in einem auswärtigen Blatt. Es heißt da: „Kaum ist eine gefällige Schöne jemals brünstiger umworben worden, als die nationalliberale Partei zur Zeit von den hiesigen Modisten. Ein gar lustiges Nüchternspiel mit schmachtendem Ötzen und drohendem Ungehum. Zum Teil ist sie schon gewonnen, die vierspaltige Gulbin mit den wandelbaren, widerspruchsvollen Seelen. Sind sie denn überhaupt noch eine Partei, die sogenannten Nationalliberalen, die nicht nur in den verschiedenen Parlamenten wie auch in den einzelnen Wahlkreisen einander kaum noch ähnlich sehen? Im preussischen Abgeordnetenhaus, dem Sitze der Anhänglichsten, haben sie bei der Wahlrechtsvorlage das unverdiente Glück gehabt, den Ruhm der Standhaftigkeit zu erlangen, während den Preis ihres Unfalses selbst der Wad zu zahlen weigerte. Die Drehscheibe der Wähler im ganzen Wahlbezirk schließt die Sozialdemokraten von der Vollvertretung aus, für die vereinigten Koalitionäre gewiß ein lohnendes Ziel, und doch verschmähen sie, den Nationalliberalen darin zu folgen. Diese aber wurden getrieben durch den scharfen Wind, der jetzt aus der rheinisch-westfälischen Ecke bläst, wo ihre potentesten und darum vielleicht unsozialsten Elemente haften. Die Junter der hohen Schote, die den Junkern der hohen Saline in manchen Stücken noch über sind. Befogter Wind droht sogar den Führer Wasserhagen, den Gemont der mittleren Linie, umzublasen. Ein in mancher Hinsicht sehr tüchtiger und sogar zuverlässiger Mann von angenehmer Erscheinung, der sich nur nicht ganz zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß seinen Reiben die Hauptstütze des Führers ist, sich führen zu lassen. Diese Pflicht anerkennen die Nationalliberalen auch für sich selbst, sie wollen durchaus liberal dabei sein und sind erbötig, alles mitzumachen, wenn nur der Schein gewahrt bleibt, im äußersten Falle auch ohne das. Natürlich schämen sie sich sehr hoch ein in dem Glauben, der Mittelpunkt, wenn auch nicht gerade der Welt, so doch des Parlaments zu sein, und diese frohe Zuversicht ist seinerzeit von dem Unternehmender Wälwölfs mit kluger Weisheit genährt und gestiftet worden. Sie halten sich noch heute für die Hüter des echten Blodgedankens, die Ritter des heiligen Orakel.“

### Agrarische Unversorenheit.

Die Buttereinfuhr aus dem Ausland ist den Agrariern seit langer Zeit schon sehr unangenehm. In der „Kronzeitung“ wird nun betont, daß Deutschland jährlich vom Ausland für etwa 60 Millionen Mark Butter bezieht, davon reichlich zwei Drittel aus Schweden und aus Holland, wo angeblich sehr viel minderwertige Butter erzeugt wird. Diese minderwertige Butter werde vielfach als deutsche, nicht selten sogar als „frische Landbutter“ angekauft und verkauft, und damit der Verbraucher über die Herkunft und zugleich über den Wert der Ware getäuscht. Hier liegt unzweifelhaft ein unfaulerer Wettbewerb vor. Nach den Berichten des deutschen Generalkonsulats in Petersburg wurden in dem russischen Hafen Windau während des Jahres 1909 600 000 Faß russisch-sibirische Butter verladen, davon 178 000 Faß nach Kopenhagen, die dann zum großen Teil als dänische Butter in Deutschland eingeführt wird. Die Agrarier wünschen nun, daß auf jedem einzelnen Faß Butter, das vom Ausland nach Deutschland eingeführt wird, auf dem Umschlag das Herkunftsland deutlich erkennbar angegeben ist.

Die Agrarier wissen selbstverständlich, daß eine solche Maßnahme einfach nicht durchführbar, ihre Durchführung also mit der Unterbindung der Einfuhr gleichbedeutend wäre. Bei den hohen Butterpreisen ist dieser neue Versuch der Agrarier, ein wichtiges Nahrungsmittel zu verteuern, wirklich eine starke Unverschämtheit.

### Kämpfe in Kamerun.

Nach einer Meldung aus Südkamerun soll dort der Aufstand der Rakha, die bekanntlich unlängst einen deutschen Kaufmann erschlagen hatten, von dem Major Dominik niedergeschlagen worden sein. „Es herrsche bereits wieder Friede und Ordnung.“

Bekanntlich hatte kürzlich ein Landeskundiger in der „Berliner Morgenpost“ höchst interessante Enthüllungen über Weiberraub, Juwelierarbeit und andere skandalöse Zustände in Kamerun gemacht. Es wäre dringend erwünscht, wenn man trotz der bereits erfolgten Niederwerfung der Rakha diesen Klagen eines Sachverständigen einmal sorgfältig auf den Grund ginge, um dergestalt weitere Zusammenstöße zu verhüten, die sonst unausbleiblich wären! Gerade Kamerun ist ja durch seine ewigen blutigen Zusammenstöße berüchtigt!

### Das Ei des Kolombus.

Die „Deutsche Kolonialzeitung“, das Organ der Deutschen Kolonialgesellschaft, bringt in Nr. 28 eine Zuschrift aus Süddeutschland, die sich „Sozialdemokratie und Kolonialpolitik“ betitelt und die Frage stellt, wie sich die Kolonial-Interessenten gegenüber der gerade in bürgerlichen Kreisen öfter geäußerten Anregung verhalten sollen: „man möge sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichstags Gelegenheit geben, mit staatslicher Unterstützung die Verhältnisse in den Kolonien an Ort und Stelle kennen zu lernen, damit sie sich überzeugen könnten, wie einseitig und falsch ihre Meinung von den Kolonien sei.“ —

Dazu äußert sich der naive Süddeutsche in der „Deutschen Kolonialzeitung“ folgendermaßen:

„Als ob die Sozialdemokraten nicht auch in Deutschland vielfach Gelegenheit hätten, sich über Heer, Verwaltung und Industrie zu unterrichten, und als ob sie das einen Augenblick davon abhielte, alle Dinge, die sich ihren politischen Zielen in den Weg stellen, weiter zu verdrehen und zu begeiern.“

Es ist eine vöilige Verleumdung des Wesens der Sozialdemokratie, von ihr zu erwarten, daß die nähere Beschäftigung mit den

Verhältnissen in den Kolonien sie zu besserer Ansicht und zu fruchtbringender Arbeit führen würde. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie wird aus allen Beobachtungen nur neues Gift ziehen, und der Schein persönlicher Erfahrung wird die Hege der Agitatoren noch wirksamer machen. Dann aber wäre es auch eine starke Zumutung gegenüber den Beamten und Offizieren in den Kolonien, diesen Herren, von denen sie jahrelang mit giftigstem Hohn und gewissenlosesten Verleumdungen überschüttet wurden, dienstwillige Führer abzugeben.“

Wie schlaul! Je mehr man sich informiert, desto besser kann man die Dinge beurteilen und kritisieren („verdrehen“ und „begeiern“), ergo: man verhinere, daß sozialdemokratische Abgeordnete in die deutschen Kolonien kommen! Für den Fall aber, daß „diese Herren“ doch einmal ins gelobte Land der Arenberg, Leist, Peters und Konsorten gelangen sollten, muß den Beamten und Offizieren „dräben“ scharfmacherisch beigebracht werden, daß sie den „Roten“ Informations- und Führerdienste zu verweigern haben. . . .

In der Tat: das Ei des Kolombus! Nur hat die koloniale Pause ein großes Loch; denn selbst wenn die Mär vom „giftigsten Hohn“ und von den „gewissenlosesten Verleumdungen“ so wahr wäre, wie sie in Wirklichkeit erlogen ist, und wenn (falls sozialdemokratische Abgeordnete einmal zu Studienwecken in die Kolonien reisten) die Herren Beamten und Offiziere etwa den für solche Fälle in Betracht kommenden Dienstbefehlen Ungehorsam (Zunubordination) entgegenzusetzen wollten, so wäre jeder sozialdemokratische Abgeordnete, der die Kolonien bereist, Jammes genug, sich auf eigene Faust Einblick ins koloniale Getriebe zu verschaffen.

### Es wird fortgetwerkelt.

Die „Kölnische Volkszeitung“ gibt in einer Berliner Korrespondenz folgenden Ausblick in die politische Zukunft, nachdem sie sich vorher über die vielen Zeitungsmeldungen von angeblichen Plänen der Regierung lustig gemacht hat:

„In den nächsten einhalb Jahren wird voraussichtlich in der inneren Politik nichts Wichtiges passieren, sondern die Regierung wird sich, um mit dem Grafen Taaffe zu reden, so gut es geht, „durchpressen“. Die Regierung und auch die Parteileitungen bilden wie hypnotisiert auf die nächsten Reichstagswahlen und suchen sich auf die dann bevorstehenden großen Wandlungen mit der Zeit einzurichten. Doch unter solchen Umständen die Regierung nicht geneigt ist, vorher noch große Pläne in Angriff zu nehmen, versteht sich von selbst. Ebenso wird sie von der Organisation einer dauernden parlamentarischen Mehrheit auch dann absehen, wenn sie — was sehr unwahrscheinlich — eine solche erreichen könnte, denn nach den Neuwahlen müßte ja doch alles wieder von vorn angefangen werden.“

### Frankreich.

#### Die radikalen Kleinbürger als Hilfstruppe der Clerikalen.

Paris, 18. Juli. (Fig. Ver.) Der Ausfall des zweiten Wahlgangs im 15. Arrondissement ist ein drastischer Beweis für die sozialreaktionäre Gefinnung des Pariser Kleinbürgertums. Der „Liberale“, das heißt Klerikale d'Aramon drang mit einer Mehrheit von 1500 Stimmen gegen Genossen Pressensé durch, nachdem er im ersten Wahlgang um 800 Stimmen hinter ihm zurückgeblieben war. Die radikalen Wähler sind in ihrer großen Masse zu ihm abgewandert, nachdem der radikalsozialistische Kandidat Chéroux in seiner Kandidaturerklärung sie aufgefordert hatte, nach ihrem Gewissen zu stimmen. Chéroux hatte im ersten Wahlgang 3400 Stimmen erhalten. Gestern erhielt nun d'Aramon 6540 Stimmen gegen 4072 im ersten Wahlgang. Gen. Pressensé dagegen 5080 gegen 4815. Im ganzen haben also nur 200 radikale Wähler für Pressensé gestimmt. Bedenkt man nun noch, daß Pressensé als ein Führer der Drehfuß-Rampagnen und als Präsident der Liga der Menschenrechte auf die Stimmen der demokratischen Intellektuellen rechnen konnte, so zeigt dieser Ausfall einerseits, wie schwach und einflußlos die ganze Intellektuellenbewegung geworden ist, andererseits, daß überall, wo die ökonomischen Interessen des Kleinbürgertums in Frage kommen, das bürgerliche Klassenbewußtsein über die Ideologie den Sieg davonträgt. Zweifellos hat d'Aramon mit einer in Paris nicht gewöhnlichen Wählerkorruption gearbeitet, aber sein überwältigender Sieg in dem seit langen Jahren von dem ehemaligen Kommunearden Chaudière vertretenen Bezirk ist doch im wesentlichen auf die Umstimmung der kleinbürgerlichen Massen, auf ihren wachsenden Haß gegen die Arbeiter-schaft und ihre Verleumdung zu einer Modopolitik der Bestgehenden zurückzuführen.

#### Ein französisches Bankbeamten-Syndikat.

Paris, 20. Juli. In der Arbeitsabrede hielten gestern abend gegen zehntausend Bankbeamte eine Versammlung ab, in der sie beschloßen, ein Syndikat zu bilden, um durch Unterstützung seitens des allgemeinen Arbeiterverbandes eine Besserung ihrer Lage zu erzielen.

### Italien.

#### Ein Klassenurteil.

Rom, 16. Juli. (Fig. Ver.) In Pistoja wurden am 14. d. Mts. 19 Landarbeiter zu mehr oder weniger schweren Strafen verurteilt, weil sie sich bei einem Streik angeblich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Vergehens gegen die Freiheit der Arbeit, Gewalttat usw. schuldig gemacht hatten. Gegen die Verurteilten lag so gut wie gar nichts Tatsächliches vor. Der ganze Prozeß war nur angestiftet worden, um die Gewerkschaft des Ortes zugrunde zu richten. Man hat es sogar fertig gebracht, einige Unbeteiligte wegen „moralischer Mitschuld“ auf die Anklagebank zu bringen, bloß weil sie der Gewerkschaft angehörten. Angeklagt waren im ganzen 56 Personen. Die Strafen betragen im Maximum 6 Monate und im Minimum 45 Tage. Auch vier Minderjährige, unter ihnen ein 15-jähriges Kind sowie drei Frauen wurden verurteilt. Allerdings wurde hier bedingte Verurteilung angewendet.

### Spanien.

#### Unzufriedene Minister.

Madrid, 20. Juli. In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer befragte der frühere Ministerpräsident Moret die bräute Art, auf die er entlassen worden sei, obwohl er immer loyal der Monarchie geblieben habe. Maura verteidigte die Maßnahmen seiner Regierung, kam auf die dem Mißfeldzuge vorhergegangenen Ereignisse zurück und sagte, Spanien habe sich verteidigen müssen, das Mißgebet sei nur ein Stützpunkt für das Friedenswerk, und es sei unsmäßig, dort Reichthümer zu suchen. Maura rechtfertigte die von ihm getroffenen Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes in Barcelona und erklärte, er werde, wenn er die Macht wiedererlangen sollte, noch strenger in der Anwendung der Geseze verfahren. Redner sagte dem Kabinett Canalejas, ebenso wie jedem anderen liberalen Kabinett, das zur Macht kommen werde, die wohlwollende Unterstützung der Konserwativen zu.

### Türkei.

#### Das Geheimkomitee.

Konstantinopel, 19. Juli. Ein spät abends ausgegebenes Communiqué der Porte behauptet im wesentlichen die bisherigen Meldungen, daß das Geheimkomitee eine allgemeine Erhebung und die Ermordung einiger Mitglieder des Kabinetts und der Kammer plante. Es sollte ein neues Kabinett aus Mitgliedern der Opposition gebildet, die Kammer aufgelöst werden, und Neuwahlen sollten stattfinden. Der Belagerungszustand sollte aufgehoben und die zwangsweise berabshiedeten Beamten sollten wieder eingesetzt werden. Unter den ausgegebenen Papieren be-

findet sich ein Aufruf an das türkische Heer in Albanien, nicht gegen die Albanesen, sondern gegen die jetzige Regierung zu marschieren.

### China.

#### Der russisch-japanische Vertrag.

New-York, 20. Juli. (W. Z.) Die Peking-Offizielle Presse beschäftigt sich jetzt lebhaft mit dem russisch-japanischen Vertrag. Sie fordert einen Protest Chinas dagegen, weil nicht nur alte Rechte des Landes, sondern auch das durch Verträge fremden Großmächten gewährte Gleichberechtigungsbrecht verletzt wird. Die führenden Zeitungen, die bisher in ihrer Kritik sehr zurückhaltend waren, erklären jetzt offen, daß der neue Vertrag vor allem gegen Amerika und Deutschland, dann aber auch direkt gegen China gerichtet ist. Großbritannien hat ihm beigegeben, weil es Amerikas kommerzielles Vordringen in der Mandchurie aufhalten und ein großes Viererbündnis — Rußland und Frankreich, Japan und England — in Asien schaffen wolle. Weiterhin führen, nach einer Meldung des „New York Herald“, Peking-Zeitungen aus, daß Chinas Hoffnungen auf den engen Anschluß an andere Großmächte beruhen; ein Bündnis mit Deutschland und Amerika sei wünschenswert.

### Vierzehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Braunschweig, den 18. Juli.

Am Dienstagmorgen wurde die Diskussion über die Vorstandsberichte und die dazu vorliegenden Anträge fortgesetzt. Diese Anträge waren zum Teil einander recht widersprechend; ihre große Mehrzahl aber lief auf die Herbeiführung einer viel schärferen und planmäßigeren Agitation hinaus. Verschiedene Gauen sollen geteilt werden; Süddeutschland sollte seinen Gauleitern Unterbeamte (Bezirksleiter) unterstellen, ferner dem dortigen Gauleiter eine der polnischen Sprache mächtige Hilfskraft zur Seite gestellt werden; eine Anzahl Orte wünschten besoldete Ortsbeamte; besondere Maßnahmen (Anstellung eines Beamten, Reichskonferenz, Lohn- und Arbeitsstatistik) wurden verlangt, um die Agitation unter den Zigarettenarbeitern erfolgreicher zu betreiben. Der Vorstand und eine Reihe Filialen hatten beantragt, alle Gauen nach Möglichkeit mit festangestellten Gauleitern zu besetzen. Weiter war die Umbahnung von Schritten zur Verschmelzung des Verbandes der Zigarettenfortierer und Ristenbefeher mit dem Tabakarbeiterverband beantragt; ferner die Verschmelzung des letzteren mit dem Fabrikarbeiterverband, wie die Verschmelzung aller in der Nahrungs- und Genussmittelbranche beschäftigten Arbeiter zu einem Industrieverband. Eine Anzahl anderer Anträge liefen auf verwaltungstechnische Neuerungen, auf Abschaffung der Quartiersnachweise und ihren Ersatz durch Ortsarbeitsnachweise, auf Umwandlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung hinaus.

Schließlich, der Vertreter der Generalkommission, warnte eindringlich davor, die regulären Unterstützungsätze noch weiter zu erhöhen. Besonders die Krankenunterstützung belastete den Verband heute schon zu reichlich. Nicht Erhöhung der Unterstützungen, sondern Stärkung des Kampffonds müsse die Parole sein. Zur Verschmelzungsfrage wünschte er, daß es nicht bei der platonischen Erklärung des Vertreters des Zigarettenfortiererverbandes bleiben möchte. Die Sortierer seien professionell so eng mit den Tabakarbeitern verknüpft, daß eine Einheitsorganisation nur das natürliche Verhältnis darstellen würde.

Nach einer ganzen Anzahl Redner brachten gravierende Beweise von der Not und den Schädigungen bei, die durch die Tabaksteuer über die Tabakarbeiter herbeigeführt sind.

Die Diskussion fand ihr Ende, nachdem 50 Redner zu Worte gekommen. Während der Diskussion ging noch ein Antrag ein, die Generalkommission möge das ibrige dazu tun, damit die Verschmelzung der Zigarettenfortierer mit den Tabakarbeitern zustandekomme. An der Tätigkeit des Vorstandes waren beinahe keinerlei Ausstellungen gemacht worden; der Vorstehende Deichmann konnte sich deshalb in seinem Schlussworte darauf beschränken, das für und wider der Anträge noch einmal kritisch zu behandeln. Bezüglich der Verschmelzung mit den Zigarettenfortierern meinte er, daß weniger durch ein Eingreifen der Generalkommission, noch durch ein Votum der Generalversammlung die Vereinigung bewirkt werden könne, sondern von unten herauf, aus den Mitgliederkreisen müsse recht kräftig für die Verschmelzung Propaganda gemacht werden.

In der Abstimmung wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Anstellung der Gauleiter für Braunschweig, Erfurt und Dresden wird die Zustimmung erteilt.
2. Der 9. Gau (Lagen, Baden, Württemberg, Elsaß) und der 13. Gau (Ost- und Westpreußen und die beiden Mecklenburg) sollen in zwei Gauen geteilt werden.
3. Alle Gauen werden nach Möglichkeit mit festangestellten Gauleitern besetzt.
4. Im Zentralvorstand wird ein zweiter Kassierer eingefstellt.
5. Mitglieder, die zwei Verbänden angehören, behalten ihre statutarischen Rechte.
6. Der Vorstand soll eine parlamentarische Ordnung für Mitgliederparlamenten und einen Kommentar zum Statut herausgeben.

Folgende Anträge wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen:

1. in Gauen mit stark ausgebreiteter Tabakindustrie den Gauleitern Hilfskräfte beigegeben;
2. für den Giesener Bezirk einen Bezirkssekretär;
3. für Weeslau einen besoldeten Beamten anzustellen;
4. dergleichen für Waldheim, Gartha, Seringswalde und Döbeln;
5. im posenischen Gau einen polnisch sprechenden Agitator einzustellen;
6. den Sitz des Gaus Köln nach Kachen zu verlegen;
7. für Süddeutschland baldigst einen Tabakarbeiterkongreß einzuberufen.

In der Verschmelzungsfrage lehnte die Generalversammlung jeden Beschluß ab, nach einer allerdings rein persönlichen Erklärung des Vertreters des Sortiererverbandes, daß er innerhalb seiner Organisation nach Kräften für die Verschmelzung wirken werde.

Zur Frage der Unterstützung der arbeitslos gewordenen geschädigten Tabakarbeiter

nahm der Kongreß zunächst die Protestresolution gegen die von den Verbänden der Regierungen und Reichsbehörden verhängte Schmälerung dieser Unterstützung an, dann sagte er den geschädigten Tabakarbeitern die pelunäre Unterstützung des Verbandes durch Annahme folgender Resolution zu:

„Alle infolge der Tabaksteuer arbeitslos gewordenen vollen berechtigten Mitglieder des Verbandes erhalten, sofern die vom Staat gewährten Unterstützungen geringer sind wie die im Verbands gewährleistete Arbeitslosenunterstützung, vom 15. Juli 1910 an gerechnet aus der Verbandskasse einen Zuschuß bis zur Höhe dieser Verbandsunterstützung.“

Nachdem Gräbner, Hanau im Namen der Redaktionskommission, welche Kasse, Bücher und Besetze in bester Ordnung gefunden hatte, die Dechargeerteilung des Vorstandes beantragt, dem einstimmig willfahren wurde, berichtete er noch über einen Einzelbeschwerdefall; sodann hielt Verbandssekretär Eberle in lechter Stunde ein einleitendes Referat über alle zum Statut, Streik- und Wahlreglement gestellten Anträge. Er sah im Auftrage des Vorstandes und in Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente von der Empfehlung einer Beitrags-erhöhung ab.

Die weitere Beratung der Anträge wurde auf Mittwoch ver-



# Gewerkschaftliches.

## Die Rache der Grubenprotzen.

Noch ist der empörende Eindruck nicht verwischt, den die ungeheuerlichen Vorgänge im Mansfelder Bergrevier weit über die Grenzen des Landes hinaus verursacht haben, und schon tragen neue Maßnahmen der Grubendirektion Hindernisse in die dortige Arbeiterbevölkerung. Es galt bisher immer als eine Anstandspflicht, daß der Sieger dem Unterliegenden nicht in gefährlicher, rachsüchtiger Weise entgegentrat, sondern dem gleichwertigen, ehrlichen und tapferen Gegner seine Achtung nicht verlagte und jedes kleinliche Rachegefühl unterdrückte. Anders die Mansfelder Berggewaltigen. Sie fühlen sich in ihrer Macht und freuen sich hämisch des Erfolges, der ihnen billig genug in den Schoß fiel, indem Behörden und Kirche, Maschinengewehre und Kurrassiere die Bergflaven niederringen halfen. Nicht genug damit, mußten viele nach Beendigung des Kampfes aus dem Abhängigkeitsverhältnis ihrer „Brotgeber“ scheiden. Wo sie jedoch einen verhassten Gegner nicht um sein Brot bringen konnten, trieben sie ihn, wie es einem unserer tätigen Genossen, einem Zigarrenmacher, ging, aus dem ihm gehörigen Wohnhause. In letzter Zeit wurden nun hintereinander Tausende von Arbeitern, die als treue Organisationsangehörige galten, oder „hinreichend verdächtig“ waren, unbotmäßig zu denken und zu fühlen (Sedanken sind im Mansfelder Gebiet nicht mehr zollfrei), kurzer Hand aufs Pflaster gesetzt. „Ablegen“ heißt dies auf bergmännisch. Unter diesen „Abgelegten“ sind fast alle alten Bergmänner, aus deren Schweiß und Arbeit die Bergherren jahrzehntelang Kapital geschlagen haben. Es sind darunter Leute, die 20, 30 bis 34 Jahre, also ein Menschenalter Leben und Gesundheit für die Bergwerksbesitzer in die Schanze geschlagen haben, dazu für einen kümmerlichen Lohn und die nun auf ihre alten Tage ihr Bündel schnüren und hinaus in die Fremde ziehen müssen. Denn wer bei den Grubenbesitzern fertig ist, braucht nicht mehr zu hoffen, in der Gegend Beschäftigung zu finden. „Dude dich, oder krepriere mit samt deiner Brut auf der Landstraße,“ ist der christliche Grundsatz des Kapitals.

Und was tun angesichts dieser christlichen Zustände die Diener beider Kirchen? Daselbe, was sie im Streik getan und was sie schon von Anbeginn der Kirche getan haben: sie stehen auf der Seite der Reichen und Mächtigen und predigen den armen Verhörigen Demut, Entfugung und Unterwürfigkeit. In letzter Zeit ist es nun den Geiselteten und Geiseln doch etwas bange geworden. Ihr arbeiterfeindliches Vorgehen während des Streiks hat der armen Grubenbevölkerung doch die Binde von den Augen genommen. Sie haben eingesehen, wie sehr das Verhalten der Seelenhirten im Widerspruch stehe mit den Lehren, die dem Zimmermannssohne von Nazareth in den Mund gelegt werden. Die Pfarrer machen denn auch krampfhaft Versuche, die Schächten wieder in den Schoß der Kirche zurückzubringen. Auch fürchtet man die rote Sturmflut bei der nächsten Reichstagswahl und das, was man aus den Kreisen der Bergarbeiter hört, muß bei Krenndt von der Reichspartei allerdings die schlimmsten Befürchtungen auslösen. So verschreibt man sich in der Angst geistliche Wunderdoktoren von weither, die das Volk wieder besänftigen sollen. Rum, der Stöckernachfolger und andere sollen die Karre wieder aus dem Dreck ziehen, was ihnen jedoch nicht gelingen wird.

Was man früher nicht für möglich hielt, ist heute verwirklicht. Sozialdemokratische Redner und Rednerinnen werden mit Jubel empfangen und ihre Versammlungen massenhaft besucht, trotz der Spitzeln seitens der Grubenmächtigen. Immer wieder heißt es: „Schickt uns bald wieder einen Referenten oder eine Referentin.“ Besonders die Frauen sind rebellisch geworden. Mit stummer Andacht hören sie die Referate an und wenn man mit ihnen persönlich spricht, sieht man erst, wie gewaltig die jüngsten Vorkommnisse gerade unter ihnen nachgewirkt haben. Hier ist jungfräulicher Boden, der bei guter Pflanz reichliche Früchte tragen wird. Die Bergherren und Kirchendiener aber mögen der Worte gedenken: Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Herrenmaschinisten!** Wegen Tarifbruch seitens der Firma Rumpff u. Lange, Wilhelmstraße 46/47, haben die bei dieser Firma beschäftigten Herrenmaschinisten die Arbeit eingestellt. Wir verhängen daher über den Betrieb der genannten Firma die Sperre.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.  
Die Ortsverwaltung.

### Bewegung der Vollschuhmacher.

Eine öffentliche Versammlung der Vollschuhmacher tagte bei Böser in der Weberstraße, um zu der geplanten Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Schon einige Wochen vorher waren die Vorarbeiten zu dieser Bewegung in den einzelnen Fabrikkonferenzen getroffen und ein neuer Minimallohn tarif aufgestellt worden. Dieser Minimallohn tarif war dann den besonderen Verhältnissen der einzelnen Fabriken angepaßt worden. Der alte Lohn tarif datiert vom Jahre 1906. Nach einem achtwöchentlichen Kampfe, in dessen Verlauf auch die völlig unbeteiligten Arbeiter der mechanischen Schuhindustrie ausgespart wurden, wurde dieser Lohn tarif mit der Fabrikantenorganisation vereinbart. Die damals zugestandene Lohn erhöhung betrug durchschnittlich fünf Prozent und stand somit in keinem Verhältnis zu der stetig zunehmenden Teuerung auf allen Gebieten. Trotz dieser minimalen Lohnverbesserung sind in den letzten Jahren, begünstigt durch die schlechte Geschäftslage, in einzelnen Betrieben Lohnabzüge gemacht worden. Die Meinung der zahlreichen erschienenen Vollschuhmacher ging dahin, daß sehr eine besonders günstige Konjunktur angebrochen sei und diese ausgenutzt werden müsse, um eine zehnprozentige Lohn erhöhung durchzuführen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den neuen Lohn tarif den einzelnen Fabrikanten zum Dienstag, spätestens Mittwoch, vorzulegen und bis Sonnabend Antwort zu verlangen. Diese Frist wurde für genügend erachtet, denn die Unternehmer hätten bei den Lohnabzügen der letzten Jahre den Arbeitern nie eine Frist gestellt, sondern weidlich ihre isolierte Stellung in der Heimindustrie ausgenutzt und plötzlich, ohne vorherige Bekanntmachung, die Löhne reduziert. Nächsten Montag soll eine zweite Versammlung stattfinden, um die Antworten der Fabrikanten entgegenzunehmen.

**Achtung, Friseurgehilfen!** Für Mitglieder gesperrt: Sauerwald (Rixdorf, Sanderstr. 16), Marx (Rixdorf, Pannierstr. 5), Gergeit: Biendarra (Schwebenstr. 17), Golzheimer (Reinickendorf, Holländerstr. 25), Berghoff (Reinickendorf, Amendstr. 18), Lohr (Reinickendorf, 82).

Verband der Friseurgehilfen. Zweigverein Berlin.

### Scharfmacher-Rüstung.

In der letzten Mitgliederversammlung des „Schuhverbandes gegen Streiksäden“ (Gruppe der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände), die unter dem Vorsitz des Landwirts a. D. Roitzger tagte, erstattete nach einer Korrespondenz

Syndikus Dr. Längler den Geschäftsbericht. Nach diesem bestehen angeblich zurzeit 8 Hauptverbände und 41 Unterverbände, die dem Schuhverbande angeschlossen sind. Sie umfassen 2335 Betriebe mit 359 689 Arbeitern und einer Jahreslohnsomme von über 264 Millionen Mark. Das Geschäftsjahr 1909, so sagt der Bericht, ist ein ruhiges gewesen. Die Zahl der Streiktage (Zahl der ausfallenden oder ausgesperrten Arbeiter multipliziert mit der Dauer der Bewegung) betrug nur 36 616 gegen 343 074 im Jahre 1908. Der Berichterstatter hob hervor, daß die Masse des Schuhverbandes bisher in der Lage gewesen sei, ihre Verpflichtungen in vollem Umfange zu erfüllen. Für die aus dem Vorstande sachgemäß ausscheidenden Herren wurden durch das Los gewählt Fabrikbesitzer Eduard Meyer (Köchen) und Direktor Haasemann (Bremen). Da Fabrikbesitzer Meyer die Wahl nicht annimmt, wird an dessen Stelle Regierungsrat a. D. Pastor (Köchen) gewählt.

### Deutsches Reich.

Eine Sympathie-Aussperrung nahm die Firma Redinger in Unter-Liederbach bei Höchst a. M. vor. 200 Leberarbeiter wurden plötzlich entlassen, weil sie sich weigerten, Streikarbeit für die Firma zu leisten, die von Wacknang in Württemberg kam, wofür die Arbeiter ausständig sind.

### Aufdeckung einer Unternehmerrüge.

Im November vorigen Jahres hatten die Drucker der Tapetenfabrik von Flammerschheim u. Steinmann in Köln-Zollstock die Arbeit niedergelegt, weil sie sich weigerten, Streikarbeiten aus einer anderen Tapetenfabrik in Dramsche fertigzustellen. Von der bürgerlichen Presse wurde damals behauptet, daß vier arbeitswillige Drucker von etwa 20 Ausständigen unter Führung des Gauleiters des Senefelderbundes, Genossen Otto Paulnecht, überfallen und tödlich bedroht worden seien. Es zeigte sich deutlich — so hieß es — mit welchen Mitteln gearbeitet werde, um arbeitswillige und friedliche Arbeiter unter die Gewaltherrschaft der Ausständigen zu bringen. Dieser „Fall“ wurde vom Kölner Arbeitgeberverband aufgegriffen; er machte ihn zur Unterlage für eine Eingabe an das Ministerium des Innern, um bei der Beratung der neuen Strafgesetznovelle eine Verschlechterung des Koalitionsrechts durch das Verbot des Streikpostenstehens herbeizuführen.

Auch die Staatsanwaltschaft wurde von dem angeblichen Ueberfall in Kenntnis gesetzt, die denn auch gegen acht Arbeiter Anklage erhob. Der Arbeitgeberverband hat aber mit seiner Terrorismusgeschichte vor dem Kölner Schöffengericht eine arge Niederlage erlitten. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen. Die Behauptungen vom Terrorismus der Arbeiter haben sich als unwarhaft erwiesen. Obgleich auch schon bei vielen anderen Gelegenheiten ähnliche Unternehmerrügen aufgedeckt wurden, werden die Scharfmacher nicht aufhören, gegen die organisierten Arbeiter in der Art zu hetzen.

**Achtung, Kartongearbeiter!** In Sebnitz, Sa. drohen bei der Kartongefabrik Koh. Müller Differenzen auszubrechen. Zugung von Kartongearbeitern, Buchbindern und Hilfsarbeitern ist fern zu halten.

### Neuer Streik in der Zellulosewarenindustrie zu Nürnberg.

Bei der Firma Gebrüder Wolff, wo im vorigen Jahre viele Wochen hindurch ein schwerer Kampf tobte, der schließlich täglich hohe Volksbewegungen auf der Straße hervorrief, wobei ein Streikposten ermordet wurde, ist Mittwoch früh wiederum ein Streik ausgebrochen, nachdem die Firma jetzt 30 Beteiligte am vorjährigen Kampfe entlassen hatte. Alle Vermittlungsvorschläge der Stadt- und Staatsbehörden lehnte die Firma prohodigweise ab.

Die Aussperrung in der Tuttlinger Schuhindustrie, die 18 Betriebe mit etwa 2000 Personen umfaßt, wurde nach achtwöchentlicher Dauer mit einem glänzenden Erfolg für die Arbeiter beigelegt. Bekanntlich sperrten die Unternehmer aus, weil die Arbeiter von zwei Betrieben wegen der schon lange geforderten, aber von den Arbeitgebern stets abgelehnten Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden und Einführung der anderthalbstündigen Mittagspause die Kündigung einreichten. Die Unternehmer verlangten die bedingungslose Zurückziehung der Forderung und wiesen jede Unterhandlung und jeden Vermittlungsvorschlag aufs schroffste zurück in der Annahme, die Aussperrten würden bald zu Kreuze kriechen. Durch den guten Zusammenhalt der Aussperrten erlitten aber die Unternehmer ein glänzendes Fiasko. Sie mußten die gestellte Forderung für alle Betriebe bewilligen. Eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung trat am 18. Juli d. J. in Kraft, während am 1. September die Arbeitszeit um eine weitere Viertelstunde verkürzt wird. Ferner werden Ueberstunden mit einer Extrazuschlagszahlung von 25 Proz. vergütet; bisher gab es dafür überhaupt keine besondere Entschädigung. Die Mittagspause wird von einer auf anderthalb Stunden verlängert. Sämtliche Arbeiter werden wieder eingestellt.

Wohler aber als der finanzielle ist der moralische Sieg der Arbeiter. Der Hauptgewinn, den die Arbeitgeber verfolgten, bestand in der Vernichtung der Organisation, um „Ruhe zu haben“. Nun ist das gerade Gegenteil eingetreten. Zur Stärkung der Organisation hätten die Unternehmer gar nichts Besseres tun können als auszusperren. Der Rentierverband der Schuhmacher hat am Orte um rund 400 Mitglieder zugenommen.

Erwähnt sei noch, daß die Leitung der „christlichen“ Organisation, die mit etwa 100 Mitgliedern in Frage kam, dem Anfang bis zum Ende des Kampfes eine geradezu jammervolle Rolle spielte, die dazu angetan war, den Lohnnehmern den Rücken zu steifen. Es war nur gut, daß die Christlichen in ihrer Ohnmacht ohne Bedeutung auf die Entscheidung des Kampfes blieben. Die Folgen ihrer sonderbaren Taktik — um nichts anderes zu sagen — werden sich in den eigenen Reihen bald zeigen.

### Ausland.

#### Eine merkwürdige Nachricht

kommt aus Paris. Pataud, der Sekretär der Elektrotechniker, soll angeblich aus dem Syndikat ausgetreten und auf die sozialistische Bewegung verzichtet. Das „Matin-Verclair“ versichert, daß Pataud eine Stellung eingenommen habe, die ihm ein ruhiges Leben sichere.

#### Eisenbahnerstreik in England.

London, 20. Juli. Sämtliche Arbeiter der Waggondépôts der Güterbahnhöfe von New Castle und Tyne sind gestern in den Ausstand getreten. Wie dazu noch berichtet wird, ruhte gestern abend die Arbeit in sämtlichen Dépôts, und die Ausständigen hielten verschiedene Versammlungen ab, an denen auch Deputierte von Sunderland, Catterport und Wylth teilnahmen. In dieser Versammlung wurde beschlossen, daß der Ausstand mit dem heutigen Tage sich auch auf diese genannten Orte ausbreiten werde.

New Castle, 20. Juli. Der Ausstand der Eisenbahnbeamten nimmt einen beunruhigenden Charakter an. Die Eisenbahnbeamten aller Grade haben mit wenigen Ausnahmen den Dienst eingestellt. Der Passagierverkehr zwischen New Castle und South Shields ist sehr erschwert; am Thnedon ruht jede Arbeit.

New Castle on Tyne, 19. Juli. Der Ausstand unter den Angestellten der Nordostbahn-Gesellschaft nimmt immer größeren Umfang an. Voraussichtlich werden 25 000 bis 30 000 Angestellte daran teilnehmen.

New Castle, 20. Juli. Der Eisenbahnerstreik hat in den Eisenbahnverhältnissen von Gateshead begonnen und erstreckt sich auf New Castle und dessen gesamte Umgebung. Die Ausständigen begründen den Streik damit, daß auf verschiedene Reklamationen der

Arbeiter eine befriedigende Antwort nicht gegeben worden sei, daß ferner für verschiedene Arbeiten in letzter Zeit eine Lohnrückbildung eingetreten ist, daß ein Arbeiter entlassen und die Unzufriedenheit der Angestellten allgemein sei. Die Great Eastern Co. teilt mit, daß bei ihr allein 5000 Angestellte ausständig seien. Die Gesellschaft erklärt, daß sie infolge dessen für die verpödete Lieferung von Gütern nicht verantwortlich sei. Bisher haben die großen schottischen Erpzechzüge keine Verzögerung erlitten, dagegen ist die Kohlenbeförderung vollständig eingestellt. Die Schiffe können die Häfen nicht verlassen, da ihnen die Entnahme von Kohlen durch den Streik unmöglich gemacht worden ist. In verschiedenen Häfen ist deshalb bereits ein Streik der Dockarbeiter ausgebrochen.

#### Der Grubenarbeiterstreik in Bilbao.

„Matin“ berichtet aus Madrid: Der Ausstand der Grubenarbeiter nimmt eine große Ausdehnung an. In dem Gebiete von Bilbao befürchtet man immer mehr, daß der Ausstand infolge einer großartig angelegten Agitation des Streikkomitees sich auf alle Arbeiterkategorien erstrecken wird. Die Truppen, welche die strategisch wichtigen Punkte besetzt halten, sind, nach preussischem Vorbild, mit Maschinengewehren ausgerüstet. Die Behörden hoffen, daß es leicht sein wird, überall die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, nachdem die Regierung beschlossen hat, das Streikrecht anzuerkennen. Man glaubt, daß sich die Zahl der Streikenden auf über 100 000 Mann belaufen wird. Es ist bezüglich des Streikes angeblich durchaus nicht zu einer vollen Einigung in sämtlichen Arbeiterkategorien gekommen. Die sozialistische Partei, die einen ziemlich großen Prozentsatz der Grubenarbeiter umfaßt, billigt angeblich die Bewegung nicht und unterstützt sie nur aus Solidarität. Immerhin ist der Ausstand der Grubenarbeiter ein vollständiger.

Die Militärverwaltung hat die Eingänge zu den Gruben bedeutend verstärkt. Die Arbeiter protestieren energisch dagegen und betonen, daß der Generalkapitän mit den Grubenbesitzern vielfach verhandelt sei und auch bei einem reichen Grubenbesitzer seine Wohnung habe.

Die Grubenbesitzer von Bilbao lehnen die Forderungen der Ausständigen bezüglich des wertmäßigen Arbeitsvertrages unter der Begründung ab, daß die Arbeiter nicht unterirdisch, sondern unter freiem Himmel gearbeitet haben. Der Kommandeur schlug darauf ein Schiedsgericht vor.

#### Bahnerstreik in Amerika.

Aus Ottawa wird gemeldet: Infolge des Ausstandes fährt auf dem gesamten kanadischen Grand Trunk-Eisenbahnnetz von den Personenzügen weniger als die Hälfte; der Güterverkehr ist gänzlich eingestellt. Insgesamt sind 5000 Angestellte im Ausstand. Das Geschäftleben ist stark in Mitleidenchaft gezogen. Auch auf der Babash-Bahn ist der Verkehr teilweise eingestellt worden.

## Aus Industrie und Handel.

Der Saatensand in Preußen stellte sich um die Mitte des Juli, wenn es gut, 8 mittel bedeutet, wie folgt: Winterweizen 24 (Vorjahr 29), Sommerweizen 27 (26), Winterroggen 23 (25), Winterroggen 26 (27), Sommerroggen 29 (29), Sommergerste 27 (26), Hafer 27 (26), Erbsen 28 (25), Ackerbohnen 28 (26), Bohnen 27 (26), Kartoffeln 25 (25), Futterrüben 24 (25), Winter-Raps und -Rüben 24 (34), Flach 27 (26), Klee 25 (33), Luzerne 24 (31), Riefelweizen 28 (32), andere Weizen 25 (34). In den Vermerken der statistischen Korrespondenz heißt es: Auf die übergroße Trockenheit folgte ein völliger Witterungs-Umschlag, stichweise in den östlichen Provinzen sogar Frost. Manche Gegenden hatten leider zu viel Niederschlagsmengen. Die Festigkeit der Regengüsse hat das Getreide vielfach gelagert. Die Witterung begünstigt das Gedeihen von Unkräutern, besonders des Hechdrills. Ueber Krankheiten des Getreides, des Klee und der Kartoffeln wird vielfach geklagt, nicht so sehr über tierische Schädlinge, außer im Osten über den „Blasensuk“ und im Westen über Schärden auf Klee und Wiesen. Die Verstoffung des Getreides und die Körnerbildung lassen zu wünschen. Der Osten hat mit dem Rähen der Winterfrüchte begonnen. Ueber Obstfrüchte liegen nur vereinzelte Nachrichten vor. Für die Sommerhalbe- und Hälftenfrüchte hat sich trotz allem kein Niedgang ergeben. Hinsichtlich Kartoffeln wird überwiegend bemerkt, daß sie sehr üppig im Kraut stehen, hier und da auch, daß sie guten Knollenansatz haben. Zukünftig haben sich recht gut entwickelt, sind aber von Schädlingen nicht veronten geblieben. Ueber den Stand der Futterpflanzen und Wiesen wird vielfach geklagt.

Gegen die Preispolitik des staatlichen Saarlohnenbergbaues mündet sich die Handelskammer Saarbrücken in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1909. Dieser Vorstoß gegen den staatlichen Bergbau gerade von dieser Seite erscheint deswegen so beachtenswert, weil er indirekt die vielen alten Klagen, die von Arbeitersseite wiederholt ausgesprochen worden sind, als berechtigt erscheinen läßt. Die Handelskammer in Saarbrücken spricht sich sehr abfällig aus. Nach ihrer Ansicht befindet sich der lgl. preussische Saarlohnenbergbau seit einem Vierteljahrhundert in einem dauernden Niedgang in seiner Stellung innerhalb der deutschen Steinkohlenindustrie, obwohl ihm die ausgedehntesten Felder und die reichsten Flöze zur Verfügung stehen und jede Aufschwunagszeit in Südwestdeutschland eine förmliche Kohlennot herbeiführt. Eine Erwiderung auf die heftigen Angriffe wird wohl nicht ausbleiben. Es wird von der Handelskammer darauf hingewiesen, daß der Anteil der staatlichen Saargruben an der Steinkohlenförderung Deutschlands von 10,53 Prozent im Jahre 1883 allmählich bis auf 7,46 Prozent im Jahre 1908 zurückgegangen ist. Seit 1903 ist die Förderung der staatlichen Saargruben um circa 1 Million Tonnen gestiegen, nämlich von 10,06 Millionen auf 11,07 im Jahre 1909. Es soll dabei an dieser Stelle nicht übergangen werden, daß die Leistungen der Arbeiter im Verlaufe einer längeren Periode sehr erheblich zugenommen haben. 1890 stellte sich die Leistung im Durchschnitt der Belegschaft auf 100,9 im Jahre 1909 aber auf 204,8 Tonnen Steinkohle pro Jahr. Das bedeutet also eine Steigerung der Arbeiterleistung von rund 22 Proz. Die Belegschaft stellt sich für 1909 auf 53 067 Mann.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Dynamitexplosion.

Paris, 20. Juli. (S. S.) Vergangene Nacht ereignete sich in dem Vororte Villejuif eine schwere Dynamitexplosion. Die Bricketfabrik von Reblanc wurde in die Luft gesprengt. Die Maschinenräume bilden nur noch einen riesigen Trümmerhaufen. Die Nachbargebäude, ebenso auch die Wagentremisen wurden gleichfalls stark beschädigt, nur das Verwaltungsgelände der Fabrik wurde weniger in Mitleidenchaft gezogen, lediglich der Haupteingang hat einige Beschädigungen aufzuweisen. Sämtliche Fensterscheiben der noch stehengebliebenen Häuser in der Umgegend sind zertrümmert. Dem Umstand, daß die Explosion nachts erfolgte, ist es zu danken, daß Menschenleben nicht zu beklagen sind. — Die Explosion soll auf ein Attentat zurückzuführen sein.

### Neue Mordinstrumente.

Belgrad, 20. Juli. (S. S.) Die serbische Regierung hat bei verschiedenen deutschen Waffenfabriken einen großen Posten Maschinengewehre, Repetiergewehre sowie 8000 Granaten bestellt.

### Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 20. Juli. (S. S.) Das Gouvernement Tambov und der Kreis Warka des Gouvernements Wobolien sind für Choleragefährlich, die Gouvernements Kostroma, Penza und Tula für Cholerabedroht erklärt worden.



Die Parteipresse über die Budgetbewilligung.

„Volksfreund“ - Karlsruhe.

Genosse Kolb beginnt eine Artikelserie zur Verteidigung der Budgetbewilligung. Er erwidert auf unsere Feststellung, daß die Haltung der Fraktion einen Bruch der Parteidisziplin bedeutet, der die Einheit der Partei gefährdet, das Folgende:
1. Nicht die badischen Genossen tragen die Schuld dafür, daß wir jetzt wieder eine „Parteifrage“ auf der Tagesordnung haben, sondern die Mehrheit des Nürnberger Parteitages, die allen Warnungen zum Trotz in völliger Verkennung ihrer Aufgaben und politischen Kompetenzen, den einzelstaatlichen Parteien einen Beschluß aufzotropte, den diese in der schematischen Weise, wie das in der Nürnberger Resolution festgelegt ist, gar nicht ausführen können, wenn sie die Partei und deren politisches Wirken in den Einzelstaaten nicht lahm legen und jeden Einfluß auf die Gestaltung der Politik freiwillig preisgeben wollen.

2. Für die Politik der Einzelstaaten gibt es schlechterdings keine einheitliche politische Aktion, weil die politischen Verhältnisse, die Parteistellungen in den Einzelstaaten durchaus verschieden gelagert sind. Es ist beispielsweise absolut unmöglich, die politische Aktion, wie sie für unsere Partei in Preußen durch die dortigen politischen Zustände bedingt ist, einfach auf Baden übertragen zu wollen. Wenn also etwas verfehlt ist, so die Methode, Parteitagbeschlüsse für die einheitliche politische Aktion der Partei zu konstruieren und aufzotroptieren, wo es eine einheitliche politische Aktion nicht gibt und nicht geben kann.

Genosse Kolb bezieht sich dann auf die „Erklärung der 66“ in Nürnberg, die bekanntlich dem Parteitag das Recht abgesprochen, über die Budgetbewilligung zu entscheiden und nur die Landesorganisation als zuständig gelten lassen wollten, und zitiert dann verschiedene Äußerungen aus den Reden der Genossen Limm, Frank, Gildenbrand usw. auf dem Nürnberger Parteitage, die die Resolution als unannehmbar bezeichneten. Dann fährt Genosse Kolb fort:

„Aus allen diesen Reden klingt immer wieder die Mahnung an die Mehrheit: Paßt keinen Beschluß, der unmöglich gehalten werden kann. Und trotzdem hat die Mehrheit diesen Beschluß gefaßt, der in Baden, wenn ihn die Fraktion in der plötzlich eingetretenen politischen Situation gehalten hätte, unsere ganze politische Arbeit der letzten Jahre, unsere Erfolge, das Ansehen der Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung mit einem Schlag in Frage gestellt, den mühsam eroberten politischen Einfluß unserer badischen Partei, die Parteikonstellation gegen den schwarz-blauen Block, die völlige politische Lähmung derselben vernichtet hätte. Und das alles nur einer bloßen Demonstration wegen, die in schreiendstem Widerspruch zu der im Parlament geleisteten Arbeit gestanden hätte. Um der bloßen Demonstration gegen den kapitalistischen Klassenstaat wegen wählten die badischen Parteigenossen keine 20 Abgeordnete in den Landtag. Das wäre noch der Mühe wert, Zehntausende von Mark für die Landtagswahlen aufzuwenden, seine Zeit und Gesundheit zu opfern, um eine liberal-konservative Mehrheit zu verhindern, monatelang in den Kommissionen und im Plenum des Parlaments sich abzuarbeiten, um dann hinterher mit einer symbolischen Demonstration alles wieder über den Haufen zu werfen und der Reaktion damit Gelegenheit zu geben, ihre absolute Unentbehrlichkeit zu bekunden. Die badischen Parteigenossen haben ihre 20 Abgeordnete nicht nur in den Landtag gewählt, um ihre Klassenforderungen zu vertreten, sondern auch um den größtmöglichen Einfluß auf die politische Entwicklung auszuüben, wozu es nicht zuletzt abhängt, in welchem Maße die Arbeiterklasse bei der Gestaltung der Dinge mitwirken kann. Nicht um auf die Eroberung der politischen Macht zu verzichten und sich mit der heutigen Gesellschaftsordnung auszuföhnen, hat die badische Partei diese unbestritten erfolgreiche Politik eingeschlagen, sondern um die Eroberung der politischen Macht und damit die Überwindung des kapitalistischen Klassenstaates zu beschleunigen. Wir sind dabei der unabweislichen Meinung, daß wir bezüglich der Eroberung der politischen Macht

um ein gutes Stück unseren preußischen Parteigenossen voraus sind. Die „prinzipielle“ Stellung, die der „Vorwärts“ zu der Frage der Budgetabstimmung einnimmt, würde in ihren Konsequenzen — und darauf kommt es bei der Entscheidung über diese Frage an — zur Verneinung der parlamentarischen Arbeit überhaupt führen.“

Wir werden auf diese Ausführungen noch zurückzukommen haben. Wir lassen nun zunächst zwei bayerische Pressstimmen folgen.

„Oberfränkische Volkszeitung“ - Hof.

„Es müssen doch in Baden gar „besondere politische Verhältnisse“ vorherrschen, die es mit sich bringen, daß innerhalb weniger Stunden ein solch gewaltiger Umschwung in der politischen Situation eintreten konnte. Die badische Grobblödpolitik scheint schon recht eigenartige Wirkungen ausgelöst zu haben, so daß die badische Landtagsfraktion lieber einen Standaß herausgeschwört, indem sie die Parteitagbeschlüsse einfach ignoriert und dadurch der Einheit der sozialdemokratischen Partei einen klatschenden Schlag ins Gesicht versetzt. Ob sich die Partei die Seiten sprünge solcher revisionistischer Sonderlinge gefallen lassen wird, ist eine andere Frage. Es muß klipp und klar ausgesprochen werden, daß dieses parteischädigende Verhalten kein Parteigenosse billigen wird, dem es an der Einheit und Schlagfertigkeit der Partei gelegen ist. Im Gegenteil fordert diese unerhörte Provokation der Wadenjer die allerhöchste Kritik heraus. Glauben es Parteigenossen nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, sich den Beschlüssen der Gesamtpartei zu fügen, so sollen sie auch offen die Konsequenzen ihres Verhaltens ziehen. Aber solange sie noch offiziell Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften sind, muß die Disziplin unter allen Umständen auch von ihnen gewahrt werden. Der Parteitag in Magdeburg wird klar auszusprechen haben, was mit solchen absichtlichen Verletzungen der einheitlichen Parteitaktik zu geschehen hat.“

Je mehr man sich die Handlungsweise der Wadenjer ansieht, um so verständlicher wird sie. Abgesehen davon, daß die Fraktion sich zum Ministerbeschläger aufschwingt, hätte sie sich doch gerade auf Grund dessen, daß die völlige politische Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Staatsbürger noch nicht durchgeführt worden ist, und daß die Gemeindeordnung ein Dreiklassenwahlrecht enthält, in erster Linie für verpflichtet halten sollen, gegen das Budget zu stimmen. Das ist eben der Fluch der Opportunitätspolitik, daß sie Dinge zeitigt, die dem Klassenkampfcharakter der Partei direkt ins Gesicht schlagen. Und das Abweichen von der klaren grundsätzlichen Politik bringt dann solche Sadegassen zustande, in denen schon der Liberalismus vor lauter „praktischer Politik“ stecken geblieben ist.“

Wir wünschen dringend, daß in dieser Frage der Parteitag nur so entscheidet, wie es vom Standpunkt des Klassenkampfcharakters der Partei zwingend notwendig ist. Von sentimentalen Anwendungen irgendwelcher Art muß er sich freibalten.“

„Fränkische Volkstribüne“ - Bayreuth.

„Ja, die deutsche Sozialdemokratie rüftet sich zu einem Vorstoß, der ihre Erfolge von bisher ungekannter Größe verspricht. Die Gunst der Stunde laßt ihr wie noch kaum je vorher. In diese Situation hinein muß nun ein ekliger Parteistandfall fallen, der die Gegner froh aufatmen läßt und der nicht ungeeignet erscheint, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Sünden der bürgerlichen Parteien und den nahenden Wahlen abzuwenden und den ratlos umherlaufenden gefangenen parlamentarischen Ratten des Würgeriums Gelegenheit zu geben, sich in Sicherheit zu bringen. Wir bedauern und verurteilen den Schritt der badischen Fraktion entschieden und tief. Ganz abgesehen von der Haltlosigkeit der Gründe, die zur Entscheidung angeführt werden, muß die Kaltblütigkeit, mit der die badischen Parteiparlamentarier sich über die Beschlüsse der Gesamtpartei hinwegsetzen, die schärfste Kritik berechtigt erscheinen lassen. Der Nürnberger Parteitag hat mit überwältigender Majorität die Frage, ob Sozialdemokraten Regierungen des heutigen Staats durch Genehmigung ihrer Budgets ihr

Regierungssystem anerkennen sollen, verneint. Bisher waren Beschlüsse der Gesamtpartei bindend für jeden einzelnen Parteigenossen, sie waren auch bindend für einzelne Teile der Partei. Unter dem demokratischen Prinzip, daß die Partei sich selbst ihre Bahnen weist und bei Meinungsverschiedenheit durch Abstimmung entscheiden läßt, sind wir mächtig und reif geworden, jedem gegenständlichen Ansturm gewachsen und zur Lösung der schwierigsten gesellschaftlichen Probleme befähigt zu sein. Unsere schneidigste und von den Gegnern gefährdeteste Waffe war bisher unsere eigene Disziplin. Die badischen Parteiführer sind „moderner“, sie lächeln über unsere Grundsätze und längeln lächelnd darüber hinweg, Parteitagbeschlüsse gelten nicht für sie.“

Sollte das eine generelle Einräumung der Partei werden, dann wird die Sozialdemokratie aufhören zu sein, was sie war. Dann zerfällt sie in ihre Schwärze, das sie beim Gegner fürchtbar machte. Soll die Parteidisziplin wie ein Kochtopf, der ein Loch hat, in die Kumpelkammer gemorfen werden, dann zerfällt die Partei in Teile, von denen jeder auf eigene Faust Politik macht, und zwar eine Politik, die um so verrorener, konfusier werden muß, je länger dieser Zustand anhält. Mit Kleinigkeiten begibt man sich auf diese Bahn, im Abgrund hört man auf.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Parteitag in Magdeburg ein noch viel deutlicheres Wort zu solchen Extralaturen einzelner Parteiparlamentarier sprechen muß, wie es der in Nürnberg getan hat. Es mag für manchen bitter sein, wenn er von Geburtagstagen des Monarchen weg der Regierung eben dieses Monarchen ein starrs Rein entgegenzusetzen soll, aber will man bei uns lehiere nicht tun und erstere nicht lassen, dann steht man eben nicht auf einem seiner Ueberzeugung angemessenen Platz. Die Sozialdemokratie ist eine Massenbewegung. Sie macht sich ihre Grundsätze und zeigt die Bahnen, die die Partei gehen muß. Ihre Abgeordneten sind ihre Beauftragten. Machen diese nach eigenem Ermessen, nach eigenen Gefühlen Politik, dann entstehen in einer proletarischen Massenpartei Konflikte, weil eben eine solche Partei nicht nach Grundsätzen geleitet werden kann, die bei den bürgerlichen Parteien selbstverständlich sind.“

„Pfälzische Post“ - Ludwigshafen.

Das Blatt wendet sich heftig gegen alle Ausschlußentwürfe, die nicht ernst zu nehmen seien und sagt dann: „Unserer Ansicht nach hätte es jedenfalls mehr im Interesse des Friedens innerhalb der Partei gelegen, wenn sich unsere badischen Genossen, nachdem sie zu ihrem Beschluß, für das Budget zu stimmen, gekommen waren, vorher mit dem Parteivorstand in Berlin in Verbindung gesetzt und so eine Verständigung herbeigeführt hätten; es wäre damit vielleicht mancher ungeschöne Neuerung zu der Streitfrage unterblieben.“

„Schwäbische Tagwacht“ - Stuttgart.

„Die Zustimmung der großen Mehrheit unserer badischen Landtagsfraktion zum Budget hat natürlich in den letzten Tagen die Parteipresse sehr lebhaft beschäftigt. Im großen und ganzen ist das in den Formen parteigenösslicher Freundschaft geschehen. Nur wenige Parteiblätter, so namentlich die Leipziger Volkszeitung erlaubten sich wieder starke Auslassungen in ihren Protokollen gegen die Budgetgenehmigung. Diese Redaktionen konnten sich allmählich davon überzeugen, daß durch die Art, in der sie ihren Standpunkt vertreten, die Anhänger der Budgetbewilligung nicht zu Gegnern umgewandelt werden und vor allem auch der gesamten politischen Lage, die es für uns auszunutzen gilt, nicht Rechnung getragen wird.“

Wir haben nicht die Absicht, den neuen Streitfall breiter zu behandeln, als es unbedingt erforderlich ist, und sehen deshalb von einer ausführlichen Wiedergabe der Äußerungen der Parteipresse ab. Es genügt, festzustellen, daß die Parteipresse fast einmütig den Verstoß gegen den Beschluß des Nürnberger Parteitags mißbilligt, besonders auch deshalb, weil kein Versuch einer Aussprache mit dem Parteivorstand gemacht wurde, der doch die Durchführung der Parteitagbeschlüsse zu überwachen hat.“

Oberheffische „Volkszeitung“ - Gießen.

„Wie wir schon erklärten, hätten wir im Interesse der Einheit unserer Partei und in Rücksicht auf die

Kleines feuilleton.

Der Berliner Judenprozess vom Jahre 1510. Am Freitag nach Margareten im Jahre 1510, der damals auf den 15. Juli fiel, vollzog sich auf dem Neuen Markte in Berlin der letzte grauen-erregende Akt eines Trauerspiels, das in der Geschichte unter dem Namen des „Berliner Judenprozesses“ bekannt ist. In dem habeländischen Dorfe Knobloch hatte ein Einbrecher aus der Kirche eine Kypresse, vergoldete Moniranz und zwei in einem Messingbüchsen verwahrte Posten gestohlen. Anstatt anzunehmen, daß die Hahlgier des Diebes einfach durch die Annahme gereizt worden sei, daß die gestohlenen Kirchengeräte massiv golden seien, wurde sofort von der Geistlichkeit der Verdacht ausgesprochen, daß es dem Diebe nur um die gewiechten Posten zu tun gewesen sei und daß er zu dem Raube nur von den Juden angestiftet worden sei, von denen man damals glaubte, daß sie sich um den Preis jedes Verbrechens in ihren Fleiß zu setzen suchten, um an ihnen ihren Haß gegen Jesus Christus auszulassen. Als die Moniranz bald darauf in Stücke geschlagen bei Bernau gefunden wurde, wohin der Dieb sie geworfen haben mochte, nachdem er ihre Wertlosigkeit erkannt hatte, richtete sich der Verdacht der Täterschaft auf einen Kesselfeiler namens Paul Fromm, einen wüsten Gesellen, der in Bernau in der Nähe des Stadigrabens wohnte und im höchsten Maße stand. Von einem Delegierten des Brandenburgischen Bischofs verhaftet und darauf hingewiesen, daß es unglauwürdig sei, daß er die Posten für sich habe entwenden wollen, gestand er, obwohl seine Täterschaft nicht klipp und klar erwiesen war, daß er der Dieb sei, daß er die eine Postie gegessen, die andere aber dem Spanander Juden Salomo um neun Groschen verkauft habe. Dem inquisitorischen Verfahren war damit die breitesten Grundlage gegeben. Salomo gestand auf der Folter, daß er Teile der von ihm mit einem Messer zersplitterten Postie nach Brandenburg und Stendal gefandt habe, und da noch andere seiner Glaubensgenossen in Verdacht gerieten, ließ der Kurfürst schließlich sämtliche Juden in der Mark verhaften. Die peinliche Bestragung richtete sich auch auf die Teilnahme der Festgenommenen am rituellen Kindesmord, und da alle Angeklagten unter der Folter gestanden, was man von ihnen wollte, und ihr Geständnis, um nicht nochmals gemartert zu werden, nicht widerrufen, hatte man schließlich, nachdem einige an dem Folter der gestorben und andere im Gefängnis Selbstmord verübt, 42 Personen beisammen, an denen das Todesurteil durch Verbrennen vollstreckt wurde. Auf dem Neuen Markte, an der Ecke der Weder- und Frankfurter Straße, waren drei Schaugerüste mit den Plagen für einheimische und fremde Rechtsgelehrte, die Herren vom Gericht mit ihren Gerichtsschreibern und die Zeugen erbaut. Nachdem die Akten verlesen, die Verhandlung erfolgt und das Urteil gesprochen, folgte unmittelbar darauf die Vollstreckung der Strafe. Drei von den Verurteilten, die die Tote empfangen, fehlten. Für Fromm und die anderen 88 Juden war hinter dem Wadenstein ein dreißigfüßiges Gerüst erbaut worden, auf dessen einzelnen Etagen man auf mit Holz, Stroh und Pech bestreuten Kisten die Verurteilten festband. Nur Fromm hatte einen eigenen Wassertopf erhalten. Dann wurden brennende

Fackeln in das hochgetränkte Meißig geworfen. Bald loderten die Flammen gen Himmel, und schon nach wenigen Minuten war alles vorüber.

Städte auf einer Sommerreise. In einer Reihe von englischen Städten besteht ein alter Brauch, der noch heute mit dem glücklichsten Erfolge innegehalten wird. An einem bestimmten Datum im Sommer reist die ganze Stadt in die Sommerfrische. Nicht etwa bloß die vermögenden Bürger, die sich eine Sommerreise leisten können; nein, die ganze Stadt bis hinab zu dem kleinste Arbeiter reist ins Seebad oder in die Verge. Es ist eine alte Sitte, die diese sommerliche Massenauswanderung möglich macht. Das ganze Jahr über wird von der Stadtbehörde von jedem Familienvater ein besonderer Beitrag erhoben, der als Reservefonds für die Sommerferien gilt. Wenn dann die Zeit der Reise herannaht, tritt die ganze Bevölkerung ihre Fahrt in die Sommerfrische an. Die Stadt Oldham z. B., ein Mittelpunkt der Baumwollindustrie, erhebt im Jahre für rund 4 Millionen Mark solcher Ferienelder, in Walsbarn sammelt man jährlich über 8 Millionen. Die Bevölkerung wird dann in Reisegesellschaften eingeteilt, die Stadt stellt besondere Ferienzüge, die in Abständen von je einer halben Stunde abgelassen werden, die Behörden bekümmern sich um die Unterkunft am Reiseziel, und durch die große Zahl der Teilnehmer wird es möglich, die Kosten der Sommerreise auf ein Minimum zu reduzieren. Ursprünglich reisten diese Städte meistens nach Blackpool oder Parnmouth oder nach anderen englischen Seebädern. In den letzten Jahren aber sind diese reisenden englischen Städte bis nach Frankreich und sogar in die Schweiz vorgezogen. Im vergangenen Jahre z. B. konnte Präsident Fallières in Paris 700 Einwohner von Wurnley begrüßen. Es waren alles Arbeiter mit Frauen und Kindern. Während der Ferienzeit bleibt nur die Polizei in den verdödeten Städten zurück. An allen Fernern prangt dann die Aufschrift: „Der Ferien wegen geschlossen.“ Natürlich handelt es sich dabei nur um kleinere Städte, in denen eine solche Stöckung des Lebens möglich ist. Insbesondere sind es Gemeinden in Lancashire, die dem alten Brauch treu geblieben und ihn den modernen Verhältnissen entsprechend ausgebaut haben.

Vom schiefen Turm zu Pisa. Das Wunder von Pisa, der schiefe Glockenturm neben dem Dom, wird von einem ähnlichen Schicksal bedroht wie der Campanile der Markuskirche in Venedig. Schon lange munkelte man von Anzeichen, die besürchten ließen, daß die Lage des Turmes gefährlich sein dürfte. Im Interesse des Fremdenverkehrs, der sich ganz vornehmlich auf den einzigartigen stillen Platz mit der Kathedrale, dem Campanile, dem Battistero und dem Campo Santo konzentriert, hat man wenig von der Gefahr verlaun lassen; aber sie hat bei nahe noch größere Verstärkung erregt, als die Ratsstrophe vom 14. Juli 1902 auf dem Marktplatz; denn an einen Wiederaufbau des wunderbaren Pisaner Bauwerkes würde nicht zu denken sein.

Wilhelm von Innbruck und Bonamuss von Pisa, die im Jahre 1174 den Bau begannen, wollten ihn natürlich senkrecht aufbauen. Auf dem losem Boden von Pisa, altem Meeresgrund, senkte sich aber schon das unterste Geschöß, so daß die erste Säulengalerie auf der Nordseite eine um 8 Zentimeter geringere Höhe erhielt. Bei der dritten Galerie mußte man schon 7 Zenti-

meter ausgleichen. Die fortgesetzte Senkung ist jedenfalls die Ursache der langdauernden Baumverdröckung gewesen. Erst 1238 fand ein Domwerkmeister den Rat, das Werk fortzuführen. Er stellte auf der Deckung der dritten Galerie einen Höfen-Unterschied von 15 Zentimeter her und bewirkte die Ausgleichung durch entsprechende Verlängerung der Säulen auf der überhängenden Seite der dritten Galerie. Als 1350 Tommaso Pisano den Bau vollendete, hatte er im Süden 70 Zentimeter weniger Höhe als im Norden. Seitdem ist dieser Unterschied auf 1,50 Meter, die Abweichung vom Lot auf 4,50 Meter gestiegen.

Hat diese Selbstheilung den Pisaner Glockenturm zu einem der Bauwunder der Welt gemacht, so mußte sie von jeher auch Bedenken erregen. Der Bericht einer technischen Kommission, die sorgfältige Beobachtungen und Untersuchungen angestellt hat, bestätigt heute diese Bedenken. Es müssen schleunige und umfassende Vorkehrungen getroffen werden, um einer Gefahr — wenn sie auch keine unmittelbare ist — vorzubeugen. Die nächsten Vorkehrungen werden darin bestehen, daß man den Erschütterungen durch die schwingenden Glocken ein Ziel setzt. Die beiden größten, je 40 Doppelzentner schwer, werden nicht mehr geläutet, die anderen fünf nur noch mit dem Hammer angeschlagen. Ferner wird man zu stärkeren Verankerungen zwischen den Wänden und zur Verstärkung des Fundamentes, ferner zur Aufschüttung der in der Nähe befindlichen großen Ausschachtungen und Risternen schreiten. Auf die Befestigung des Turmes werden die Reisenden nunmehr vermutlich jahrelang verzichten müssen.

Das Ende der Bleistifte. Wenn die Bleistifte wirklich, wie man es nach ihrem Namen glauben sollte, in ihrer „Seele“ aus Blei beständen, so würde man sich um ihre Zukunft nicht zu sorgen brauchen, aber auch der Graphit, aus dem ihr Inneres hergestellt wird, ist noch immer reichlich genug vorhanden. Wenn trotzdem sorgenvolle Stimmen sich erheben, die von einer Verdröckung der Bleistiftindustrie sprechen, so denken sie dabei lediglich an den Bestandteil, der vielleicht nicht notwendig zu dem Begriff eines Bleistiftes gehört, aber bisher noch mit ihm verbunden gewesen ist, nämlich das Holz. Seit langem gibt es freilich schon Bleistifte, an denen überhaupt kein Holz ist, namentlich die elegante Gruppe der Krayons, aber das große Heer dieser nützlichen Soldaten ist doch immer noch mit einer hölzernen Hülle ausgestattet, und zwar stammt diese von einer roten Ledernart aus Amerika. Es hat aber jezt den Anschein, als ob die Holzbestände, die bisher zu diesem Zweck verwandt worden sind, entweder einer Erschöpfung entgegengehen oder zu einer anderen besseren Verwendung bestimmt werden sollen. Jedenfalls will man namentlich in den Vereinigten Staaten, wo sich infolge der rücksichtslosen Waldverwüstung insbesondere durch die Papierfabrikation, eine fast ängstliche Sorge um die Erhaltung der noch vorhandenen Wälder eingestellt hat, diese roten Ledern nicht länger für das Holz der Bleistifte hergeben. Zunächst hat es eine solche Verleuerung erfahren, daß die Fabrikanten einen weiteren Zwang gar nicht abwarten werden, ehe sie nach einem Ersatz suchen. Es ist ja wohl auch nicht unbedingt nötig, daß ein Bleistift notwendig einen Rod aus rotem Ledernholz haben muß, und so werden wir diesen alten Bekannten vielleicht bald in einer anderen Bekleidung erscheinen sehen.



gegenwärtige politische Situation gewünscht, die badischen Genossen hätten einen anderen Ausweg gefunden. Wenn ihnen das nach reiflicher Überlegung nicht möglich erschien, müssen wir diese einmalige, durch ganz zwingende Gründe verursachte Abweichung vom Parteitagbeschluss hinnehmen, ohne deshalb gleich in hochgradige Erregung über den unerhörten Disziplinbruch zu geraten. Daß die badischen Genossen nicht darauf ausgegangen sind, den Münchener Parteitagbeschluss in Konsequenz ihrer Anschauung, daß über landespolitische Angelegenheiten die organisatorischen Parteiverbindungen des betreffenden Landes allein und endgültig zu entscheiden haben sollten, jedenfalls zu brechen, zeigt doch die Tatsache, daß die Genossen bis unmittelbar vor der Abstimmung zur Ablehnung des Budgets entschlossen waren, und daß erst die plötzlich geänderte politische Situation sie im letzten Augenblick zum Aufgeben dieses Entschlusses bestimmte. Diese Tatsache sollten die Parteigenossen, besonders diejenigen, die jetzt sogleich wieder eifrigst das Verdammungsurteil über die „süddeutschen Revisionisten“ fällen, doch mit in den „Urteilsgründen“ verwerthen.

### Frankfurter „Volksstimme“.

Unter dem Titel „Wertlose Augenblicks-Politik“ schreibt das Frankfurter Parteiorgan:

„Niemand legt auf bloße Augenblickserfolge, die das kapitalistische Klasseninteresse auch nur eine Sekunde zurückdrängen könnten, weniger Wert, als die Bourgeoisie in ihren verschiedenen Parteigruppierungen. Unverwundlich hält sie bei allen ihren politischen Dandlungen daran fest, daß Kapitalherrschaft und Profitwirtschaft mit Klauen und Zähnen zu verteidigen seien gegen alle Angriffe und Abschwächungen von der Arbeiterseite. Das Klassenbewußtsein ist bei der Masse unserer bürgerlichen Gegner viel schärfer ausgebildet, als bei der Masse der Arbeiter, die sich erst aus Lohn- und Geistesleichtsinn loszuwinden beginnen. Der bürgerliche Politiker macht keine Zugeständnisse an die Arbeiterklasse als gesellschaftliche Macht, um sie zu stärken, sondern er entschließt sich höchstens zu Scheinoperationen, um die Arbeiterbewegung zu zersplittern und zu schwächen. Deshalb ist umgekehrt jede Spekulation darauf, daß die Arbeiterklasse durch Zugeständnisse an bürgerliche Interessen gewinnen könnte, eine grobe Selbstschädigung. Dabei gewinnt stets nur das bürgerliche Interesse, nicht die Arbeiterklasse. Das Bürgertum nimmt sehr gern Unterstützung, aber es gibt seinem Klassengegner keine, sondern sucht ihm zu schaden, wo es kann, offen oder heimlich, durch kompromittierende Bündnisse oder brutale Gegnerschaft.“

Solchem Klassenbewußtsein verdanken eben die preussischen Junker ihre Erfolge, und die Junker in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen sind vielleicht in ihren Formen etwas politischer und in ihren Manieren etwas moderner, aber sie sind auf dieselbe Klassenpolitik gerichtet. Deshalb weiß die „Deutsche Tageszeitung“ recht gut, weshalb sie bereits nach dem Sturz des badischen Ministers rufen darf, der eben im badischen Herrenhause ein paar vernünftige Worte über die Sozialdemokratie sagte und dadurch unsere Genossen in der badischen Kammer zu der vom Klassenstandpunkt aus unbegreiflichen Budgetbewilligung verleitete. Für ihr Zugeständnis an die herrschende Ordnung und die Monarchie ernten die badischen Budgetbewilliger keinen Dank. Wohl aber wird bereits der Kopf des Ministers gefordert, der die Revolution begünstigt und aus den Sturmjahren des vorigen Jahrhunderts nichts gelernt hat, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mit einer Anspielung auf 1848 sagt. Die Erinnerung daran ist nicht schlecht. Das deutsche Bürgertum ist seit 1848 rettungslos den Junkern ausgeliefert, weil es im entscheidenden Augenblick nicht die Kraft besaß, sein bürgerliches Klasseninteresse gegen Ritter und Heilige durchzusetzen, wie die englische und französische Bourgeoisie Jahrhunderte vorher. Aber auch die bürgerliche Demokratie dieser Länder konzentriert sich vor der aufsteigenden Arbeiterklasse immer mehr nach rückwärts zum Bündnis mit den alten Gegnern. Eben haben die Pariser Radikalen unsere Genossen Preßens in der Stichwahl gegen einen Reaktionsdummkopf durchfallen lassen. Und da sollten die badischen Liberalen solche Mustermenschen sein, daß sie unserer Budgetbewilligung zuliebe freizeitliche Politik mit uns machten? In Wahrheit sind wir ihnen nur gut als Hilfsstruppe in dem Streit mit dem Zentrum um die Staatskrippe. Hat die badische Sozialdemokratie ihre Schuldigkeit bei der Ausschaltung des Zentrums getan, so kann sie gehen und es herrscht auch in Baden wieder die „nationaldeutsche“ Kapitalistenpolitik, zu der sich eben die edle Blüte hoffnungsvollen deutschen Bürgertums, die angeblich „freie Studentenschaft“ in Halle a. S., so schön bekannnte.

Wann Junker bis zum linksstehenden Pörschauer wissen sie alle, was ihr Klasseninteresse in der Politik erfordert. Wenn die Arbeiter ihr Klasseninteresse nicht ebenso klar und energisch verfolgen, werden sie die Opfer einer wertlosen Augenblickspolitik.

### „Wiener Arbeiter-Zeitung“.

Das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie beschäftigt sich neuerdings mit der badischen Budgetabstimmung und bemerkt unter anderem:

„Nun wird man außerhalb Preußen-Deutschlands von den Bemerkungen des Ministers Bodman wahrscheinlich nicht so erschüttert sein, wie es allem Anschein nach die badischen Genossen waren, die daraufhin sofort beschloßen, ihre ursprüngliche Absicht, gegen das Budget zu stimmen, aufzugeben und dem Minister, der sie im Oberhause nicht verleugnet hatte, ein Vertrauensvotum zu geben; immerhin kann man zugeben, daß die Rede des badischen Ministers anders klang, als man in Deutschland Minister sonst reden hört. Im übrigen machen die Badener Genossen kein Geheim daraus, daß sie mit der Bewilligung des Budgets einen bewußten Akt des Revisionismus vollziehen wollten.“

Es wird dann der von uns bereits zitierte Artikel des Karlsruher „Volksfreund“ wiedergegeben und dazu bemerkt:

„Allerdings ist der Genosse Wilhelm Kolb als, wenn man so sagen darf, Erzrevisionist berühmt, und man darf nicht glauben, daß das alles ganz ernst gemeint sei; jedenfalls wird hier zu unerkennbar eine bewußt revisionistische Taktik angebahnt und gepredigt. Die badische Frage gewinnt dadurch zweifellos an Ernst und man wird also zu ihr noch zurückkommen müssen. Was die Stimmung in der deutschen Partei betrifft, so geht sie, auch über den Kreis des eigentlichen süddeutschen Revisionismus hinaus, dahin, die Sache in keinem Falle zu einem Parteigezänk entarten und auszuwaschen zu lassen.“

### „Leipziger Volkszeitung“.

„In der Erkenntnis, daß all das hilflose Gerede, mit dem sie zuerst ihre Erklärung der Gesamtpartei zu verteidigen suchten, doch von niemand in der Partei ernst genommen wird, schlagen die badischen Kammergenossen jetzt eine andere Taktik ein, die wenigstens den Vorzug der Ehrlichkeit hat. Sie verzichten auf all das Verbotene von der komplizierten Ministeratur des Herrn v. Bodman und den schwarzen Verschwörungsplänen des Zentrums, und erklären klipp und klar, daß es sich bei ihrem Vorgehen um einen bewußten Vorkopf der revisionistischen Parteiminderheit gegen den Klassenkampf-Handpunkt und die programmatisch-prinzipielle Taktik der Parteimehrheit handelt.“

Das Blatt führt dann die Gründe aus dem Artikel des Karlsruher „Volksfreunds“ an und urteilt über diese folgendermaßen:

„Ohne daß dies direkt ausgesprochen ist, wird hier zugegeben, daß die Zustimmung zum Budget nur die Krönung der ganzen Großblatktaktik war. Das Gerede von dem „mannhaften“ Auftreten des Ministers v. Bodman und dem „politischen Klauen-“

belennnis“, das er in der Ersten Kammer ablegte, sollte nur dazu dienen, die plötzliche Schwendung der Fraktion von einer der Regierung des Klassenstaats mißtrauenden sozialistischen Minderheit zu einer bewilligungsfreudigen Regierungstruppe zu maskieren. In Wirklichkeit waren die Kolb und Genossen schon seit Monaten entschloßen, die Konsequenzen ihrer Großblatktaktik durch Bewilligung des Budgets zu ziehen, und sie wurden in dieser Absicht nur dadurch wieder schwankend gemacht, daß Herr v. Bodman ihnen in der Kommission mit brutaler Offenheit erklärte, eine staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Sozialdemokratie existiere für ihn nicht. Aber auch dieser Schritt wurde überwunden — im Interesse der Aufrechterhaltung der Bloßfreundschafft mit den Liberalen. Damit nicht die holde Harmonie noch im letzten Augenblick in die Brüche ging, mußte der Kommissionsbericht über die Reichsräte, der die Neuerung über die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Sozialdemokraten provoziert hatte, im Papierkorb verschwinden, und die Vertrauensumgebung für den bürgerlichen Klassenstaat konnte ins Werk gesetzt werden.

Es fällt uns nicht ein, ein Wort der Kritik an die wunderbaren Deduktionen von den staatsmännischen Pflichten, die sich angeblich aus der eigenartigen politischen Situation Badens für die Sozialdemokratie ergaben, zu verschwenden. Es sind das dieselben Nebenarten, von denen jede Nummer der sogenannten „sozialistischen Monatshefte“ strotzt und die von den Revisionisten nun nachgerade bis zum Ueberdruß herbeigeholt worden sind. Nur ein Wort zur Kennzeichnung der Behauptung, daß das „positive Zusammenarbeiten zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie“ möglich gewesen sei, „ohne daß die Grundzüge der in Frage kommenden Parteien irgendwie irritiert wurden“. Die Budgetbewilligung allein ist der beste Beweis, daß das gerade Gegenteil richtig ist, denn schließlich sind doch auch die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage noch ein Bestandteil unserer Grundzüge. Aber auch von dieser einen drastischen Tatsache ganz abgesehen, läßt sich auch für den der badischen Landespolitik Fernerleuchtenden mit Leichtigkeit nachweisen, daß die Behauptung den Tatsachen direkt ins Gesicht schlägt. Sieht sich doch sogar der Genosse Quard, der gewiß nicht im Verdacht steht, den süddeutschen Genossen gram zu sein, im Frankfurter Parteiorgan zu der Kritik veranlaßt, daß die badische Landtagsfraktion völlig unter dem Eindruck der Großblatktaktik stand, was beispielsweise zur Folge hatte, daß auf jede Volksbewegung zur Beseitigung des plutokratischen Dreiklassenwahlrechts bei Beratung der neuen Gemeinde- und Städteordnung verzichtet wurde. Die Genossen ließen sich, als ihre Anträge auf Einführung eines demokratischen Wahlrechts abgelehnt waren, mit einer „Reform“ des infamen Dreiklassenwahlrechts abfinden und stimmten schließlich für das ganze Gesetz. Wenn das keine „Irritierung“ der Parteigrundzüge ist, gibt es überhaupt keine mehr. Nebenfalls haben die bürgerlichen Parteien und die Regierung, die das gleiche Wahlrecht strikt ablehnten, bei dieser Gelegenheit hundertmal mehr gefundes Massenempfinden gezeigt, als die sozialdemokratischen Staatsmänner während der ganzen Landtagsession.

Wer so prinzipienfest ist wie die badischen Kammerrevolutionäre, darf sich natürlich nicht dadurch heirten lassen, daß die Tragweite seiner glorreichen Taktik! Leider allenthalben noch nicht genügend gewürdigt wird“, sondern muß streben, sie auch in der Reichspolitik zur Geltung zu bringen. Darin liegt ja überhaupt der tiefere Sinn des badischen Vorkopfes.“

### Ein schiefer Vergleich.

Ein Parteiblatt macht den Versuch, den schweren Disziplinbruch der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion dadurch zu beschönigen, daß es darauf hinweist, daß auch schon früher einmal ein Parteitagbeschluss durchbrochen worden sei. Die „Vielfelder“, „Volksmacht“ schreibt:

„Für heute nur eine kleine Reminiszenz gegenüber dem allgemeinen Gesähe, die Badenjer hätten gegen einen Parteitagbeschluss verstoßen, Parteitagbeschlüsse müßten unter allen Umständen gehalten werden.“

Auf dem Parteitage zu St. Gallen befand sich unser Parteitag der Tatsache gegenüber, daß die Freisinnige Partei bei den Stichwahlen des Jahres 1887 und in der miserabelsten Weise im Stich gelassen und liberal, aber auch ohne jede Ausnahme, für das Septennatwahlrecht gestimmt hatte. Die Entrüstung darüber war, wenn je eine, durchaus gerechtfertigt, und man kann deswegen den Teilnehmern des Parteitages es nachsagen, daß sie beschloßen, niemals wieder solle die Sozialdemokratie den Freisinn bei Stichwahlen unterstützen. Da kam das Jahr 1890 mit der Verschmelzung der Septennatpartei. Und da erschien unmittelbar nach den Hauptwahlen ein Aufruf des Parteivorstandes: Angesichts des gänzlich unerwarteten Erfolges bei den Wahlen müsse es jetzt als Hauptaufgabe betrachtet werden, das Septennatwahlrecht nicht etwa durch die Stichwahlen wieder auf die Beine kommen zu lassen. Deswegen würden die Genossen aufgefordert, Raun für Raun bei den Stichwahlen für den Freisinn zu stimmen.

Welcher Verstoß gegen einen Parteitagbeschluss! Und die Genossen gingen hin und handelten danach. Und sie taten sehr richtig daran, hätten sie anders gehandelt, wären sie politische Klauelaps gewesen.“

Man kann das Vorgehen des Zentralwahlkomitees (Parteiorganes) in Sachen des Stichwahlauftrufs nur dann in Parallele setzen mit der badischen Budgetbewilligung, wenn man alle ausschlaggebenden Momente ignoriert.

Nichtig ist, daß in St. Gallen 1887 der Beschluß gefaßt worden war, sich bei den Stichwahlen der Abstimmung zu enthalten. Ebenso trifft zu, daß das Zentralwahlkomitee 1890 vor den Stichwahlen im Gegensatz zu diesem Beschluß dazu aufforderte, den Freisinn zu unterstützen.

Nun aber kommt die totale Verschiedenheit der beiden Fälle.

Erstens: Es war nicht die Fraktion eines Bundesstaates, die Vertretung einer Gruppe der Partei, die den Beschluß des St. Gallener Parteitages zu korrigieren unternahm, sondern die Zentralinstanz, das Zentralwahlkomitee. Und in dieser Zentralinstanz befanden sich dieselben führenden Personen, auf deren Betreiben in St. Gallen der Beschluß gefaßt worden war!

Von Veibel selbst stammte der St. Gallener Antrag, und auch Singer hatte unter anderen dafür gestimmt.

Wenn trotzdem der Parteivorstand einstimmig den in Widerspruch zu dem Beschluß des St. Gallener Parteitages stehenden Stichwahlauftrag erteilte, so geschah das in der sicheren Annahme, daß auch die übergroße Mehrheit der Parteigenossen der Meinung sei, daß unter den veränderten, vor drei Jahren nicht vorhergesehenen Umständen der Beschluß aufgehoben werden müsse. Daß diese Annahme auch zutrifft, bewies die Tatsache, daß der Parteitag in Halle mit sehr großer Mehrheit eine Resolution annahm, die dem Vorgehen des Parteivorstandes die Billigung aussprach.

Zweitens: Es bestand 1890 keine Möglichkeit, vor Erlass des Aufrufs erst noch die Meinung der Parteigenossen einzuholen. Dagegen ließ die Stimmung unter den Genossen, soweit sie dem Parteivorstand bekannt war, darauf schließen, daß er mit seiner Stichwahlparole durchaus in ihrem Sinne handle. Dagegen war der badischen Landtagsfraktion ganz genau bekannt, daß ihr Verstoß gegen den

Münchener Beschluß den Untwillen der übergroßen Parteimehrheit hervorgerufen werde!

Drittens: Veibel konnte auf dem Parteitag in Halle ausführen, daß 18 Jahre lang vor St. Gallen stets die Stichwahltaktik geübt worden sei, die der Aufruf des Zentralwahlkomitees empfahl. Die badische Budgetbewilligung dagegen stellt einen Bruch mit aller bisherigen Taktik der Partei dar. Einen Bruch, der nicht durch einen, sondern durch mehrere Parteitagbeschlüsse ausdrücklich mißbilligt worden war!

Nach alledem sollte man wirklich darauf verzichten, unter Berufung auf das Vorgehen des Parteivorstandes von 1890 das in der Parteigeschichte ganz einzig dastehende Verhalten der badischen Landtagsfraktion: entschuldigen zu wollen!

## Aus der Partei.

### Die Organisationen über die Budgetabstimmung.

Eine Versammlung in Durlach bei Karlsruhe, über die der „Volksfreund“ selbst berichtet, zeigt, daß auch die badischen Genossen vielfach dem hohen Flug ihrer Fraktion nicht folgen können. Genosse Trinks führte aus, er könnte die Beweggründe der Fraktion verstehen und begreifen, wenn sie sich von vornherein auf den Standpunkt der Zustimmung gestellt hätte. So aber wäre man bis einen Tag vor der Abstimmung entschloßen gewesen, gegen das Budget zu votieren, und weder die Erklärung, die Genosse Dr. Frank abgab, noch die Begründung dazu im „Volksfreund“ scheine ihm eine ausreichende Erklärung für diesen rohen Umschwung der Meinung der Fraktion zu geben. Genosse Weber gab eine eingehende Darstellung der Vorgänge in der Fraktion. In der Diskussion sprachen nur die Genossen Flohr und Kollwagen. Ersterer hätte es gern gesehen, wenn das Votum der Fraktion anders ausgefallen wäre im Hinblick auf die sicher zu erwartenden scharfen Auseinandersetzungen in der Parteipresse und auf dem Parteitage, jetzt gerade vor der Reichstagswahl. Die Mehrheit der Partei stehe nun einmal zurzeit noch nicht auf dem Standpunkt, die Budgetfrage als eine taktische Frage zu betrachten; damit müsse man rechnen. Letzterer übte scharfe Kritik an der Haltung der Fraktion, doch stellt auch er auf dem Standpunkt, daß der Budgetabstimmung mehr Wichtigkeit beigelegt werde, als sie verdiene. Er fügt sich in der Hauptsache auf den Münchener Beschluß. Hierauf wird die Diskussion bis auf die in der nächsten Versammlung erfolgende Stellungnahme zum Landesparteitag vertagt.

Die Frage der Budgetbewilligung wurde auch auf einer Wahlkreis-Konferenz — des ehemals von dem Genossen Ehrhart vertretenen — 1. pfälzischen Reichstagswahlkreises erörtert. Wir entnehmen darüber dem Bericht der „Pfalz Post“ das Folgende:

Die Diskussion über das Referat eröffnet Gen. Adermann Frankenthal mit der Konstatierung, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion sehr fleißig gearbeitet und ihre Aufgabe voll erfüllt habe. Er knüpfte daran den Wunsch, daß die Fraktion nicht dem Beispiel der badischen Genossen im Landtage folgen, die das Budget bewilligt haben. Desweiteren gibt er seiner Entrüstung Ausdruck, daß unsere badischen Genossen im Landtage ihrem unbegreiflichen Verhalten dadurch die Krone aufsetzten, indem sie nach der Weidung der „Pfalz Post“ am Landtagsbeschluss in das Hoch auf den Großherzog einstimmten. (Der Vorrede des Referats hält dem die Weidung der „Pfalz Post“ entgegen, die das ausdrücklich verneint.) Genosse Fischer-Ludwigshafen ist in Sachen der Budgetbewilligung gegen jeden Beschluß der Konferenz, da man über die Gründe für die Zustimmung unserer Genossen nicht genügend unterrichtet ist. Fast jeder der folgenden Diskussionsredner macht zu der Budgetbewilligung je nach seinem Temperament mehr oder weniger heftige Ausführungen gegen die Zustimmung, doch wurde anerkannt, daß die Konferenz nicht das Forum sei, darüber Beschlüsse zu fassen; das Recht, darüber seine Meinung zu äußern, wird unbedingt anerkannt. Holz-Rundenheim bringt einen Antrag ein, der besagt, daß der bayerische Landesparteitag den Abgeordneten im Landtage die Pflicht auferlegen soll, gegen das Budget zu stimmen, damit solche Entgleisungen ein für allemal unmöglich sind. Er verweist dabei auf die Budgetbewilligung unserer Landtagsfraktion vor zwei Jahren. Adrner wendet sich scharf gegen den Antrag Holz, durch den den Abgeordneten eine Direktive gegeben werden soll, die unwürdig ist. Profit bedeutet, daß Adermann die Abstimmung der badischen Genossen in die Debatte gezogen hat, da die Sache noch nicht geklärt ist. Sodann wendet er sich gegen den Antrag Holz. Jetzt noch auf die frühere Budgetbewilligung unserer Fraktion zurückzukommen, ist nicht zweckmäßig. Wir hätten wichtigeres zu tun, als uns deswegen herumzusträuben. Weber-Mutterstadt meint, daß die Landesparteitagsdelegationen damals hinter Licht geführt worden sind. Es müsse vorgehant werden, damit die Fraktion weiß, woran sie ist. Schmidt-Speyer: Auf dem Wege der Wadenjer kommen wir zu offiziellen Bringenempfehlungen durch unsere Genossen, die in die Gemeindeverwaltung gewählt sind. Adermann-Frankenthal wendet sich gegen die Ausführungen Profits und gibt den Wadenjern die Schuld, daß eine Stellungnahme und Verurteilung nötig ist. Die Abgeordneten sind keine Instanz für uns, sondern sind unsere Veuufragte und es schadet durchaus nichts, wenn unsere Abgeordneten die Meinung der Genossen brauchen im Lande kennen lernen. Heim-Ludwigshafen hält den Münchener Parteitagbeschluss für die Pflicht der Budgetablehnung nicht für glückselig, weil die Mehrheit des deutschen Parteitages über die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten nicht genügend unterrichtet ist. Außerdem glaubt er nicht, daß eine ganze Fraktion imstande ist, den Interessen der Landespartei ins Gewicht zu schlagen. Unseren Abgeordneten sollte man denn doch etwas mehr Urteilsfähigkeit zutragen. Profit-Ludwigshafen: Die Entgleisung, wenn es eine ist, der Wadenjer in der Budgetbewilligung hält Redner nicht für so wichtig, um durch einen Parteistreit den Segnern Material gegen uns zu liefern. — Als Delegierte zum bayerischen Landesparteitag wurden gewählt die Genossen Stabenreich-Doggersheim, Adermann-Frankenthal, Weber-Mutterstadt, Eich-Dypau, Hartmann-Ludwigshafen. Als Ersatzleute kommen in Betracht die Genossen Ober-Speyer und Wahn-Grünstadt.

In der Kreisversammlung für das Herzogtum Koburg wurde das Verhalten der Wadenjer Genossen im Landtage unter lebhaftem Beifall der stark besuchten Versammlung scharf kritisiert und dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß der Parteitag ein ernstes Wort in dieser Sache zu reden habe.

Die Kreis-Generalsversammlung für den Reichstagswahlkreis Ruppin-Templin fand in Zehdenick statt. Auf derselben waren vertreten außer den Vorstandsmitgliedern und 82 Delegierten der Genosse Herbst von der Brandenburgischen Agitationskommission, die Genossen Dams und Dobroschaw vom sechsten Berliner Wahlkreis, Genosse Weiss vom Provinzialsekretariat und der Kandidat des Kreis Genosse Ritter-Berlin.

Wie aus dem Bericht hervorging, zählt der Wahlkreis 645 politisch organisierte Parteigenossen, die Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr ziemlich stabil geblieben. Die 645 Mitglieder verteilen sich auf 18 Ortsvereine. Die Ortsvereine hatten eine Einnahme von 243,86 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 1798,10 M.



gegenüberstand. Es verblieb somit am Jahreschluss ein Bestand von 825,28 M.

Gemüthlich wurde, daß der Kreisvorstand nicht dafür Sorge getragen habe, den nach dem Parteistatut erforderlichen Beitrag an den Parteivorstand in Berlin abzuführen, wie auch sonst der Vorstand im letzten Jahre jede Initiative habe vernichten lassen, als es sich um größere Parteifragen gehandelt habe. Der Grund ist in persönlichen Differenzen zwischen den Mitgliedern des Zentralvorstandes untereinander und dem Mitgliede der Agitationskommission Genossen Herbst zu suchen. Der vorjährige Vorsitzende Genosse Polzimer-Zehdenick, der seinen Posten aus wirtschaftlichen Gründen niedergelegen gezwungen war, wurde vom Wahlverein Zehdenick der Generalversammlung als Beisitzer des Zentralvorstandes präsentiert und mit einem Mandat ausgestattet. Da indessen die nach dem Statut erforderlichen alten drei Beisitzer bereits an den Verhandlungen teilnahmen, erklärte die Generalversammlung das Mandat des Genossen P. für nicht gültig. Diese Ungültigkeitserklärung hatte zur Folge, daß sämtliche Mitglieder des Zentralvorstandes, bis auf den den Posten eines Vorsitzenden bisher verwaltenden Genossen Kadler-Zehdenick, sowie die Delegierten von Zehdenick erklärten, an den Verhandlungen nicht mehr teilzunehmen, und den Verhandlungsraum verließen. Die Generalversammlung erledigte trotzdem ihre Geschäfte bis auf die Punkte: Referat über die politische Lage und Organisation und Wahlrecht zu den nächsten Reichstagswahlen, die bis zu einer event. sich notwendig machenden außerordentlichen Generalversammlung zurückgestellt wurden.

Zum Geschäftsbericht wurden folgende Anträge angenommen: In Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen wird der neu zu wählende Vorstand beauftragt, eine neue Bezirkseinteilung nach Maßgabe der den einzelnen Ortsvereinen angehörenden Mitglieder vorzunehmen und der Vorsitzende des Kreiswahlvereins ist verpflichtet, vier Wochen vor dem Stattfinden der Generalversammlung folgende Angaben der Tagesordnung in dem zuständigen Parteitag bekannt zu geben: Der Vorstand erhält den Auftrag, dem Provinzialsekretariat dahin zu wirken, daß bei allen größeren Parteifragen, die sich über das Reich oder Preußen erstrecken, der Kandidat des Kreises als Referent herangezogen findet und die Distrikte der Kreise nach Berücksichtigung werden.

Von den Antragstellern, den Lindower Genossen, wurde beabsichtigt, die Vorwürfe, die der alte Vorstand auch diese Initiative habe vernichten lassen und der von Zehdenick erhobene Vorwurf, der Kandidat des Kreises belästige und nicht genug, gegen diesen unbegründet sei. Ferner gelangte ein Antrag Grauer zur Annahme, in Zukunft auch den zweitvorstehenden des Kreiswahlvereins in der Generalversammlung zu wählen, damit Differenzen, wie sie sich unter dem bisherigen Vorstand gezeigt, in Zukunft vermieden werden. Einstimmig wurde beschlossen, den Zentralvorstand an seinen früheren Sitz Neu-Kruppin zu verlegen, ebenso den Genossen Mitter-Verein wieder als Kandidaten zu nominieren. Als erster Vorsitzender wurde Krasemann, als zweiter Vorsitzender Neumann und als Kassierer Heinz, sämtlich zu Neu-Kruppin, gewählt.

**Die Landesversammlung der elsass-lothringischen Sozialdemokratie.**

Am 16. und 17. Juli in Colmar i. G. stattfand, war von circa 10 Teilnehmern, darunter als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Ebert-Verein und als Vertreter der badischen Bruderpartei Genosse Geiß-Mannheim, besucht. Einen beträchtlichen Teil der Verhandlungen nahm die Ostrofrage in Anspruch, zu welcher ein Referat von Peirotes-Strasbourg und ein Korreferat von G. M. Mülhausen von der Versammlung entgegengenommen wurde. Nach längerer Diskussion gelangte mit 29 gegen 16 Stimmen die von dem Referenten Peirotes empfohlene Resolution an (mit einem Zusatzartikel Weill-Böhle-Fuchs-Peirotes) zur Annahme, welcher, wenn man von den drei oberstehenden Wahlkreisen Mülhausen, Gebweiler und Altkirch-Thann absieht, die Wahlkreise schon vor oder bei der Delegiertenwahl zugestimmt seien. Die Resolution lautet mit dem Inhalt:

Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens erklärt sich, in Uebereinstimmung mit den Grundgedanken der Partei, mit aller Entschiedenheit gegen das in Elsaß-Lothringen — in Staat und Gemeinde — geltende Steuerwesen. Die sogenannten direkten Staatssteuern entsprechen keineswegs den Anforderungen, die an ein gerechtes Steuerwesen gestellt werden können. Noch viel weniger ist dies bei der völlig realen indirekten Gemeindesteuer, dem Okroi, der Fall. Die Landesversammlung erklärt es als eine der vornehmsten Aufgaben der Partei, auf die Abschaffung dieser verkehrshemmenden und sozialjahren Steuer nach Kräften hinzuwirken.

Die sofortige Abschaffung des Okrois ist insbesondere in benachteiligten Gemeinden zu erwirken, in denen eine entsprechende Verteilung der Warenpreise zu erwarten ist und in denen Hauskassier der Okroi-Vertrag seine erhebliche Rolle spielt. Wo diese Voraussetzungen fehlen, verpflichtet die Landesversammlung die Parteigenossen, mit aller Energie auf die Durchführung der zur Abschaffung geeigneten Mittel hinzuwirken.

Das Mittel der Abschaffung erblickt sie einerseits in der Begründung und Förderung derjenigen gemeindlichen und konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen, die es unmöglich machen, daß bei Abschaffung des Okrois der Warenpreis nicht, oder nicht genügend vermindert wird, daß also der Konsument geradezu neben der neuen direkten auch die alte indirekte Steuer weiterzahlt.

Andererseits und vor allem muß ein gerechtes Steuerwesen herbeigeführt werden und die Gewähr bieten, daß das Okroi durch wirklich direkte Steuern ersetzt wird und nicht — wie es bei dem heutigen Steuerwesen vielfach der Fall wäre — durch Zuschläge zu Steuern, die nur dem Namen nach direkt, in der Wirkung aber tatsächlich indirekt sind. Der Kampf um ein gerechtes Steuerwesen, der nur ein Teil unseres großen allumfassenden Befreiungskampfes ist, ist deshalb in erster Linie im gesetzgebenden Parlament auszuführen, und ersucht somit besonders deutlich zur Eroberung der Rechte, die dem elsass-lothringischen Volk immer noch vorenthalten werden.

Die damit gefallene Resolution Mülhausen erklärt, daß das Programm der deutschen Sozialdemokratie den Kampf gegen das System der indirekten Steuern der Parteigenossen in Reich, Staat und Gemeinde zur Pflicht macht, sagt weiter, daß es propagierte „Verlegung“ dieses Kampfes aus den Gemeinden in das Landesparlament auf eine durch nichts gebotene Rahmung starrer Kräfte der kämpfenden Arbeiterklasse hinausläuft, wendet sich dann dagegen, daß der Referent auf der Gemeindevorstanderversammlung am 20. Februar dieses Jahres Sätze aufgestellt habe, die den: Mit dem § 13 des Sozialgesetzes habe man keine Arbeiterfreundliche, sondern Mittelstandspolitik getrieben, und schließt:

Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens erwartet entgegen diesen Sätzen von der sozialdemokratischen Reichstagsdelegation, die für den § 13 des Sozialgesetzes mit seinem Verbot der Weitererhebung des Okrois auf Fleisch, Backwaren usw. eingetreten ist, daß sie den Kampf gegen die indirekten Steuern auch weiterhin fortsetzt, ohne der wüßhalsigen Annahme zu folgen, daß die Aufhebung der Verbrauchsabgaben auf die Warenpreise ohne Einfluß sei. Die Landesversammlung fordert aber zugleich die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindevorständen auf, in ihrem Rahmen mit aller Entschiedenheit für die Aufhebung der kommunalen Verbrauchssteuern und deren Ersetzung durch Zuschläge auf die vorhandenen direkten Staatssteuern zu wirken. Demzufolge sind selbstredend glatt abzulehnen alle Anträge auf Erhöhung bestehender Okroipositionen und die Einführung des Okrois auf neue Artikel, desgleichen aber auch die Erhöhung von Schlachtgebühren als Ersatz für fortgefallenes Okroi, wie sie in Marckirch sogar unter Mitwirkung von Parteigenossen erfolgt ist. Vorkommenden Versuchen der Geschäftswelt, in den Warenpreisen der Okroiaufhebung nicht Rechnung zu tragen, ist durch Einrichtung und Ausbau von Produktions- und Konsumgenossenschaften wie durch Maßnahmen der kommunalen Lebensmittelversorgung entgegenzutreten.

Der Sozialdemokratische Verein Mülhausen sah schon am Tage nach der Konferenz, bei Entgegennahme des Berichtes seiner Delegierten, den Beschluß, an die Entscheidung der deutschen Gesamtpartei zu appellieren, die sich ohnehin auf dem nächsten oder übernächsten Parteitag mit der Stellung zur Steuerfrage beschäftigen wird.

Die Landesversammlung hörte noch ein Referat des Genossen Dr. G. Weill über die elsass-lothringische Verfassungsfrage und nahm dazu einstimmig die vom Referenten vorgelegte Resolution an, welche fordert: Die Autonomie Elsaß-Lothringens, also die Umwandlung des Reichslandes in einen Bundesstaat, und für diesen neuen Bundesstaat die republikanische Form. Sie fordert ferner die Durchführung eines rein parlamentarischen Regimes, also die Verantwortlichkeit der Staatsregierung vor dem Parlament. Nur darin sieht sie die Gewähr, daß die Vertreter des neuen Bundesstaates im Bundesrat die Interessen des elsass-lothringischen Volkes vertreten können. Sie fordert endlich für das Parlament eine einzige Volkskammer, hervorgegangen aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalwahlverfahrens. Die Landesversammlung verpflichtet die Parteigenossen, zur Verwirklichung dieser Forderungen die größte agitatorische Wirksamkeit zu entfalten.

Zur Frage der Wahl bei Kommunalwahlen erneuerte die Landesversammlung auf Antrag von Mülhausen die Resolution von 1907, welche vorschreibt, daß für den ersten Wahlgang nur Mitglieder der Parteiorganisation als Kandidaten aufgestellt werden dürfen und daß der Abschluß von Wahlbündnissen beim zweiten Wahlgang nur erfolgen dürfe, wenn die Partei einen agitatorischen Erfolg durch Erlangung einer entsprechenden Vertretung für sich selbst auf diesem Wege zu erreichen vermag. Neu hinzugefügt ist die Verpflichtung für die Parteipresse, in allen Fällen der Überwindung sofort den Inhalt dieser Resolution den Parteigenossen in Erinnerung zu bringen.

Parteiorgan ist wiederum Straßburg. In den engeren (geschäftsführenden) Ausschuss des Landesvorstandes wurden gewählt: Schmitt-Strasbourg mit 50 Stimmen, Fuchs-Schillingheim mit 37, Peirotes-Strasbourg mit 34 und Böhle-Strasbourg mit 31 Stimmen. Dem erweiterten Vorstand gehören außerdem an: Martin-Mülhausen (41 Stimmen), Pindelang-Colmar (30) und Reinfart-Weh (28). Die nächste Landesversammlung wird in Mülhausen abgehalten.

Aus dem Wahlkreise Raudow-Gröbenhagen. Wie es überall im Reich vorwärts geht, bewies auch eine imposante Demonstration in Järlow. In einer dort kürzlich abgehaltenen Versammlung unter freiem Himmel hatten sich weit über dreitausend Männer und Frauen eingefunden. Der Kandidat des Kreises, Genosse Alwin Körster sprach unter rauschendem Beifall über „Die Verworfenheit in der Reichspolitik“, wobei er alle politischen Ereignisse und Skandale der jüngeren Vergangenheit in wirksamer Weise in den Kreis seiner Erörterungen zog. Lebhafter Beifall umbrändete den Redner, als er mit aufwührendem Kampfeuf seinen Vortrag schloß. — In einer Versammlung in Wahn, die am Tage vorher stattfand und in der ähnlich gleichfalls sprach, wurden 20 neue Mitglieder für den Wahlverein gewonnen.

Gemeindevorstand. Bei der Gemeindevahl in Eberstadt bei Darmstadt ist es unseren Parteigenossen gelungen, drei Kandidaten durchzubringen.

**Soziales.**

**Neuregelung der Sonntagsruhe.**

In Nr. 164 gaben wir die Behauptung einer in der Regel offiziös unterrichteten Korrespondenz über den Inhalt des angeblich im Reichsamt des Innern ausgearbeiteten Entwurfs betreffend Aenderung der Sonntagsruhevorschriften wieder. Es wird jetzt von anderer Stelle mitgeteilt, daß der Entwurf noch nicht ausgearbeitet ist. Die Korrespondenz scheint danach ihre Angaben insbesondere aus Wünschen antisozialgestimmter Kreise kombiniert zu haben. Ob sie zutreffend vorausgeschaut hat, wird sich ja im Herbst herausstellen.

**Schließung einer Hilfskassenkasse.**

„Stadt- und Provinzial-Anrücken- und Sterbekasse zu Hannover“ nannte sich eine Hilfskassenkasse, deren Schließung der Polizeipräsident zu Hannover beantragt hatte. Der Präsident machte unter anderem außer einer mangelhaften Geschäftsführung geltend, die Kasse habe in Prospekten, obwohl ihr eine Bescheinigung gemäß § 75a des Gesetzes nicht erteilt gewesen sei, darauf hingewiesen, daß ihre Mitglieder von der Zwangsversicherung befreit seien. Dann habe sie für ihre Geschäftsstellen die Bezeichnung „Amtsstellen“ gebraucht. Dadurch hätte der Glaube erweckt werden können, daß es sich um eine behördliche Einrichtung handele. Schließlich habe sie an Familienmitglieder Arzneien und andere Heilmittel in einer Weise gewährt, die ihr nicht genehmigt gewesen sei. Der Bezirksauschuss in Hannover erkannte auf Schließung der Kasse. Als einen wesentlichen Grund der Schließung betrachtete er die gesetzwidrige Gewährung der erwähnten Familienunterstützung. Außerdem hob er noch hervor, daß Revisionen Unregelmäßigkeiten in den Eintragungen ergeben hätten. Ferner sei die Finanzlage schlecht. Reiseflosten seien auch nicht im Einzelnen genügend nachgewiesen worden.

Der Vorstand legte Revision ein und suchte eingehend das Verfahren der Kasse zu rechtfertigen.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jetzt die Vorentscheidung. Begründet wurde ausgeführt: Es liege fest, daß die Kasse entgegen dem Gesetz Ausgaben für Familienangehörige der Mitglieder gemacht habe, die sie nach dem Gesetz nicht hätte machen dürfen, ohne daß sie ihr genehmigt waren. Die dafür vorgebrachte Entschuldigung, daß sie nach einem alten Statut gehandelt hätte, sei unbeachtlich, da dieses alte Statut auch nur ein Entwurf gewesen sei und niemals die Genehmigung erlangt habe. Das sei ein Grund zur Schließung der Kasse und schon deshalb sei die Vorentscheidung nicht zu beanstanden.

Der entschiedene Fall zeigt von neuem, daß der Regierung hinlängliche Mittel zum Vorgehen gegen unsolide Hilfskassen zur Seite stehen und daß die geplante Unterstellung der Hilfskassen unter das Privatversicherungsgesetz zum mindesten durchaus überflüssig ist.

Die 6. Generalversammlung des Komitees der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz findet vom 26. bis 28. September in Lugano statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Arbeitsamt und seine Aufgaben; Vorkurs: finanzielle Lage des Amtes und der Vereinigung; Genehmigung der Statuten der neuen Sektionen; gegenwärtiger Stand der internationalen Arbeiterschutz- und Versicherungsberichte; Programm der Vereinigung.

Vorträge (Maler, keramische, polygraphische Industrie); Gistliste; Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911; Saisonarbeit und Schwitzsystem.

Nacharbeit der Jugendlichen; Vollzug der Arbeiterschutzgesetze; Arbeiterurlaub.

Maximalarbeitstag: a) Frau; b) Männer in der Textilindustrie; c) Ununterbrochene Betriebe, insbesondere Hütten und Walzwerke, Glashütten; d) Jugendliche Arbeiter; e) Allgemeiner Maximalarbeitstag; f) Kohlenbergbau unter Tage.

**End der Papiermacher-Berufsgenossenschaft.**

Die Krise machte sich in der Papierindustrie sehr bemerkbar. Denn nach dem uns vorliegenden Bericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft umfaßte diese im Jahre 1909 im ganzen 1248 Betriebe, 11 weniger als im Jahre 1908. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Jahre 1909 86 260 oder 596 weniger als im Vorjahr. Die Summe der umlagepflichtigen Löhne ist jedoch um eine Kleinigkeit von 337 000 M. gestiegen. Auf den Kopf eines beschäftigten Arbeiters entfiel jedoch nur ein Durchschnittslohn von 577 M., gegen 583 M. im Jahre 1908.

Koch erbärmlicher stellen sich diese Ziffern, wenn man bedenkt, daß der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters — also bei 300 vollen Arbeitstagen — nur 867 M. betrug. Für erwachsene männliche Arbeiter beträgt der Durchschnittslohn nur 933 M., gegen 926 M. im Vorjahre.

Weshalb hat nun gerade die Papierindustrie die Erhöhung ihrer Warenpreise immer und immer wieder mit der „Erhöhung der Arbeitslöhne“ zu begründen versucht? Trotzdem die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen ist, ist die Zahl der Unfälle gestiegen, und zwar von 3002 im Vorjahre auf 4161. Auf je 1000 Beschäftigte entfielen 43,2 Unfälle, gegen 44,9 Unfälle im Vorjahre. Entschädigt wurden hiervon jedoch nur 800 Unfälle, gegen 828 im Vorjahre. Also mehr Unfälle und weniger Entschädigte. Von den entschädigten Verletzten gehörten 730 zu Erwachsenen männlichen und 49 weiblichen Geschlechts, ferner 20 Jugendliche männlichen und 1 weiblichen Geschlechts. Als Folgen der entschädigten Unfälle bezeichnet der Bericht: 51 Todesfälle; in 7 Fällen völlige, in 335 Fällen teilweise und in 407 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Wegen die „Alkoholfälle“ spricht folgende Aufstellung des Berichtes: Von den 800 erstmalig entschädigten Unfällen sind 28 Unfälle am Sonntag, 114 am Montag, 146 am Dienstag, 119 am Mittwoch, 151 am Donnerstag, 123 am Freitag und 118 am Sonnabend vorgekommen, während in vier Fällen der Tag des Unfalls zweifelhaft war. In 316 Fällen entschieden die Schiedsgerichte zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur in 111 Fällen zugunsten der Verletzten. Von eigenen Retursen hatte die Berufsgenossenschaft noch 20 verloren und 17 gewonnen, während die Verletzten in 111 Fällen ihre eigenen Retursen verloren und nur in 22 Fällen gewonnen haben.

Die technischen Aufsichtsbeamten berichten über das Ergebnis ihrer Revision der Betriebe. In Sektion I, Oberbahren usw., wurden in 49 revidierten Betrieben 300 Mängel vorgefunden, in Sektion II in 21 Betrieben 115 Mängel, bei Auszugsanlagen ergab sich in einer Reihe von Fällen, daß die bei früheren Revisionen beanstandeten Mängel teils gar nicht, teils ungenügend und unvorschriftsmäßig erledigt waren. In Sektion III fand man in 20 Betrieben allein 177 Mängel und wird über das Fehlen von Geländern an Treppen, von Schuttmitteln an Riemen, Seilen, Zahnradern usw. geklagt. Während der Beamte für Sektion IV nichts zu berichten weiß, meldet der Beamte für Sektion V wieder, daß von 58 beschäftigten Betrieben, fast ohne Ausnahme 8 Betriebe blieben, wenige oder nicht erhebliche Mängel hatten 10 Betriebe, mehrfache oder größere Mängel 40 Betriebe.

Ähnliche Klagen führen auch die Berichte aus den übrigen Sektionen, daß aber trotzdem die Unternehmer Beschränkungen zugänglich seien, während die Beschäftigten sich gegen Schutzmaßnahmen bedauerlicherweise meist sehr gleichgültig verhalten. Die Verteilung von Schutzmaßnahmen war häufig zu beobachten, insbesondere dann, wenn geringe tatsächliche oder eingebildete Unbequemlichkeiten für die Beschäftigten damit verbunden waren.

Ebenso einseitig berichtet der Beamte der Sektion X Verkt. Die Unternehmer zeigten natürlich ein „erfreuliches Verständnis und Interesse, vor allem auch guten Willen zur Abstellung der Mängel“, während „bei der Arbeiterschaft dagegen vielfach Gleichgültigkeit und Abneigung festzustellen war, die sich mitunter bis zu gemissenlosem Zorn überhandeln steigerte.“ Schmunzeln werden die Unternehmer das Lob ihrer eigenen Beamten entgegenzunehmen haben, die ja alle Schuld auf die dummen Arbeiter sehr schau abwälzen. Mehr Mut sollten die Beamten doch haben und sich ein Beispiel an anderen technischen Beamten nehmen, die wenigstens die größten Mängel zugeben.

**Gerichts-Zeitung.**

**Wegen wissentlich falscher Anschuldigung**

verhandelte die 8. Ferienstrassammer des Landgerichts I gegen die 62jährige Rentempfangerin Auguste Guchmann. Im Februar v. J. erschien die Angeklagte bei dem Armenvorsteher Karl Müller, um eine Armenunterstützung zu erlangen. Auf seine Frage, ob sie in der letzten Zeit schon öfter eine derartige Unterstützung bezogen habe, verneinte die Angeklagte dies. Aus dem ihm vorgelegten Quittungsbuch erlah R., jedoch, daß darin Abänderungen vorgenommen waren, um den Anschein zu erwecken, als habe die G. seit zwei Monaten keine Armenunterstützung erhalten. Mit Rücksicht hierauf und auch weil sich herausstellte, daß die Angeklagte in Mummelsburg ortsgenöhrig war, verweigerte R. jede weitere Unterstützung und zog auch das Quittungsbuch ein. Die Angeklagte erging sich seinerzeit in allen möglichen Beschimpfungen und Verleumdungen, die sich wochenlang fortsetzten, so daß R. schließlich gezwungen war, die Anzeige wegen Verleumdung zu erstatten. Die Angeklagte wurde daraufhin wegen Verleumdung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Raum aus dem Gefängnis entlassen, erstattete sie eine Anzeige gegen den Armenvorsteher, in welcher sie behauptete, dieser habe ihr das Quittungsbuch gestohlen und außerdem noch ihren Namen gefälscht. An dieser Beschuldigung war natürlich kein wahres Wort. Die Folge war die jetzige Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung. — Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis. Bei der Arbeitsverurteilung wurde hervorgehoben, daß nur die Rücksicht auf das Alter der Angeklagten die relativ milde Strafe (das Mindestmaß) ist bei wissentlich falscher Anschuldigung ein Monat Gefängnis) rechtfertigt.

Ist die Angeklagte nicht etwa unzurechnungsfähig, so ist die erkannte Strafe für eine schwere Anschuldigung nicht zu hoch.

**Ein umfangreicher Gründungsschwindel**

liegt einem Strafprozeß zugrunde, der augenblicklich die 1. Ferienstrassammer des Landgerichts I beschäftigt. Es handelt sich um die unter recht eigenartigen Umständen erfolgte Gründung und die sonderlichen Geschäftspraktiken der „Internationalen Tief-, Hoch- und Brücken-Betonbau-Kompagnie m. b. H.“. Angeklagt wegen wiederholten Betruges, Diebstahls und Hehlerei sind folgende Personen: der Kaufmann Wilhelm Herrmann, der Händler Heinrich Kunert, der Raurerpolier Karl Berger, der Tischlermeister Karl Henkel, der Maschinenbauer Georg Fuchs, der Reisende Hans Rendszierki und der Werksingenieur Karl Grieben. Anfang Oktober v. J. ging bei der Kriminalpolizei eine Anzeige von der „Internationalen Tief-, Hoch- und Brücken-Betonbau-Kompagnie“ ein, daß aus einem beschlossenen Akter des Hauses Neue Promenade 8 mehrere Fässer mit Wühlhampfen im Werte von 3000 M. gestohlen worden seien. Die Kriminalpolizei ermittelte den Täter in der Person des bei der Gesellschaft angestellten Kunert, der, weil er kein Gehalt bekommen hatte, die Angeklagten Fuchs, Rendszierki und Grieben angestiftet hatte, die Fässer sich anzueignen und an einen Kaufmann Koster zum Teil zu verkaufen.

Bei diesen Ermittlungen stellten sich verschiedene Dinge heraus, die darauf schließen ließen, daß die ganze Firma ein Schwindelunternehmen größten Stiles war. Geschäftlicher dieser Firma waren die Angeklagten Herrmann, Kunert und Berger. Herrmann ist von Beruf Süßmilch, Kunert war Agent, während der dritte im Bunde, der Angeklagte Berger, früher Raurerpolier war. Das Gesellschaftsvermögen sollte 60 000 M. betragen. Der einzige, der tatsächlich etwas einzahlte, war der Angeklagte Kunert, der ein Kontoguthaben seiner Frau in Höhe von 5000 M. zur Verfügung stellte. Mit diesem Gelde wurden die erforderlichen Kontorutenstücken und die Miete für ein Bureau in der Kleinen Präsidentenstraße 1 bezahlt. Eigensicher Leiter und Geschäftsführer



führt der Gesellschaft war der Angestellte Herrmann. Er bestellte u. a. Briefbogen, die das Klischee eines großen Bahnhofsbaus und ferner den Aufdruck „Girokonto Deutsche Bank“ und „Filiale Baden“ trugen, obwohl weder das eine, noch das andere existiert. Ferner hatte sich Herrmann ein Kontobuch der Dresdener Bank zu verschaffen gewünscht, in welchem früher ein Guthaben von 40 000 M. auf seinem Namen eingetragen war. Dieses Buch diente dazu, die gute Finanzierung der Gesellschaft Fremden gegenüber zu begründen. Um nun der Gesellschaft Kredit zu verschaffen, abammierte Herrmann bei verschiedenen Kaufleuten, die dann ihre Erkundigungen über die Firma bei dieser selbst einzogen, so daß die Auskünfte natürlich glänzend ausfielen. Ende August erklärte Herrmann der Kaufleute Schimmelpfennig, daß sein Gesamtvermögen 80 000 M. betrage. Um die Gesellschaft in ein noch besseres Licht zu setzen, gründete Herrmann mit dem Angestellten Henkel, der in Waidhof eine kleine Tischlerei betrieb, die Firma „Henkel u. Co.“, um diese dann mit der „Internationalen Kompagnie“ zu verbinden. Wie die Anklage behauptet, sollen die Angestellten in der umfangreichsten Weise den Kredit- und Kautionschwandel betrieben haben. Sie sollen durch Inserate Materialverwalter und Bauantennepächter gesucht und diesen dann hohe Kautionen abgenommen haben. In der Hauptsache sollen die Angestellten, wie die Anklage behauptet, ihr Augenmerk auf den Erwerb von Waren- und Wertpapieren aller Art gerichtet haben. Gute Objekte, die sich leicht verpfänden ließen, waren für sie Schreilmaschinen, die sie angeblich für das Bureau in der Kleinen Präsidentenstraße 1 brauchten. In den übrigen Fällen bestellte die Firma Baumaterialien, u. a. Bauholz im Werte von 40 000 M. Diese Waren wurden mit billigen wechellosen Wechseln bezahlt und sofort nach Lieferung weiterverkauft oder verpfändet. Ferner wurden alle möglichen Maschinen in der gleichen Weise bestellt und sofort wieder verschleudert. Außerdem sind noch mehrere Abzahlungsfirmen um teilweise recht erhebliche Beträge geprellt worden.

Vor Gericht bestritten die Angeklagten, welche von den Rechtsanwälten Dr. Davidsohn, Braß, Edner und Berlin verteidigt werden, jede betrügerische Absicht. Zu der Verhandlung sind 55 Zeugen geladen. Wir werden das Urteil mitteilen.

#### Nachklänge zu der Allensteiner Tragödie.

Von dem Schriftsteller A. O. Weber, dem Gatten der Frau von Schönebeck-Weber, ist bei dem Landgericht I eine einstweilige Verfügung gegen die „Wahrheit“ erwirkt worden. In der „Wahrheit“ waren mehrere Artikel über die Allensteiner Affäre veröffentlicht worden, die sich teils mit der Person der Frau von Schönebeck, teils mit deren Ehemann A. O. Weber beschäftigten. Der Inhalt dieser Artikel hat letzterem Veranlassung gegeben, bei dem Landgericht I eine einstweilige Verfügung gegen den Verleger der „Wahrheit“, Paul Bruhn, herauszubringen, nach welcher ihm bei 1000 M. Geldstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wurde, ähnliche Artikel noch fernerhin zu verbreiten. Ferner hat Weber für sich und auch seine Ehefrau die Privatklage wegen der sämtlichen Artikel der „Wahrheit“ bei dem Schöffengericht Berlin-Mitte erhoben. Die Verhandlung findet Ende September statt.

### Aus der Frauenbewegung.

Leseabende.

Groß-Lichterfelde. Freitag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Bahrendorf; Vortrag.

## Vermischtes.

### Eisenbahnzusammenstoß bei Walheim.

Nach einem Telegramm aus Köln fuhr gestern vormittag auf der Station Walheim ein Güterzug einem Zuge, der Soldaten zum Truppenübungsplatz Eisenborn heimbeförderte, in die Höhe. Die drei letzten Waggons des Güterzuges wurden beschädigt und entgleisten. Da aber der Zug noch zum Stehen gebracht werden konnte, war der Zusammenprall verhältnismäßig schwach. Die Truppen in den drei letzten Waggons wurden zwar durcheinandergeschüttelt, erlitten aber nur leichte Verletzungen.

Eine neuere Meldung besagt: Der Lokozug Nr. 711 nach Aachen hatte sich eben in Bewegung gesetzt, als ihm eine Manglerabteilung in die Flanke fuhr. Ein Wagen zweiter Klasse wurde gestreift und ein Wagen vierter Klasse umgekehrt. Die Passagiere des letzteren, Männer und Frauen, die zum Teil nach Aachen zum Markt wollten, blieben merkwürdigerweise unverletzt, dagegen war es um ihre Waren größtenteils gekommen: Wutter und Eier lagen zerquetscht und zerstreut in den Waggons und auf den Gleisen. Die Insassen kletterten durch die Fenster heraus. Die Ursache des Unfalls ist der Dessenlichkeit noch vorenthalten.

### Der Eisenbahnunfall bei Roscrea.

In dem Eisenbahnunfall in der Nähe der Station Roscrea (Irland), über das wir in der gestrigen Nummer kurz berichtet, wird noch gemeldet: Der auf der Station Roscrea ins Rollen gekommene Zug war von katholischen Pilgern dicht besetzt. Infolge eines Defektes an der Lokomotive war es dem Maschinisten nicht möglich, den Zug auf dem abschüssigen Gelände zum Stehen zu bringen. Infolgedessen geriet der Zug in immer schnellere Bewegung und stieß mit furchtbarer Gewalt auf einen vor ihm fahrenden Personenzug auf. Die letzten Waggons des Vorzuges wurden vollständig zertrümmert, einige Waggons des Pilgerzuges sprangen aus dem Gleis und rollten den Abhang hinunter. Einige hundert Personen sind verletzt, darunter sechs schwer.

### Schwere Unwetter.

Aus Weußen wird berichtet: Ein furchtbares Unwetter tobte gestern in ganz Oberschlesien. Mehrere Menschen wurden vom Blitze erschlagen. In Rokittitz wurden zwei Bauarbeiter vom Blitze getroffen. Sie waren sofort tot. In Niechowitz schlug der Blitz in eine große Menschenmenge und tötete viele. Ein Fleischergehilfe wurde vom Blitze getötet. Beim Schomburg schlug der Blitz in eine elektrische Kleinbahn, gleichzeitweise ohne jemand zu verletzen.

Anhaltendes Hagelwetter von großer Gewalt hat in Freiburg (W.) und Umgebung beträchtlichen Schaden angerichtet. Die Straßen der Stadt sind grün von abgeschlagenem Laub und zeigten noch eine Stunde später Haufen von Eis. In der Umgebung entstand eine Ueberschwemmung; der Straßenbahnverkehr stockt.

Ein furchtbarer Orkan ist gestern Abend über die Vogesen niedergegangen. In Lebez bei Charnay sind zwei Nonnen des Trappistenordens in dem Keller des Klosters, welcher sich plötzlich mit Wasser füllte, ertrunken. Verschiedene Gebäude stehen unter Wasser.

Eine Meldung aus Sabre (Frankreich) besagt: Die bei Malanah durch das Unwetter der letzten Tage entstandene Unterflutung des Bahnkörpers, wodurch circa 300 Kubikmeter Erde weggeschwemmt wurden, war kaum mit großer Mühe wieder hergestellt; als gestern ein neuer Erdstöß von noch größerem Umfange erfolgte, wodurch der Verkehr auf der Strecke nach Sabre wiederum um zwar diesmal auf längere Zeit unterbrochen wurde.

### Kleine Notizen.

Die Explosion im Friedrichshafener Karboniumwerk hat noch ein zweites Opfer gefordert. Gestern morgen ist der Arbeiter Abel seinen schweren Verletzungen, die er an Kopf und Händen erlitten hat, erlegen. Die Zahl der Verletzten hat sich auf zwölf erhöht; drei sind lebensgefährlich verletzt. Der 18-jährige Bankangestellte Rell Willigmann aus Berlin hat sich gestern nachmittags in Swine münde in seinem Zimmer erschossen.

Ein Hauptmann als Betrüger. Umfangreiche Unterschlagungen sind in Versailles entdeckt worden und gaben Anlaß zu einer gerichtlichen Klage gegen einen Hauptmann des 5. Artillerieregiments. Es soll sich um Unterschlagungen bei Kuragelieferungen handeln und sollen wöchentlich durchschnittlich durch den Hauptmann 5000 Kilogramm Getreide unterschlagen und verkauft worden sein.

Automobilunfälle. In der Nähe der ungarischen Ortschaft Kaposny stieß das Automobil eines Fabrikanten aus Losonaz beim Ueberfahren eines Bahngleises mit einem plötzlich einberaubenden Eisenbahnzug zusammen. Der Fabrikant wurde lebensgefährlich, seine drei Begleiter leichter verletzt, das Automobil vollständig zertrümmert. — Gestern ist an Stellen Pletzerberg in der Nähe von Innsbruck ein Automobil verunglückt. Der Kraftwagen des Fabrikanten Ernst aus Wien brach die Achse und stürzte um. Die drei Insassen wurden verletzt, darunter eine Dame sehr schwer.

Große Waldbrände. Wie aus Winnipeg gemeldet wird, sind die Minenorte Jaffray, Three Forks und Wayne durch Waldbrände zerstört worden.

Verhaftete Falschmünzer. In dem Kachen benachbarten Ort Heerlen verhaftete die Polizei zwei Wirte wegen Verdachts der Falschmünzerei und eine Frau wegen Verbreitung falschen Geldes. Bei der Untersuchung fand die Polizei falsche Taler, falsche Zehnmarkstücke und eine Menge Metall vor.

Beim Bootfahren ertrunken. Gestern unternahm der 28 Jahre alte Freiseur Josef Wisgen bei Frankfurt eine Bootfahrt auf der Main. Das Boot kippte in der Mitte des Stromes um. Wisgen stürzte ins Wasser und ertrank.

Beim Scheibenschießen erschossen. Aus Straßburg i. E. meldet ein Telegramm: Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern bei den Übungen des hier garnisonierenden 172. Infanterie-Regiments. Beim Scheibenschießen traf ein Soldat einen Sergeanten so schwer, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag.

Abwurf eines Aviatikers. Nach einer Meldung aus Venedig ist der Aviatiker Harman gestern auf dem Flugfelde Sordonono mit seinem Vieri-Monoplan aus einer Höhe von 15 Metern abgeürzt. Der Aviatiker ist sehr schwer verletzt, der Apparat vollständig zertrümmert.

### Eingegangene Druckschriften.

Wilhelm Holzamer von A. Kurath. (Heft 50, Beiträge zur Literaturgeschichte.) 91 Seiten. Verlag Literatur, Kunst und Musik, Leipzig. Jahresbericht des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes 1901. 124 Seiten. Selbstverlag in Bremen.

# Freie Volksbühne

Die alten Mitgliedskarten müssen in den nächsten Tagen gegen die neuen Karten ausgetauscht werden. Die alten Mitglieder haben falls keine Beitragsscheine zu belegen sind, nur die Abendmitglieder 1,50 M. zu entrichten. Bei allen Umlieferungen in eine andere Kassette muß die neue Karte aus der bisherigen Kassette abgeholt werden. Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen anmelden. Der Vorstand. J. U. G. Winkler.

Am Sonntag, den 31. Juli

## Grosses Sommerfest

im Café Bellevue (Bühn. G. Tempel), Strauß-Kummelsburg veranstaltet von der Ordnerschaft. Hierzu ladet Freunde und Bekannte freundlich ein Das Komitee.

Dem Schneider Robert Müller zu seinem heutigen Jubiläum bei der Firma Trost u. Runinger, Randsberger Straße 11, die besten Glückwünsche. 815

## Steppdecken

Sonderofferte!

Nur diesen Monat!

Purpur, doppel-sostig, 2,35, 3,55  
Cretonne, doppel-sostig, 2,65, 3,50  
Trikot, doppel-sostig, 4,35, 5,00  
Simillseide, bord. oliv., 4,35, 6,00

Bunte Normal-Schlafdecken 1,75 2,50 3,50

Emil Lefèvre  
Berlin, Oranienstr. 158

### Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Groß-Berlin.)

Am 19. Juli verstarb an den Folgen eines Lungenselbsten unser Kollege

## Fritz Maschke

im Alter von 22 Jahren. Trotz seiner Jugend zählte er zu unseren eifrigsten Mitgliedern und war unermüdet für die Ausbreitung unserer Ideen tätig. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren! Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen städtischen Friedhofes, Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

### Zentralkrankenkasse der Tapezierer.

Filiale Berlin III.

Am 17. Juli verstarb unser Mitglied

## B. Tisser.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute 6 Uhr abends auf dem Georgenkirchhof, Randsberger Allee, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Wir empfehlen:

## Aus der Schneegrube

Gedanken zur Verteilung des Darwinismus von Wilhelm Bölsche. Neue Volksausgabe.

Preis geb. nur 2,50 M.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68 Lindenstraße 69 (Laden).

Am 19. Juli verstarb unser lieber Kollege

## Fritz Maschke

im Alter von 22 Jahren.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen guten Kameraden und lebenswerten Freund, der uns unermüdet sein wird.

Die Angehörten der Buchdruckerei, Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts“.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen städtischen Friedhofes, Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

### Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 18. Juli verstarb unser Mitglied, der Drechsler

## Rudolf Kern

Flugstraße 17.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Wälderstraße (Ede Straße) aus statt. 228/14 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

## Arbeiter-Wanderbund

„Die Naturfreunde“.

Wanderfahrten

am Sonntag, den 24. Juli 1901:

1. Eichen-Wäldchen-Erkner. 25. Schleiferei-Bahnhof 6<sup>30</sup> nachmittags.

2. Spandau-Teufel. 26. Leichter Rennbahnhof 1<sup>15</sup> nachmittags.

2/5 Gäste willkommen.

Anschließliche Programme bei Beise, Doyenstr. 19 zu haben.

### Freie Jugendorganisation Berlins und Umgegend.

## Ruf!

Kollegen und Kolleginnen!

Harter Verlust trifft unsere Organisation. Der erste Vorsitzende unseres Vereins, unser lieber Kollege 288/1

## Fritz Maschke

geboren am 22. April 1888

wird nicht mehr unter uns Lebenden. In der Erwartung, ihn von einer für ihn so notwendigen Erholungsreise gefolgt zurückkehrend freudig begrüßen zu können, trifft uns der selbst die schmerzliche Kunde von seinem Hinscheiden ein. Ein stilles Augenleiden, das ihn bereits seit Jahren zeitweise quälte, hat ihn, der zu unserer Freude in letzter Zeit in der Behandlung begriffen schien, nun ganz unerwartet dahingerafft. Trotz seines von jahrelanger Proletarierkrankheit geschwächten jungen Körpers hat er stets seit seinem 17. Lebensjahre in den vordersten Reihen für unsere und der Arbeiterklasse Sache mit jugendlichem Feuer gekämpft. Dies opferreiche Wirken und sein im persönlichen Verkehr belundetes freundliches Wesen sichern ihm in den Herzen aller, die ihn gekannt, einen dauernden Denkstein.

Berlin, den 19. Juli 1901. Der Vorstand der Freien Jugendorganisation Berlins und Umgegend.

J. K.: Will Scholz. Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen städtischen Friedhofes in Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

### Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Erteilt die traurige Nachricht, daß unser Mitglied

## Fritz Maschke

in der Blüte seiner Jahre plötzlich verstorben ist.

Unermüdet und mit Opfer hat er die Interessen der arbeitenden Jugend und des Proletariats vertreten.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

288/4 Der Jugendausschuß.

### Todes-Anzeige.

Am 17. Juli verschied sanft unser lieber Vater, Groß- und Urogroßvater, der Köpfermeister

## Eduard Kellermann

im 90. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

### Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines Vaters sage ich allen Beteiligten, insbesondere den Genossen der 707. und 707 a. Bezirke, den vier benachbarten Bodenlegern, dem Holzarbeiter-Verband, dem Verband der freien Gasse- und Schankwirte Deutschlands und dem Sargfabrikanten Wilmshaus meinen herzlichsten Dank.

333

Witwe Emma Sauermann

nebst Kindern.



## Achtung! Vereine! Achtung!

Für Sommer- und Kinderfeste empfohlen!

Stadtlaternen, Fackeln, Schärpen, Dekorations-Girlanden, Verlosungsartikel, Karten, Seusen, Reglerpreise, Jag- und Schergartel, Feuerwerk, Festabzeichen.

— Gr. Auswahl. — Billige Preise. — Kalante Bedienung. —

## Pohl & Weber Nachf.

Am Spittelmarkt 4/5 I BERLIN Alexanderstraße 51/53

Sch. Otto Geis. Sch. Ernst Gerbig.

Kataloge gratis und franko sowie Versand nach außerhalb.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). Wahlmorgen für Drucker- und Nacharbeiter. Sonntag, 24. Juli, bei Jul. Meyer, Oranienstraße 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Die Budgetfrage in Baden. Referent Genosse Paul John. Regen Besuch erwarten. Die Vertrauensleute.

Stralau. Am Sonntag, den 24. Juli, feiert der Wahlverein sein diesjähriges Sommerfest in den Gesamtträumen der Alten Kaverne, Alt-Stralau 25/27. Großes Vokal- und Instrumentalkonzert. Mitwirkende: Gesangsverein „Vorwärts-Frohmann“, Stralau (M. d. D. K.-S.-V.), Kraftturnverein „Süd-Ost“. Volkstheateraufführungen aller Art. Große Verlosung. Fackelpolonaise. Anfang 8 Uhr. Villets im Vorverkauf 20, an der Kasse 25 Pf. Im Saale: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die Genossen Groß-Berlins sind herzlich willkommen. Das Komitee.

Berliner Nachrichten.

Von den Ferienspielflächen.

Ueber den Betrieb der Ferienspielfläche sind uns eine große Zahl von Beschwerden zugegangen, die sich gegen eine Reihe Maßnahmen der Spielleitung richten, und nicht mit Unrecht als Härten bezeichnet werden. Wir haben uns infolgedessen an das Mitglied der Deputation für das Turn- und Badewesen, den Genossen Stadtverordneten Vorkmann, um Aufklärung gewandt, der uns folgendes schreibt:

„Die der „Vorwärts“ schon in Nummer 156 berichtete, war der Ansturm nach den Ferien-Außenspielflächen zu Beginn der Ferien ein außerordentlich starker. Wie groß er aber war, geht daraus hervor, daß an den beiden ersten Tagen 40 000 Kinder hinausgeführt wurden. Das war ein Andrang über aller Erwarten groß und dem die vorhandenen Einrichtungen in keiner Weise gewachsen waren. Die Ursachen für den starken Andrang dürften sein: erstens daß in diesem Jahre das erste Mal in den Schulen eine ordentliche und rechtzeitige Bekanntheit erfolgte, und zweitens, daß die Ausgabe von Freikarten durch die Direktoren stattfand. In früheren Jahren war die Bekanntheit immer erst am Schluß der Woche, dabei höchst mangelhaft, zum Teil auch gar nicht erfolgt. Ja, es ist vorgekommen, daß einzelne Direktoren gar nicht wußten, um was es sich handelt. Die Freikarten sollten ausgegeben werden an alle Kinder, die in den Kindervollstößen geliebt werden, an Kinder, an die die Lehrmittel unentgeltlich verabsolgt werden, und an solche, deren Bedürftigkeit dem Rektor bekannt war.“

Leider ist anscheinend nur in wenig Fällen nach diesen Vorschlägen verfahren worden. Während an einigen Schulen nur 30 bis 40 Karten ausgegeben wurden, stieg sie bei anderen bis zu 400. Darunter befanden sich, wie oberflächlich festgestellt wurde, Kinder von Eisenbahnassistenten, Schlichtermeistern, Oberpostkassanern und anderen mehr. Im vergangenen Jahre 1909 waren fünf Plätze vorhanden; während der ganzen freien Zeit sind jetzt 175 000 Kinder hinausgeführt worden, durchschnittlich pro Tag 6000. Zur Aussicht waren 79 Lehrer und Lehrerinnen berufen. In diesem Jahre wurde noch ein sechster Platz bei Wartenberg geschaffen und zwanzig weitere Aussichtskräfte herangezogen. Als vor fünf Jahren der erste Versuch mit einem Außenspielfeld gemacht wurde, standen als Zuschau- von der Stadt 3000 Mark zur Verfügung; heute beträgt derselbe bereits 60 000 Mark und wie ich anerkennend weiterverfolgen muß, sind die alljährlich geforderten Erhöhungen vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung ohne weiteres bewilligt worden.

Auf jedem Platz befindet sich eine Kochküche, worin zurzeit 16 Kochfrauen beschäftigt werden. Die Unterkunftsräume bei Regenwetter fassen auf den einzelnen Plätzen 1200 bis im Höchstfalle 2500 Kinder. Für größere Massen reichten auch die Kocheinrichtungen nicht aus. Die größten Schwierigkeiten verursacht aber der Transport, der sich namentlich von Moabit aus so schwierig gestaltet, daß die letzten Kindertruppen erst nach 12 Uhr den Spielplatz erreichten, nachdem sie von morgens 1/2 8 Uhr auf den Sammelhöfen und den Abfahrtsstellen gestanden hatten. Das dürfte nicht so weiter gehen.

Wenn auch die Beförderung nach Buch am ersten Tage nicht glatt von statten ging, so hat doch die Eisenbahndirektion alles getan, um die Mängel zu beseitigen. Die Kinder brauchen keine Karten mehr zu lösen, es werden Beförderungsscheine angefertigt, vom Bahnhof Gesundbrunnen wurden Eiztrazüge eingestellt, ebenso zur Mühlstraße.

Die übrigen Gesellschaften, Hoch- und Untergrundbahn, Siemens u. Halles, Ostbahn leisteten willig das Mögliche. Nicht so die Große Berliner Straßenbahn. Sie hat die allergrößten Schwierigkeiten gemacht und sich geweigert, die Massen zu befördern. In Moabit hatten sich bis zu 2800 Kinder auf den Sammelhöfen eingefunden. Die Große Berliner erklärt aber in einer Zuschrift an mich folgendes:

In Vertretung der telephonischen Unterredung teilen wir ergebenst mit, daß wir aus Betriebsbedürfnissen die Beförderung der Kinder aus dem Bezirk Moabit nur mit sechs Zügen mit einem Platzangebot von 6. 3. 45 + 810 Kinder bewerkstelligen können. Sollten für die Beförderung mehr Züge benötigt werden, müßte dieselbe in zwei Abteilungen derart vorgenommen werden, daß die Abfahrt der ersten um etwa 7.30 bis 8 Uhr, die der zweiten um 9.30 bis 10 Uhr erfolgen würde, eine Ueberladung darf nicht stattfinden.

In Moabit hatten sich wie schon gesagt 2800 bis 3000 Kinder versammelt, so daß selbst bei Doppelbeförderung nur die Hälfte hinausgebracht werden konnten, wobei der zweite Teil den Spielplatz erst 1/2 12 Uhr erreichte. Aus allen diesen Gründen war die Deputation gezwungen, so hart es auch erscheinen mag, eine Beschränkung vorzunehmen, da ein ordentlicher Betrieb der Spielfläche anders nicht zu erreichen war. Es wurde angeordnet, daß die Freikarten nur wechselseitig zur Teilnahme berechneten. Aber auch die zahlenden Kinder mußten reduziert werden und ist deswegen der Preis auf 20 Pf. erhöht worden. Wenn in den Zuschriften an den „Vorwärts“ darauf hingewiesen wird, daß die letzte Maßnahme aus finanziellen Gründen erfolgt sei — wie sich wenigstens bestimmte leitende Lehrer geäußert hätten, so ist das falsch. Die Lehrer hatten dazu auch keinen Auftrag.

Vielmehr muß ich konstatieren, daß alle Maßnahmen, die von der Spielleitung vorgeschlagen wurden, namentlich die Erweiterung der Küchen, sofort genehmigt wurden.

Auch hat der Oberbürgermeister ohne Zögern erklärt: „Wenn es durchaus nicht anders geht, dann müssen die Mittel schließlich überschritten werden; darüber werden wir auch noch hinwegkommen.“

Außerdem ist seitens des Magistrats bereits im Frühjahr beschlossen worden, einen weiteren Platz im Grunewald einzurichten und sind Verhandlungen mit der königlichen Forstverwaltung bereits im Gange.

Der überwältigende Andrang beweist, wie sehr sich die Ferien-Außenspielfläche die Gunst der Bevölkerung errungen haben und welchem großen Bedürfnis sie entsprechen.

Setzt die Gesamtfrequenz im vergangenen Jahre 175 000 Kinder, so wird in diesem Sommer sicher die Zahl 300 000 überschritten werden.

Die Lehren dieses Jahres aber werden wohl im nächsten Jahre dazu führen, daß solche Mißlichkeiten nicht wieder vorkommen und Einrichtungen getroffen werden, daß gerade die Kernisten der Armen zu ihrem Rechte kommen.“

Soweit die Zuschrift des Genossen Vorkmann, die erkennen läßt, daß die Spielleitung allerdings mit recht großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Wir erkennen gern an, daß nach Lage der Sache die Leitung der Ferienspiele genötigt war, auf eine Einschränkung der Beteiligung Bedacht zu nehmen, um den Betrieb überhaupt aufrecht erhalten zu können. Ob aber die getroffenen Maßnahmen gerade die glücklichen waren, wollen wir heute nicht von neuem erörtern. Fest steht, daß sie große Mißstimmung erregt haben.

Tanzmoral.

Das schon mitgeteilte Verbot des sogenannten „Spachentanzes“ hat bei den Arrangements dieses sonderbaren Tanzbeinschwingers die zu erwartende Entrüstung ausgelöst. Man spottet über die Berliner Tanzsaalbesitzer, die sich als Sittlichkeitsapostel aufspielen und sich noch sittlicher geben als die Sittenpolizei. Es wird gesagt: Ist dieser aus Paris importierte Tanz wirklich unmoralisch, so wäre die liebe Polizei, die ja in solchen Dingen für bei der Hand ist und den vor lauter gemachter Sittlichkeit tiefenden Frommen von heute gar zu gern die Schleppe trägt, ganz gewiß schon dazwischen gefahren. Es ist ja bei manchen Behörden förmlich Sport geworden, im harmlosen Volkstreiben Anzüglichkeiten zu entdecken, die keine sind, während man zu offenkundigen Säuereien auf den Höhen des Lebens gehoramt beide Augen zudrückt. Offen gestanden — auch wir, die wir wahrhaftig keine Freunde von Verböten und noch dazu von solchen bei Volksvergünstigungen sind, fühlen uns von den Gliederverrenkungen, die als Spachentanz bezeichnet werden, beim ersten Blick in solchen Tanzsaal angegriffen. Die erste Zeitungsnachricht über das Verbot der Saalwirte war so allgemein gehalten, als ob alles, was zu den unteren Ständen gehört, an diesen modernen Tänzen Gehmaß und Genuß findet. Das geht aber weit über die Tatsachen hinaus. In allen öffentlichen Tanzsälen finden sich gelegentlich oder auch stets, je nach der Bedeutung des Lokals, Elemente ein, die gewohnheitsmäßig und in besonderer unsanterer Absicht über die Stränge schlagen. Mit dieser edlen Sorte, die durchaus nicht durch schlechte Kleidung hervorsteht, vielmehr äußerlich „vornehm“ austritt und innerlich auf dem Mist gebeißt, hat das schaffende Volk nichts gemein. Dabei spielt das Verhältnis zwischen Tanzenden und Tanzleiter eine wichtige, oft ausschlaggebende Rolle. In den meisten derartigen Tanzlokalen ist der Tanzsaal für die ganze Saison an einen Tanzmaitre fest verpachtet. Dieser hat gewöhnlich auch die Garderobe in Nacht und bezahlt aus seinen Einnahmen die Musik. Von der gesellschaftlichen Routine des Tanzleiters hängt man sehr viel die Benutzung des Tanzsaals ab. Manche beliebte Tanzmaitres haben einen außerordentlich großen Anhang, der treu zu ihnen steht und selten anderswo tanzen geht. Dafür erbandert sich der Maitre in der Weise, daß er den jugendlichen Tanzpaaren gewisse Freiheiten läßt. Es geht nicht streng, vielmehr gemächlich zu. Man duldet und verzeiht derbe Späße, die von Tanzgeboten weit entfernt sind. So wurde feinerzeit der von Amerika aus durch die ganze Welt gegangene und schnell überlebte Caserwall, der selbst in den „feinsten“ Zirkeln Anklang und Nachahmung fand, überall geduldet — als ein derber, gewiß nicht anstößiger Tanzsaal. So litt man anfangs wohl oder übel auch den Spachentanz, bis der „Spach“ die Grenze von Anstand und Sitte gründlich überschritt. Schließlich kann doch jeder Tanz, auch ein Walzer, anstößig wirken, wenn man es darauf anlegen will. Es wird also immer auf die Bescheidenheit und den Takt der Tanzleitung ankommen, daß sie von einem Tanzsaal, der als anständig gelten will, trasse Unanständigkeit fernhält und auf Tänzer, die sich in Joten gefallen, entsprechend einwirkt. Die Festiger jener alldemoralisierenden Tanzlokale, die schon immer alles duldeten, wenn sie nur ein Geschäft dabei machen, nehmen sich doch bei dem Verbot des Spachentanzes, so berechtigt es an sich ist, genau so aus wie der Teufel, der in die Kirche geht. Am Sonntag wurde trotz des Verbotes an zahlreichen Tanzböden der Spachentanz stürmisch verlangt. Anfangs weigerten sich Tanzmaitre und Musik, weil sie ihre Anweisungen hatten und Einsatz auf den Nachvertrieb befürchteten, aber zuguterletzt mußte man hier und da doch nachgeben, weil viele Tänzer offen erklärten, daß sie sonst den Tanzsaal verlassen und nie wieder besuchen würden. In den weitaus meisten Tanzlokalen, wo schon entsprechende Plakate angeschlagen waren und auch nicht mehr „dassiert“ werden durfte, wurde das Verbot mit aller Strenge durchgeführt. Dabei kam es mehrfach zu ersten Zusammenstößen mit den begehäuteten unsauberen Elementen, die durch das Hauspersonal oder durch telephonisch herbeigerufenen Säuhleute mit Gewalt entfernt wurden. Ein großer Tanzsaal im Südosten mußte sogar länger als eine Stunde gesperrt werden. Die überwiegende Stimmung war aber doch die, daß man dem energischen Vorgehen der auf guten Ruf haltenden Saalwirte und Tanzleiter Anerkennung zollte.

Bei dieser Gelegenheit gestatten wir uns einen kleinen Vergleich. Wie wird bei Hofe getanzt? Die in England mit puritanischer Strenge erzogene Kaiserin Friedrich war als Braut empört, nachdem sie am preussischen Hofe die durchweg mit halbnaektem Oberkörper tanzenden weiblichen Mitglieder der Hofgesellschaft, jugendliche und verdächtig alte, gesehen hatte. Der alte Wilhelm soll damals gesagt haben: „Dieses Kind, du wirst dich bei und noch an ganz anderes gewöhnen müssen!“ Wie es ja dann auch bei der berühmten Halbbandgeschichte kam. Seitdem ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen, und auf höchsten Festen tanzt man nach den für diese Klasse geprägten besonderen Sittlichkeitsbegriffen noch immer mit solcher Unangelegenheit, daß die durchbrochene moderne Bluse „mit Oberlicht“ dagegen das reine Frauenkleid ist. Sogar das Auge eingeladener Konfistoriale soll sich an solchem wogenden Volksanmeer mit Sonne weiden. Und auch der würdige preussische Staatsanwalt in Zivil amüsiert sich ohne Strupel in jenen öffentlichen Volkstokalen, wo das Kostüm der Tänzerinnen so ziemlich einer Vadehose gleicht. Ja, Michel, das ist die höchste Sittlichkeit, die du mit deinem dummen Untertanenverständnis niemals begreifen wirst!

Die fortgesetzten schweren Vorfälle, so schreibt man uns, fordern immer von neuem Empörung und Kritik heraus gegen die schändliche Behandlung der Arbeiter. Leider sind die Zeitungsnachrichten meist dürftig und kurz, und selbst wenn man solchen Unglücksfällen befaßt, ist es schwer, etwas Sicheres über den Tatbestand zu erfahren, wenn man nicht gerade Augenzeugen hören kann.

Bei den beiden in Nr. 168 des „Vorwärts“ gemeldeten schweren Unglücksfällen scheint wieder die übliche Ueberhaftung und die damit verbundene leichtfertige Verurteilung eine besondere Rolle zu spielen. Es wird nicht die geringste Rücksicht darauf genommen, daß der Arbeiter durch die Gewöhnung an die Gefahr so leicht mit seinem Leben spielen läßt.

Bei dem zweiten Sturz heißt es z. B.: „Als R. in der Höhe des ersten Stockwerks ein Laufbrett überschritt, brach dieses und der Steinträger stürzte mit seiner Last ab.“ Mit dieser kurzen Andeutung wird ein schwerer Unfall abgetan. — Wie kann denn ein Laufbrett, das richtig aufliegt, brechen? Wie ist es nur möglich, für Steinträger ein Laufbrett so weit frei zu legen, daß es brechen muß?

Weshalb haben hier nicht hinreichend starke Bretter aufeinander gelegen? Wer hat die schlechte Rüstung gemacht? So kann man noch eine Anzahl Fragen stellen, die, schnell beantwortet, sofort auf die wahren Unfallursachen zurückführen. Trotz der kurzen Angaben liegt die Vermutung nahe, daß es sich wieder einmal um schlechtes oder spärliches Material handelt. Es sind nicht Bretter genug am Platze, die Maurer müssen sich viel leicht begeben, einer zieht dem anderen Material weg, und so werden dann selbst die notwendigsten Laufbretter „gelaufen“.

Die neuere Gesetzgebung hat Sicherheiten geschaffen gegen leichtsinnige geschäftsunkundige Bauunternehmer. Dadurch werden jetzt Handwerkerforderungen nicht mehr so gefährdet wie früher. Die Arbeiter dagegen bleiben dauernd den alten Gefahren ausgesetzt, kein Gesetz und keine Behörde nimmt den Bauarbeiter in seinem fortgesetzt gefährdenden Beruf auch nur einigermaßen in Schutz. Die Baukontrollen müssen mit allem Nachdruck gefordert und mit aller Energie erklämpft werden.

Zulässige Konzessionsbedingung. Der Restaurateur Gräbe, der die Konzession für die Nebenräume des früheren Zentraltheaters in Berlin hatte, erlangte die Konzession auch für den Zuschauerraum, nachdem dieser zu einem Festsaal umgewandelt war. An diese neue Konzession wurde aber die Bedingung geknüpft, daß die Bühne zu öffentlichen Vorführungen überhaupt nicht und bei Vereinfachungen nur mit einer, jedesmal einzuholenden polizeilichen Erlaubnis benutzt werden dürfe. Wegen Nichtbeachtung dieser Bedingung wurde G. vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht erklärte die Konzessionsbedingung im feuerpolizeilichen Interesse für zulässig. G. hätte sie beachten müssen. Das Kammergericht stellte sich auf denselben Standpunkt und verwarf G.'s Revision als unbegründet.

In den Typhuserkrankungen im Rixdorfer Telegraphenamend erfahren wir, daß im Rixdorfer Polizeipräsidium täglich Konferenzen der Mitglieder der sanitären Behörden der Stadt stattfinden, in welchen Besprechungen über die Abwehr- und Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Epidemie gepflogen werden. Die bisher getroffenen sanitären Maßnahmen werden für hinreichend erachtet, um jegliche etwaige Ausbreitung der Epidemie zu verhindern. Insbesondere sind die Räumlichkeiten des Telegraphenamendes auf das Sorgfältigste desinfiziert worden. Weitere Fälle von Typhuserkrankungen sind bisher in Rixdorf nicht zu verzeichnen, so daß dadurch alle im Publikum herrschenden Besorgnisse hinfällig werden. Die beiden im Rixdorfer Krankenhaus befindlichen, an Typhus erkrankten Telephonistinnen befinden sich auf dem Wege der Besserung.

In der Elektrischen verlorben die gestern nachmittag um 1 Uhr der Kaufmann Zwidert aus der Veteranenstraße 27. Der 62jährige Mann hatte in der Anprobeküche eines Straßenbahnwagen der Linie 74 bestiegen. Kaum hatte er einen Platz auf dem Vorderrücken eingenommen, als er plötzlich leblos zusammenbrach. Von Fahrgästen wurde der Ertrunkene zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der leider nur den infolge Herzschlages bereits eingetretenen Tod feststellen konnte.

Festnahme einer raffinierten Schwindlerin. Die 18jährige Margarete Weigel, die als Grete von Eckardstein und unter anderen abligen Namen Zimmervermieterinnen und Pensionatsinhaberinnen im Westen Berlins seit mehreren Wochen Brandstahle, ist gestern ermittelt und festgenommen worden. Das junge Mädchen war auf ihrer „Tour“ auch nach dem sogenannten „Spinathaus“ an der Ecke der Haupt- und Fregetroße in Schöneberg gekommen, wo es sich in einem dort befindlichen Pensionat einquartiert hatte. Gestern früh ließ zufällig die Pensionatsinhaberin in der Zeitung die Warnung vor der Betrügerin und da ihr das häßliche, adlige Fräulein bereits seit mehreren Tagen den Betrag für Kost und Logis schuldete, benachrichtigte sie sofort die Polizei, die einen Beamten entsandte, der das junge Mädchen verhaftete. Auf dem Polizeibureau gestand die Schwindlerin eine ganze Anzahl derartiger Betrügereien ein, entschuldigte sich jedoch damit, daß sie die feste Absicht gehabt habe, sobald sie zu Geld komme, ihre Gläubigerinnen zu berechnen. Die W. wurde dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zugeführt.

Das Opfer einer Medizinerverwechslung wurde vorgestern die 18jährige, bei der Rotophot-Gesellschaft in der Alexandrinenstraße beschäftigte Reia Janz. Das junge Mädchen klagte seit mehreren Tagen über Magenbeschwerden und wollte sich gestern auf den Rat einer Freundin doppelkohlensäurehaltigen Natron holen lassen. Sie beauftragte damit ein 14jähriges Kaufmädchen, das aber unterwegs verlag, was es bringen sollte und von dem Drogeristen chloraurtes Kali forderte und auch erhielt. Kaum hatte die Janz einen halben Teelöffel hiervon zu sich genommen, als sie unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankte. Glücklicherweise war der von der Unfallstation in der Kommandantenstraße telephonisch herbeigerufene Arzt in wenigen Minuten zur Stelle, der der J. den Magen auspumpt und die Lebensgefahr beseitigt.

Jagd auf Straßenhändler wurde gestern im Tiergarten unternommen, die anlässlich des Königin-Luise-Tages mit Postkarten handelten. In einem Falle soll bei dieser Jagd ein Polizeihund einem Postkartenhändler S. schwere Wunden am Arm beigebracht haben; außerdem sollen zahlreiche Anzeigen gegen Händler erfolgt sein. Es wäre dringend zu verlangen, daß der Polizeipräsident über dieses Verfahren sich öffentlich äußert, einmal aus welchem Grunde und mit welchem Rechte die Händler aufs Korn genommen wurden, und zweitens, wieso Polizeihunde bei dieser Jagd Verwendungen finden können. Nach der Aeußerung des Ministers des Innern im Landtage ist eine derartige Verwendung unzulässig.

Ein schwerer Straßenhändlervorfall ereignete sich vorgestern abend in der Hardenbergstraße. Dort versuchte in der Nähe des Steinplatzes der 20jährige Raler Johann Raaben, Spandauer Berg 10, wohnhaft, einen Straßenhändlervogel der Linie R während der Fahrt zu befestigen. Er glitt vom Trittbrett ab und stürzte so unglücklich, daß er blutüberströmt und benimmungslos auf dem Fahrbahn liegen blieb. Der Verunglückte erlitt mehrere Kopfverletzungen, eine Gehirnerschütterung, Quetschung des Rückgrats und anscheinend auch innere Verletzungen. In bedenklichem Zustande wurde R. in das Krankenhaus Westend eingeliefert.

Gefohlene Droschken. Das Entkommen von Droschken nimmt seit einiger Zeit wieder überhand. Die Fuhrwerksmarder gehen bei ihrem Treiben außerordentlich dreist zu Werke. Von großer Unverfrorenheit zeugt beispielsweise ein Diebstahl, der in der Eisasser Straße verübt wurde. Die dem Unternehmer H., Nazarethstraße 40, gehörige Droschke Nr. 1904 hatte etwa zwei Minuten ohne Aufsicht vor dem Hause Eisasser Str. 65 gestanden. Während sich H. im Restaurant einen Schnaps geben ließ, stieg ein unbekannter Dursch schleunigst auf den Bod, hob auf das Pferd ein und fuhr davon.

Durch ein wildes Pferd tödlich verletzt. In einer furchtbaren Lage wurde vorgestern abend der Kutscher Ferdinand Freige aus Friedenau aufgefunden. Er mußte während der Fahrt vom Bod heruntersteigen und bei einem der Pferde, das störrisch und aufgeregter war, die Trense in Ordnung bringen. Das wilde Tier versetzte dem Kutscher einen so heftigen Fußtritt gegen den Oberschenkel, daß der Betroffene zu Boden sank. Nun trat das Pferd dem Kernisten gegen den Kopf. Der Schädel wurde dadurch fast vollständig zerschmettert. In seinem Blute schwimmend wurde der Schwerverletzte bald darauf aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Bei der Arbeit abgestürzt ist der 57 Jahre alte Fuhrer Louis Wehde aus der Strausberger Straße 42. Er war auf dem Neubau Stralauer Platz 32 beschäftigt und fiel aus noch nicht be-



kannter Ursache vom Gerüst des zweiten Stockes. Mit erschütterter Gliedern blieb er liegen. Der Tod trat sofort infolge Schädelbruchs ein.

### An die Arbeiterjugend!

Am Sonntag, den 24. Juli veranstaltet der Jugend-Ausschuss für Groß-Berlin Gruppenausflüge für die arbeitende Jugend.

Die Gruppe Wedding-Gesundbrunnen trifft sich am Kettlerplatz, Gartenplatz, Schweden Straße Ecke Exerzierstraße und Jugendheim, Brunnenstr. 115. Tour nach Saantwinkel. Ohne Fahrgehalt.

Die Gruppe Schönhauser Viertel trifft sich am Bahnhof Schönhauser Allee. Partie nach Jungfernheide-Pfaffenbrunn-Saantwinkel. Mittags Zusammenkunft mit der Gruppe Wedding in Saantwinkel. Fahrgehalt hin und zurück 20 Pf.

Die Gruppe Moabit trifft sich am Bahnhof Beusselstraße. Partie nach Schlachtensee.

Die Gruppe Nordost trifft sich am Schlesienschen Bahnhof (Nadaistraße) Wartenplatz, Landsberger Tor (Kriegerdenkmal), Grenzläufer Tor. Partie nach Tegel-Mühlensitz-Hermsdorf. Fahrgehalt 20 Pf.

Die Gruppe Südost trifft sich am Gölitzer Bahnhof (Unfallstation) und Kottbuser Tor. Fahrt: Straßenbahn vom Schlesienschen Bahnhof nach Tegel. Besichtigung des Schlosses (Tegel). Wanderung über Schulzendorf, Heiligensee, über Sandhausen nach Konradshöhe, Wiesfelde, Tegelort, zurück nach Tegel. Fahrgehalt 20 Pf.

Die Gruppe Süd und Südwest trifft sich am Blücherplatz. Abmarsch an allen Treffpunkten morgens 7 Uhr.

Die Teilnehmer sollen sich verproviantieren, mit möglichst leichtem Anzug versehen sein und die Wiederkehr nicht vergessen.

Alle Beherlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu diesem Ausfluge freundlichst eingeladen.

Beim Sängerkongress des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes am 17. Juli in Friedrichshagen sind gefunden worden und bei Jul. Steffens, NO. 18, Langenbeckstraße 5, Quergeb. 1 Treppe, abgeholt: 1 graues Damenjackett, 1 blauer Knabenmantel, 1 weißes Kinderhütchen, 1 Taschenuhr, 1 Bund Schlüssel im Etui, 1 Spazierstock.

Verloren wurden: 1 braune Damenhandtasche mit Inhalt, abzugeben bei Börner, Berlin N., Aderstraße 150; 1 Remontoiruhr mit zwei Goldrändern nebst langer vergoldeter Kette im Zigarr-etui, abzugeben bei Bernh. Blum, Arbeiter, Berlin N., Rügener Straße 25, Quergeb. 4 Tr.; 1 brauner Damengürtel mit Messingschnalle, 1 weißes Taschentuch, abzugeben bei G. Fleischer, Berlin O. 27, Holzmarktstraße 40; 1 Portemonnaie mit 15 M. Inhalt, abzugeben bei W. Palmann, Berlin N., Seelower Straße 1, III; 2 Herrenschirme, abzugeben bei Steffens, NO. 18, Langenbeckstr. 5, Quergeb. 1 Treppe.

Während der Regatta des „Freien Ruderbundes“ am Sonntag, den 17. d. Mts., ist auf der Liebesinsel in Stralau ein seidener Damen-Sonnenschirm gefunden worden. Derselbe ist im Bootshaus, Lunnelsir. 17, beim Kantinier abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

Der Tätigkeitsbericht für das letzte Halbjahr wurde bei am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins vom Genossen Spiekermann mündlich erstattet. Es wurden 100 000 Flugblätter verteilt. Der politischen Situation wurde durch Abhaltung von 3 Volksversammlungen Rechnung getragen. Die Folge war, daß nur 2 Mitgliederversammlungen abgehalten wurden. Der Besuch der Mitgliederversammlungen war ein knapper und müssen die Genossen und Genossinnen für bessere Beteiligung sorgen. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser hat zugenommen. Der Wahlrechtskampf muß mit aller Schärfe aufgenommen werden; in den nächsten Monaten muß alle Kraft auf dieses Gebiet gerichtet werden. Der Stand der Masse ist im Vergleich zum Vorjahre ein bedeutend besserer. Durch den Extrabeitrag war der Bezirk in der Lage, mehr wie bisher an den Kreis abzuliefern. Die Einnahmen betragen vom 1. Januar 1910 bis zum 30. Juni 6906,08 M., Ausgaben in derselben Zeit 5612,25 M., bleibt somit ein Bestand von 693,83 M. Gegenwärtig haben wir 248 Mitglieder zu verzeichnen, und zwar 2365 männliche und 29 weibliche. In Groß-Schönebeck sind 24 Mitglieder vorhanden. Genosse Jaffe erstattete den Bericht von der Landagitation und hebt hervor, daß es nicht möglich war, in der kurzen Zeit größere Erfolge zu erzielen. Als wir nach Groß-Schönebeck kamen war nicht ein Genosse organisiert, trotzdem sind jetzt 24 Genossen in diesem Orte aufgenommen. Genosse Köhler wünscht, daß der gedruckte Massenbericht mehr spezialisiert würde, wie das in den einzelnen Orten schon der Fall sei. Genosse Brauer betont, daß der Bericht des Vorstandes von einer großen Rührigkeit zeugt. Das Parteileben spiele sich jetzt hauptsächlich in den Bezirksabenden ab; es dürfe aber nicht soweit gehen, den Mitgliedern die Stellungnahme zu den wichtigsten Fragen im Parteileben, wie Parteitag usw., in Mitgliederversammlungen dadurch zu nehmen. Der Magdeburger Parteitag stehe jetzt vor der Tür und der Bezirk habe hierzu keine Stellung genommen. Die Mitgliederversammlungen müßten sich zu dieser wichtigen Frage äußern. Redner wünscht, daß der Wahlrechtskampf von der Tagesordnung nicht verschwinde. Genosse Spiekermann hebt in seinem Schlusswort hervor, daß es der Parteileitung nicht immer gelungen sei, die Mitgliedschaft für manche Fragen zu interessieren. Die vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Bezirksleiter Spiekermann, 2. Bezirksleiter Jaffe, 1. Kassierer Linke, 2. Kassierer Weder, 1. Schriftführer Klein, 2. Schriftführer Turm. Als Revisoren fungierten Graf, Kahlke und Schnell. Als Leiterin der Frauen die Genossin Bergens. Zur Kreisgeneralversammlung wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß das Wochenabonnement für den „Vorwärts“ in Groß-Berlin in Höhe von 25 Pf. eingeführt werden soll. Außerdem wurde folgender Antrag mit großer Majorität angenommen: „Der Kreis wolle beschließen, die Wahlen zu Parteitag, Kongressen usw. durch Urwahl vorzunehmen.“ Die Vorschläge zum Kreisvorstand, als 1. Vorsitzender Genosse Brühl, als 2. Vorsitzender Genosse Seitel, Jugendausschuss Kopenhagen, Lokalkommission Elias, wurden gut geheißen. Als Delegierter zum Parteitag kam Genosse Wähler in Vorschlag. Da die Generalversammlung noch die Berichte von den Kommissionen entgegenzunehmen hatte, so wurde der vorgerückten Zeit wegen beschlossen, eine zweite Generalversammlung am Dienstag, den 28. Juli, abzuhalten.

### Rixdorf.

Beim Sommerfest in der „Neuen Welt“ sind folgende Gegenstände verloren gegangen: Ein Damenportemonnaie mit Inhalt, ein Ring und eine Tischdecke. Die christlichen Kinder werden gebeten, die Gegenstände bei Genossen Paul Fischer, Karlsplatzstr. 18, abzugeben.

### Borghagen-Pummelsburg.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm am Sonntag, den 17. Juli, den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes für die Zeit vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910 entgegen. Derselbe laut gedruckt vor und gleichfalls ein Rückblick auf das 20jährige Bestehen des Vereins am Orte.

Die Zahl der Mitglieder ist während der Berichtzeit von 1463 auf 1641 gestiegen, darunter die weiblichen von 140 auf 152 Mitglieder. Die Einnahmen betragen in derselben Zeit 11 432,05 M., die Ausgaben 10 840,10 M., so daß ein Bestand von 591,95 M. am 30. Juni vorhanden war. Als Extrabeitrag sind an den Kreis 800.— M. abgeliefert. Bei der Wahl der Funktionäre teilte der 2. Vorsitzende mit, daß es dem Genossen Otto John Familienverhältnisse halber nicht mehr möglich wäre, die Wahl als 1. Bezirks-

leiter anzunehmen und sprach demselben den Dank der Mitglieder für seine langjährige und gewissenhafte Tätigkeit aus.

Gewählt wurden: Als 1. Bezirksleiter D. Wigle, als 2. A. Rosenfranz sen.; als 1. Kassierer Robert Lenzner, als 2. Rich. Dobe; als 1. Schriftführer W. Kollstadt, als 2. W. Schulze; als Revisoren die Genossin Klara Schulze; als Revisoren W. Reibilla, Jansen und Dolar Waune; Zeitungskommission Großkopf, Häbel und Otto Stein; Abteilungsleiter Karl Bartel, J. Ulbrich, R. Wächter, Giese und L. Jünemann; Leiter in den Außenbezirken Georg Schulze für Rixdorf, Franke für Alt-Sandberg. Als Funktionäre im Kreisvorstand sind Hr. Berger und R. Wächter in Vorschlag gebracht. Zum Parteitag und zur Provinzialkonferenz sollen zu ersterem D. Wigle und zu letzterem L. Jünemann dem Kreise vorgeschlagen werden.

Nach einer kurzen Aussprache über die babilische Budgetbewilligung wurde ein Antrag zur Kreisgeneralversammlung angenommen, in welchem der Parteitag aufgefordert wird, mit diesen Genossen nicht nur ein kräftiges Wort zu sprechen, sondern reinen Tisch zu machen.

Der Leiter, Genosse Louis Stein, wies zum Schluß auf das, am 7. August bei Klugmann stattfindende Sommerfest hin und ersuchte um rege Beteiligung.

### Weißensee.

Aus der Generalversammlung. Der am Montag, den 18. Juli, im Prälaten tagenden Generalversammlung konnte infolge Erkrankung des ersten Bezirksleiters der allgemeine Tätigkeitsbericht nicht erstattet werden. Der Bibliothekar Genosse Bretschneider wünschte eine noch bessere Benutzung der Bibliothek. Auf dessen Antrag wurde beschlossen, für Ergänzung der Bibliothek 50 M. der Bezirkskasse zu entnehmen. Den Bericht des Gemeindevertreter-Wahlkomitees erstattete Genosse Bulow. Genosse Peulert ist in seinem Berichte der Zeitungskommission mit dem Abonnementstand nicht zufrieden. Hierbei weist Genosse Fuhrmann noch auf den Buchhandel hin. Die Abrechnung der Kasse ergab eine Einnahme von 1471,70 M. und eine Ausgabe von 582,80 M. mithin verbleibt ein Ueberfluß von 908,90 M. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Bezirksleiter: Schlemminger. 2. Bezirksleiter und Leiter der Landagitation: Diener. Kassierer: Kaufhold. Schriftführer: Schin. Weibliche Revisoren: Kahlke. Bibliothekare: Bretschneider, Stabenow, Wosch. Revisoren: Kuchopf, Bulow, M. Bachmann. Lokalkommission: Andree, P. Kuchopf, Reich. Zeitungskommission: Peulert, Kuchopf, P. Schulz. Kreisdelegierte: Die 7 Abteilungsleiter, Genossen Diener und Krahm. Erziehungskomitee: Genossin Kahlke und die Genossen P. Neumann und Sprenger. Groß-Berliner Delegierte: Die 7 Abteilungsleiter und Genosse Diener. Erziehungskomitee wie vorher. Die Abteilungsleiter wurden bestätigt. Zum Parteitag wurde beschlossen, dem Kreise Genossen Taubmann als Delegierten vorzuschlagen. Auch wurde für eine Beurteilung der Wobenser Landtagsangelegenheit eingetreten. Ein Antrag, für die Arbeitstube am 1. Mai und nicht auf den ersten Sonntag im Mai, wurde ebenfalls dem Parteitag wie auch dem Internationalen Kongress überwiesen. Zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz soll dem Kreise Genosse Diener vorgeschlagen werden. Auf Antrag Wendt beschäftigt sich die nächste Mitgliederversammlung mit der Jugendfrage.

### Stralau.

Im letzten Halbjahr haben sechs Flugblattverteilungen, sechs öffentliche Versammlungen stattgefunden. Die Zahl der Parteimitglieder beträgt für den Bezirk 207; „Vorwärts“-Abonnementen sind 267 vorhanden, der „Wahre Jakob“ hat 42 Abonnenten, die „Gleichheit“ wird in 6 Exemplaren gelesen. Nach dem Massenbericht ist ein Bestand von 405,02 M. vorhanden. Der Wahl der Funktionäre gingen folgende Genossen hervor: Emil Kausch als erster Bezirksleiter, Genosse G. Wende zweiter Bezirksleiter. Kassierer Gundlach, Schriftführer Diezenthäl. Revisoren Damske; Revisoren Kschendorf, Wellhagen, Otto Fischer. Lokalkommission Voigt, Walter, Schmidt. Zeitungskommission Merker. Bibliothekar Juppert, Stellvertreter Fischer. Bibliothekskommission Wessel, Krause, Presler. Agitationskommission Voigt, Kschendorf, Merker, Gundlach, Böhm, Wessel, Kausch, Aus, Schmidt.

### Röpenitz.

Protestversammlung gegen die Rückwärtsentwicklung der Sozialgesetzgebung. In einer von 300 Personen besuchten Versammlung referierte der Gewerkschaftssekretär Gustav Finf über die Reichsversicherungsordnung und die Rechtlosigkeit der Arbeiter. — Mit Sachkenntnis behandelte Redner die Schäden der Rodelle in der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisen-Versicherung, wies darauf hin, daß durch diese Rodelle die Rechte der Arbeiter in jeder Weise beschnitten sind. — Jeder Einfluß der Mitglieder der Partei auf die Verwaltung ist ausgeschlossen. Daher muß gegen diese Bestrebungen die arbeitende Bevölkerung einmütigen Protest erheben und diejenigen zur Verantwortung ziehen, die an diesem Volksbetrug teilgenommen haben. Zum Schluß der Versammlung gelangte eine im Sinne jodiger Ausführungen gefaßte Resolution zur Annahme.

### Ober-Schöneweide.

Der Samariterkursus findet am Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Hädepetter“, Siemensstr. 12, statt. Er erstreckt sich auf Behandlung von Knochenbrüchen, Verbrennungen, Ertrinken und Erstickten, Vergiftungen, Verwundungen, Beschädigung durch Elektrizität, in Ansehung von Verbänden, Transport Erkrankter und Verunglückter.

### Waidmannslust.

In der Bezirksgeneralversammlung des Wahlvereins erstattete die Bezirksleitung sowie die übrigen Funktionäre den Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 22. Mai 1909 bis 30. Juni 1910. Nach demselben wurden 3 öffentliche und 9 Mitgliederversammlungen abgehalten. Es wurden insgesamt 20 000 Flugblätter im Bezirk verteilt, wovon auf die Gemeindevorstände in den beteiligten Orten zusammen 10 600 Stück entfallen. Die Gemeindevorstände selbst brachten 5 neue Mandate und einen erheblichen Stimmenzuwachs. Bei der Neukonstituierung des Bezirks im Mai 1909 betrug der Mitgliederbestand 185, während die Liste jetzt 250, darunter 41 weibliche Mitglieder aufweist. Nach dem Massenbericht betragen die Einnahmen insgesamt 1467,90 M., die Ausgaben 1200,46 M., der Kassenbestand beträgt demnach 267,44 M., wovon laut Beschluß der Versammlung 100 M. dem Kreise überwiesen werden sollen. Der Bibliothekar äußerte in seinem Bericht den Wunsch, den Bestand an sehr gelesenen Werken zu vergrößern. Zu diesem Zwecke soll der Ueberfluß vom Sommerfest Verwendung finden. Aus dem Bericht des Zeitungskommissionsmitgliedes war zu ersehen, daß der Abonnementstand der Presse beständig wächst. Gegenwärtig sind im Bezirk circa 350 Abonnenten vorhanden. Das Lokalkommissionsmitglied klagt über nicht genügende Beachtung der Lokalliste. Die darauf vorgenommene Neuwahl der Bezirksleitung ergab folgendes Resultat: 1. Bezirksleiter Lufcher, Waidmannslust; 2. Bezirksleiter Liebold, Hohen-Neuendorf; Kassierer Eng, Waidmannslust; Schriftführer Hoffmann, Hohen-Neuendorf; Revisoren Wümel, Clarus und Wätem, Waidmannslust; Bibliothekar Dahms, Hermsdorf; Zeitungskommission Wümel, Waidmannslust; Lokalkommission Zeitmeier, Gliemide; Weiblicher Genossin Albrecht, Hohen-Neuendorf.

Auf Antrag der Abteilung Hohen-Neuendorf wurde eine Resolution in Sachen des Denksteins angenommen. Als Delegierter zum Parteitag kandidiert Genosse Liebold, zur Provinzialkonferenz Genosse Hoffmann.

### Eichwalde.

Sommerfest. Am Sonnabend, den 23. Juli, veranstaltet der Arbeitergesangverein „Männerchor“, Eichwalde, M. d. A.-E.-V., mit dem Arbeiterabfahrtsverein „Vorwärts“, Eichwalde, M. d. A.-E.-V., „Solidarität“, in Witte's „Waldschänke“, Eichwalde, ein Sommerfest. Anfang abends 8 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pf. Da beide Vereine der Partei stets zur Verfügung stehen und das

Komitee sich die größte Mühe gegeben hat, das Fest genussreich zu gestalten, werden die Parteigenossen sowie Freunde und Gönner ersucht, die genannten Vereine durch regen Besuch zu unterstützen.

### Alt-Ostende.

In der Generalversammlung erstattete Genosse Dürre den Vorstandsbericht vom letzten halben Jahr. Es haben 3 Mitglieder, 2 General- und 4 öffentliche Versammlungen stattgefunden; außerdem 5 engere und 7 kombinierte Vorstandssitzungen, eine Agitations-tour und 5 Flugblattverteilungen. Der Massenbericht ergab eine Einnahme von 185,29 M., eine Ausgabe von 185,90 M., mithin ein Defizit von 60,61 M. Der Expeditionsbericht schließt ab mit einer Einnahme von 1817,10 M., einer Ausgabe von 1298,01 M., so daß ein Gewinn von 51,09 M. erzielt wurde. Die Zahl der Abonnenten des „Vorwärts“ stieg von 156 auf 162. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Vorsitzender: Henschel, erster Vorsitzender: Neue, zweiter Vorsitzender: Karl König, Kassierer: Richard Baule, Schriftführer: Fritz Henschel und Frau Marie Dürre, Weiblicher; Frau Agnes Janceta für die Frauenagitation; Zeitungs-Redakteur Wilhelm Dürre; Zeitungskommission: Gerlach, Kuchlein, Paul Schröder; Kassenrevisoren: Hauptmann, Velau, Winkelmann; Lokalkommission: Klein, Otto Dürre, Fritz Henschel; Bibliothekare: Wimmernst. Hauptmann; als Landagitationsleiter Heinrich Schulz. Zwei Genossen wurden als Mitglieder aufgenommen. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf das am 14. August im Lokale Hädepetter stattfindende Sommerfest aufmerksam.

### Oranienburg.

Wegen schwachen Besuchs konnte die für Sonntag, den 17. Juli, anberaumte Generalversammlung des Bezirkswahlvereins nicht stattfinden, in welcher unter anderem der Halbjahresbericht aus den Stadtverordnetenversammlungen gegeben werden und die Wahl der Funktionäre erfolgen sollte. Die nächste Versammlung findet nunmehr Donnerstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr statt.

### Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen.

Die Freie Turnerschaft von Schenkendorf veranstaltet vom Sonntag ab jeden Sonnabtagsmorgen von 2—4 Uhr Kinder-spiele. Sammelpunkt ist im Garten des Herrn Otto Paesch. Abmarsch von Otto Paesch 1 1/2 Uhr nach dem Spielplatz.

Kranke- und Begräbniskasse der Zettler und Berufs-genossen Deutschlands, „Hoffnung“, E. G. 61. Verwaltung Berlin-Sonnabend, 23. Juli, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus; Quartals-versammlung.

Schöneberg. Freitag, den 22. Juli, abends 6 1/2 Uhr, findet bei Volk-mann, Vorbergstraße 8, ein Vortrag statt über Volkshygiene. Referent Genosse Kobs. Das Erscheinen aller Jugendlichen ist Pflicht. Der Jugend-bildungsausschuss.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachkunde findet in den Nummern Nr. 69, vom vier Freuden — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrage ist ein Nachtrag und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Stille Fragen trage man in der Sprach-stunde vor.

N. O. 177. Aus dem Organisationsstatut und der Bekanntmachung des Parteivorstandes in der Nummer vom 20. d. Mts. ergeben Sie das Erforderliche. — O. B. 4. 1. Rein. 2. Die länger als 4 Jahre zurückliegenden Ansprüche wären verjährt. 3. Zunächst muß der Anspruch bei der Polizeibehörde oder Berufsgenossenschaft angemeldet werden. Wegen den beratungsfähigen Bescheid ist binnen einem Monat Berufung an das Schieds-gericht für Arbeiterversicherung zulässig. — Wied. In der Regel begründet erst die 10 wöchentliche ununterbrochene Dauer der Erwerbsunfähigkeit einen Anspruch auf Ermäßigung. Nach Ablauf des Aufenthalts versuchen Sie es mit einem Antrag, selbst wenn die Aufenhaltsdauer 10 Wochen nicht betragen hat. — 1910 R. 1. Ja. 2. Wenn die Frau einen Scheidungsgrund hat, ist sie zum Getrenntleben berechtigt und Sie zur Alimentation auch der Frau verpflichtet. 3. Sie können Rückzahlung häuslicher Möbel fordern, wenn die Frau einen Scheidungsgrund nicht hat. Andernfalls sind Sie verpflichtet, der Frau die zur Führung eines gesonderten Haushalts erforderlichen Gegenstände zu belassen. 4. Rein. — R. Z. 10. Wir raten, das Arbeitsverhältnis, Engländer 15, um Vertretung anzugehen. — M. W. 11. Unrechtes Erbschaft. Die Klage ist binnen Jahresfrist, von der Berechtigung ab gerechnet, zu erheben. — R. G. 16. Fragen Sie bei dem Vorstand der Seelcut, Hamburg, Behrensstraße 57/58, an. — O. G. 25. Sie sind zur Haftung verpflichtet, wenn, wie es der Fall zu sein scheint, die Ware im Geschäftsbetrieb verwendet ist. — P. G. 3328. Zur Bezahlung der Zinsen und der Verzinsungen — nicht sonstigen Spezen — sind Sie verpflichtet. — M. R. 79. 1. und 2. Rein. — R. G. O. Den Lauscher müssen Sie beschaffen. — R. G. 65. 1. Ja. 2. Ja, falls Sie mehr als 25,85 M. pro Woche oder 125 M. pro Monat regelmäßig verdienen. — 100. G. 2. Spielerfragen beantwortet wir nicht. — R. G. 100. Ihre Frau soll unter Darstellung des Sachverhalts an das Vormundschaftsgericht einen Antrag auf Volljährigkeitserklärung richten. — R. G. 19. Nur dann, wenn dadurch eine erhebliche Verschärfung der Gesundheit der Bewohner zu befürchten ist und ein Sachverständiger das begutachtet. — R. G. 30. 1. 1650 Mark, 200 Mark für Berlin. 2. In 4 Euten à 250 Mark und in 3 Euten à 200 Mark in Abständen von je 3 Jahren. 3. Unter dieser Bezeichnung existiert, soweit wir sehen, in der Bekleidungsordnung eine Beamtenkategorie nicht. 4. Das Gesetz erhalten Sie im Verlag von F. Suttentag, Dönhofsstr. 107/108. — Blum. In einer zoologischen Handlung erhalten Sie Kunstst. — Richard G. 100 Köpenitz. Die Birten war dazu berechtigt. — P. G. 100. Wenden Sie sich an W. H. Gung, Prinzenstr. 66, IV. —

Kunstliche Marktbericht der Reichlichen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr (Schwanz, Geschäft) gut, Preise unverändert. Bild: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise gut. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise betriebliegend. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft schleppend, Preise fast unverändert, für Kalte nachgehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr flau, Preise unverändert.

### Witterungsüberblick vom 20. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer-höhe mm | Wind-richtung | Wolken-höhe | Wetter   | Temp. in C. 10 m | Stationen  | Barometer-höhe mm | Wind-richtung | Wolken-höhe | Wetter   | Temp. in C. 10 m |
|-----------|-------------------|---------------|-------------|----------|------------------|------------|-------------------|---------------|-------------|----------|------------------|
| Stettin   | 758               | SW            | 3           | halb hd. | 16               | Hannover   | 755               | S             | 2           | halb hd. | 11               |
| Darmstadt | 760               | SW            | 2           | bedekt   | 14               | Petersburg | 758               | SW            | 1           | wolfg    | 12               |
| Berlin    | 759               | B             | 5           | bedekt   | 15               | Seibitz    | 762               | SW            | 5           | wolfg    | 14               |
| Frankfurt | 762               | SW            | 1           | Dunst    | 16               | Übersee    | 758               | SW            | 2           | wolfg    | 13               |
| München   | 763               | SW            | 2           | wolfg    | 15               | Wars       | 764               | SW            | 2           | bedekt   | 16               |
| Wien      | 760               | SW            | 2           | bedekt   | 18               |            |                   |               |             |          |                  |

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. Juli 1910. Zunächst ziemlich heiter, etwas wärmer bei möglichen südwestlichen Winden, nachher wieder zunehmende Bewölkung, Gewitterregen und Abkühlung. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand       | am 19. 7. | seit 19. 7. | Wasserstand         | am 19. 7. | seit 19. 7. |
|-------------------|-----------|-------------|---------------------|-----------|-------------|
| Remel, Mühl       | 143       | -15         | Saale, Großh.       | 142       | -8          |
| Bregel, Jüterburg | 30        | -25         | Havel, Spandau      | 45        | +1          |
| Beltsch, Thora    | 405       | -89         | Kaßtenow            | 38        | -3          |
| Ober, Rasthor     | 304       | -14         | Spreew., Spremberg  | 142       | -4          |
| Krossen           | 226       | -1          | Beetow              | 81        | +2          |
| Frankfurt         | 98        | +5          | Rüden               | -39       | -1          |
| Barthe, Särzimm   | 18        | +6          | Rüden               | 65        | +15         |
| Landberg          | -2        | -3          | Rhein, Maginshausen | 614       | -14         |
| Rehe, Borsum      | 66        | -14         | Kaß                 | 490       | -18         |
| Eibe, Reimberg    | 42        | -4          | Rhin                | 482       | -9          |
| Preßden           | 251       | -20         | Redar, Giebrom      | 133       | -9          |
| Parby             | 231       | -18         | Rain, Wertheim      | 201       | -17         |
| Magdeburg         | 213       | -18         | Wolke, Trier        | 162       | +8          |

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — Unterpostel. \*) 68ster Wasserstand am 18. 6 Uhr nachm. 229 cm.



# Theater und Vergnügungen

**Donnerstag, den 21. Juli.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Zamhauer.  
Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches. Raume des Verlebten.**  
Judith und Dolores.  
Kamerapiele. Liebeswahr.  
Leffing. Katernluft.  
Komische Oper. Der Regiments-  
papa.  
Neues Schauspielhaus. Der  
Alger.  
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang  
7 1/2 Uhr.)  
Berliner. Taifun.  
Venedig Oberreit. Der Graf von  
Luxemburg.  
Thalia. Charles Tante.  
Geddel. Dem gehört Helene?  
Spul. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Ein Maskenball.  
Schiller Charlottenburg. Die  
von Hochstättel.  
Rote. Der Seelkett.  
Lustspielhaus. Das Leutnants-  
mündel.  
Metropol. Hallo!!! — Die große  
Revue.  
Folies Caprice. Die böse 13. —  
Die leuchtende Toilette. — Der  
Athlet. — Ein ruhiges Heim. —  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Apollo. Spezialitäten.  
Volksgarten. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Karl Gaverland. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis  
Korfu.  
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

**Lessing-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Kajernenluft.**  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: **Taufun.**  
Morgen: **Taufun.**  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Das Leutnantsmündel

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 102.  
Auf der Gartenbühne:  
**Der Seckadett.**  
Oberette in zwei Akten von  
Otto Richter. Musik von G. Grefenst.  
Auftritten erstklassiger Spezialitäten.  
Großes Gartenkonzert. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr: Das sensationelle  
Programm. 9 1/2 Uhr:  
**Klassische Tänzerinnen**  
vom Königl. dänischen Ballett  
**5 Beautés Korinnas 5.**  
9 1/2 Uhr:  
**Schimpanse-Orang-Utang**  
als Taubenspieler  
sowie die weiteren großen Attraktionen.

**WINTERGARTEN**  
**La Tortajada**  
in ihrer neuesten Schöpfung:  
„Abenteuer eines Toreros“.  
**Kaufmanns Lady Cycle Troupe**  
**Garcias**  
jonglierende Silhouetten  
sowie  
die sensationellen Attraktionen  
des **Juli-Programms!**

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Zum Schluss:  
Kämpfer d. Landstraße.  
Urf. Burleske von Maysel.  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Colonnadenstr. 72. Ecke Alexanderstraße.  
(Inhaber: Max Schindelhauer.)  
Der herrlichen Naturgarten (bei un-  
günstiger Witterung im Theateraal).  
Täglich: Hund-Roulet aus Foto-  
bama ??? Wasini, bester Ent-  
seffelungsstumpf, usw. Goldschmieds  
Töchterlein, Rollst. m. Gel. in 1 Akt.  
Anfang wochent. 7 1/2. Sonnt. 5 Uhr.

**Voigt-Theater**  
Gedächtnisstr. 58.  
Donnerstag, den 21. Juli:  
7 1/2 Uhr **Winefa.** 7 1/2 Uhr:  
Gr. romant. Lebensbild mit Gesang  
und Tanz in 3 Akten von G. Schulz.  
Das große neue Juli-Programm.  
Kasseneröffnung 8 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Wissenschaftliches Theater  
Heute 8 Uhr:  
**Von Abbazia bis Korfu.**

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert**  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Passage-Panoptikum.**  
Die zusammengewachsenen  
**Schwestern Blazek**  
und ihr Kind.  
Von 11—1 Uhr mittags  
u. von 3—10 Uhr abends zu sehen.  
**Kein Extra-Entree!**  
Nur wenige Tage!  
Eintritt 50 Pf. Kinder und  
Soldaten 25 Pf.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der größte**  
Theatererfolg  
Berlins  
**der spanische**  
**Caruso**  
Senor Orduna.  
Der stimmungsvollste Tenor,  
der je gehört wurde,  
u. das große Juli-Programm.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Die **Negerhochzeit** im  
**Sung-Park**  
findet heute abend 8 Uhr statt.  
Große Illumination und Festdekoration des  
Sommerdories und des Parks. Seebelichtung.  
Attraktionen u. Konzerte der Musikkapellen.  
Sonabend, den 23. Juli 1910:  
**Elitetag □ Souvenirfest.**

**Folies Caprice**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Die böse 13.  
Die keusche Toilette.  
Der Athlet.  
Ein ruhiges Heim.

**BBB**  
Brunnenstraße 16.  
Das größte Kino-  
Theater Berlins.  
Neues Programm.  
Eintritt 30 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
früher Wolmann.  
Badr. 8. Behm u. Beckmannstraße.  
Täglich: Konzert, Theater- und  
Spezialitäten-Vorstellung. Das neue  
Kleinen-Gartenprogramm. Zur Aufführ. gel.:  
**Der Goldteufel.** Lebensbild mit  
Gesang u. Tanz in 3 Akten u. 8. Elmar.  
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Festw.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)  
**Gottscheld-Oper.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Drittes Gastspiel von Mitgliedern des  
Deutschen Landes-Theaters in Prag:  
**Ein Maskenball.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Martha.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Ein Maskenball.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstättel.**  
Puppenspiel in 3 Aufzügen von Leo  
Waller Stein und Ludwig Keller.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstättel.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Die von Hochstättel.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises  
Sonntag, den 24. Juli 1910, in „Schloss Weissensee“  
(Fahrverbindungen mit der Stadtbahn (Nordring) und den Straßenbahnlinien 59, 60, 61, 62)  
**Grosses Sommerfest**  
bestehend in  
**Konzert, Gesang, Vorträgen und**  
**Feuerwerk**  
Mitwirkende: Gesangsvereine des Arbeiter-Sänger-Bundes — Freie Turner —  
Arbeiter-Athleten-Vereine — Arbeiter-Schwimmer — Humoristische und  
satirische Ensembles

**Neu! Raritäten-Kabinet! Neu!**  
Billetts im Vorverkauf 20 Pfennig, an der Kasse 25 Pfennig  
228/11\*  
Anfang mittags 12 Uhr  
**In beiden Sälen TANZ**  
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach  
Jedes Kind erhält zwei Bons; einer ist gegen eine Stocklaterne umzutauschen,  
der andere gilt zur einmaligen Benutzung der Schaukel oder des Karussells  
**Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet** Das Komitee.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Grotzerstr. Inhab.: Rud. Herz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 5, 9353.  
**Lebende Photographien.**  
Während der Sommermonate nur  
Sonabend, Sonntag u. Montag.  
Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.  
Anfang 7 Uhr. Vorzugskarten, nur  
wochentags gültig, 25 Pf. auf allen  
Plätzen. Stets wech. Progr. Jed.  
Sonnt. 1. Oberaal: Künstlerkonzert.  
Eintritt 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.  
Täglich: Freikonzert.

**Walhalla**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.  
Abends 8 Uhr:  
**Das großartige**  
**Varieté-Programm.**

**Puhmanns Theater**  
Schlöh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.  
Wenn schön — im Garten!  
Wenn Regen — im Saal!  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Berliner in Japan.**  
Operette v. Keillingen. Musik v. Kieck.  
Vorher: Die brillantesten neuen  
Spezialitäten.  
Anfang wochent. 7 1/2. Sonnt. 7 1/2 Uhr.  
Ent. wochent. 20-60. Sonnt. 20-100 Pf.  
Kinder halbe Preise.

**Abfahrtsstelle**  
**Schillingsbrücke**  
am Schließigen Bahnhof.  
Morgen Freitag, früh 10 Uhr u. mittags 2 Uhr mit 40 Mann Musik  
nach **Neue Mühle.** Die vier größten Salon-Doppel-  
Schrauben-Dampfer.  
Dabei: Großes Garten-Konzert und Ball. Ein und zurück 50 Pf.  
Dergu ladet ergebnis ein [316] **Thormann.**

**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Graf von Luxemburg.**  
Sonntag nachmittag 3 Uhr zu er-  
mäßig. Preisen: Die Dollarprinzessin.  
**Gr. Berliner Kunstausstellung 1910**  
30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**  
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Pf., u. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 60 Pf. Dauert. 6 Pf.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
**Täglich:**  
**Konzert, Theater,**  
**Spezialitäten.**

**CIRCUS**  
**Cyrl-Hallé**  
Das Monstrum aller europäischen Zirkusse  
Nur noch wenige Tage!  
Schöneberg, Ecke Haupt- und  
Mühlenstraße.  
Tel. Amt 6, 129.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
**Großer**  
**Gala-Abend**

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7—9.  
Täglich:  
**Im Reiche des Mars**  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Kliems Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: Rudolf Krüger.  
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Artist. Leitung: Walter Grävenitz,  
Kapellmeister: Max Wolfhelm.  
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**  
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2, 5 Uhr.

**Sommer-Theater**  
**Café Bellevue**  
am See und  
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.  
Täglich:  
Spezialitäten  
Theater, Konzert.

**Victoria**  
**Brauerei, Lützowstr. 111/112**  
Im Garten oder Saal: Täglich  
**Gr. humorist. Solree.**  
(Gesangsvorträge, Theater und  
Varietés-Vorstellungen.)  
Sonntags, Dienstag, Donnerstag  
und Sonnabend: Tanzkränzen.  
Anf.: Wochentags 8, Sonntags  
7 Uhr. — Alle Bons gültig.  
Im Restaurant: Kellergeld 75 Pf.  
Gr. u. H. Säle zu Festlichkeiten  
aller Art. Max Saeger.

**Schweizer Garten**  
Am Königstor — Am Friedrichshain.  
Täglich:  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:  
**Berliner Herzen.**  
Vollstück mit Ges. in 2 Akt.  
Volkshelungen. Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
Jed. Mittw.: Kinderfrauenfest.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Anfang wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 4 Uhr.

Wie ja, 406\*  
kann hat man den Rücken gewandt,  
dann geht es los — in  
**Nibles Festsäle**  
Dennewitzstr. 13.  
Jeden Donnerstag:  
**Strohwitter-Ball.**  
Anfang 9 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Spree-Garten Treptow.**  
Gegenüber der Sternwarte.  
Erstklassiges und größtes Konzert-Etablissement Treptows.  
Säle und Innenräume für ca. 3000 Personen.  
Herrlicher alter Park | Wein-Terrasse | Große Wasserfront  
Orig. Pilsner, Schultheiß-Biere, Spatenbräu.  
Täglich 3—6 Uhr: Gr. Kaffee-Freikonzert.  
Heute Donnerstag: **Extra-Tag.**  
Großes Militär-Konzert und Schlachtmusik.  
Kapelle des Kadettenkorps, legl. Obermusikmeister Nafork.  
Anf. 7 Uhr. unter Mitwirkung des Tambourkorps. Entree 15 Pf.  
Fest-Illumination des ganzen Etablissements.  
Im Riesen-Großer Fest-Ball.  
Festsaal:  
2 Tanzsaal. Ballmusik der Hanskapelle. 2 Tanzsaal.  
Motorboot-Rundfahrten. Gondel-Korsofahrten.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
**Seeterrasse Lichtenberg**  
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins.  
Bei ungenügender Witterung  
Schuß für 8000 Personen. — **Täglich:**  
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Kustreien der  
**besten Turmfeilkünstler der Welt The Liepolt.**  
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Vortreffl.:  
Gustav Loeser Comp. Genialitäts- Pantomime, ein Epök in  
einer holländischen Bakenshall. — **Duett Krill und Gustav**  
**Müller.** Original-Gumoristen  
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das  
neue beste Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**  
Land- und Wasser  
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**  
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamtentree 20 Pf. Kinder frei.  
Um gütigen Zuspruch bitten Louise und Waldemar Diez.



81/1  
**Humor-Quartett**  
 Berlin  
 6. Creuer, Kaantien-Allee 40

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Bekannt in aller Welt ist's lang:  
 „Humor“ nimmt ein den ersten Rang.



**Humor**  
 putzt alle Metalle sauber und geruchlos.  
 Zu haben in Flaschen von 10 Pf. an.  
 Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,  
 in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
 Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
 BERLIN, Leipziger Straße 92.  
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Wir fahren alle nach der  
**Reform Zahnpraxis**  
 Zähne 180 M



Schmerzlose Behandlung  
 Da erhalten Sie unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit nur echte Zähne. Keine hohlen Zähne oder mit eisernen Stiften versehenen Zahnersatz. Ueberzeugung macht wahr!

**Reform Zahn-Praxis**  
 Carl Rudolph.

1. Praxis: Friedrichstr. 35. 6. Praxis: Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 117.  
 2. Praxis: Elsassstr. 14. 7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.  
 3. Praxis: Oranienstr. 61. 8. Praxis: Spandau, Neundorfer Straße 108.  
 4. Praxis: Palisadenstr. 106  
 5. Praxis: Monbit, Huttenstraße 65.

**Königlicher! auf der Seite**



**J. Goldfarb** Preuss. Stargard  
 gegründet 1839.  
 Tabac russe à priser, goût de Kowno.  
 Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Eigene Fabrikation im Hause!



**Möbelfabrik**  
 Julius Apelt, Tischler-Meister  
 6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor  
**Komplette Wohnungs-Einrichtungen**  
 zum Preise von 500, 600, 700, 800, 900, 1000 M. usw. stehen zur Ansicht  
 in modernster Ausführung von den einfachsten bis zu den elegantesten  
 in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. ΔΔΔ Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

**Ungewitter's Kantabak**  
 garantiert rein aus Kentuckytabak.  
 seit Jahrzehnten unübertroffen.  
 Niederlage:  
 O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,  
 Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee.

**Achtung!**  
 Java-Einlage,  
 leicht u. zartblättrig,  
 viel Humblat enthalten,  
 per Pfd. M. 1.10.  
 Hamburger Rohtabakhaus  
 Filiale: Berlin N.,  
 Brunnenstr. 190.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen**

**ANZEIGEN**  
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-E. position, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Zillbeddecken, Fabrikreste, 1.75, 2.25, 2.85, 3.75, 4.85, 5.50, 6.75 ufm.

Erdbüchereis und Bettdecken, 3.45, 3.85, 4.75, 5.75, 6.50 ufm. E. Weihenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Tuch- und Plüschdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.65, 4.75, 6.50, 8.75 bis 30 Mark.

Plüsch- und Ausportieren 3.25, 3.85, 4.85, 6.25, 7.85 ufm. Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.85, 4.75, 5.50 ufm.

Plüschteppiche mit feinen Flecken, in allen Größen, 6.75, 8.25, 9.85, 11.50, 13.50 bis 60 Mark. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Sport- und Lammwolldecken 1.65, 2.60, 3.25, 4.50, 5.25, 6.75 bis 20 Mark.

Möbelstoff, Hüser- und Plumeuxstoffe (portabil), E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1000R

Handelshaus Krebber, Köthener-Platz 7, (portabil) Bettdecken, Gardinenverkauf, Häkelverkauf, Warenverkauf, Federverkauf, Schmuckwaren, Goldwaren, Silberwaren, verschiedene Waren. 2192R

Teppiche (sehr schöne) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Dörfelstr. Markt 4, Finkenb. Börse. (Nieder des Vorwärts\* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Anzugstoffe, wegen Aufgabe unserer Verkaufsräume.

Sportbillig, Meter 3, 4, 5 Mark, Paletotstoffe, Meter 5, 6, 7 Mark, Posenstoffe, Meter 3, 4, 5 Mark, Damentuche, Meter 1.95, 2.50 Mark.

Reise (portabil), Koch u. Esstisch, Koffert 2. 1045R

Vorwärts\* (sehr erhaben) ausnahmsweise diese Woche 5 Prozent Extrarabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 804R

Mahonzüge, 32.00 bis 85.00, Fertige Herrenanzüge 8.50, Anzugtuche Gelegenheitskauf, Verkauf an Private. Vorwärts\* (sehr 5 Proz. Zuschlag) Kottbuserdamm 16/17, Kochb. 9708R

Teppiche (sehr schöne) Gelegenheitskauf, Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärts\* (sehr) 5 Prozent Extrarabatt. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billige Rabatt Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R

Vittauer's Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte (portabil) Stahlfabrik 90, Barndorferstraße 67.

Möbelverkäufe. Wir empfehlen den Freunden des Radspors: Mittelb. Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1.75 M. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2.50 M. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden.

Billige Damenmode. Hochelegante Herrenmode aus feinsten Stoffen 7-15 Mark, Tennissocken. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Vorwärts\* elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 30-40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12R

Buntwaschstoffe, Jober, E. Weihenbergs, Babewannen. Spezialfabrik Bienenstraße 12. Fern 5 Proz.

Billige Damenmode. Hochelegante Herrenmode aus feinsten Stoffen 7-15 Mark, Tennissocken. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1000R

Teppichspezialhaus Emil Lejter, nur Oranienstraße 158, Nietenpflanzlager 4.35, 6, 10 bis 1500 Mark, feinste Teppiche (portabil) Spezialkatalog 600 Abbildungen gratis. 897R

Germanplatz 6. Allerbilligste Plüschdecken, Sommerpaletots, Jagdanzüge, Herodanzüge, Herrenmode. Extrabilliger Bettdeckenverkauf, Vermietungsbett, Brautbetten, Ausweierdecken, Häkelwaren, Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Bildhauerei, Steppdecken, Wandtuchen, Tischdecken, Goldwaren, Großherren allerbilligster Warenverkauf im Handelshaus Germania, Markt 6. Auch Sonntags geöffnet.

Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Dimandeden, Lederstoffe, Brautstoffe, (portabil) Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1075R

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Geschäftsverkäufe.**

Seifengeschäft, wirklich gute Erzeugnisse, Mann-Krankenhaus, Frau leidend, den Säullich, Schwedenstraße 3a.

Partiellkauf für Inventarpreis veränderungslos veräußert. Hochhäuserstraße 23. 4139

Edelkellerei in flatter Gegend, circa 3000 Mark. Jahresüberschuss, hat zum Verkauf Brauereivertrieb Knaipe, Stalhoferstraße 2, Hof 1 links.

**Möbel.**

Möbelangebot, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, eleganteste Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, beliebigen gemessen, verstellbar, (portabil) Reisekoffer, 5 Stagen. Möbelspeicher. Neue Königl. 3/6, Fabrikgebäude. Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. 281/11

Spezialverkauf, 10, Ede Königl. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung.

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette 130, Schreibeische 45, Sofa 45, Garnituren 65, Truemein 30, Schränke, Bettische 20, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchensattel, Klaviers, Lederstoffe, Umboas, Lederstühle usw. (portabil) Kenners Möbeldepot, Lotzingerstraße 55, Rosenb. Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 953R

Möbelgeschäft. Darnow, Tischlermeister, gegründet 1901, Etalageverleiher 57 (Kottb. Platz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Normale Ausmaß. Zahlungs-erleichterung. Vorwärts\* (sehr) 3 Prozent. Kein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Möbel! für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe ich Stube und Küche. In jedem Stück deutlicher Preis. Ueberbietet dabei angeschlossenen. Bei Kaufabschluss und Arbeitsfähigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft R. Goldhand, Postenstraße 38, Ede (Weihenbergs) 2901R

Wirtschaft, vollständig, auch geteilt, verkauft abwärts über Osten, Dörfelstr. 15, linker Seitensattel III.

**Wochel-Vorbel, Kottb. Platz 58.**  
 In meinem seit 31 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Schlafzimmer, englisch 197, modern mit Jantarisen 268, Wohnzimmer, modern 290, Edelzimmer 355, Herrenzimmer 390, 1 Zimmer und Küche 305, 354, modern 479, 2 Zimmer und Küche 568, 667, englische Bettstelle mit Matrize 43, Kleiderständer 30, Truemein, geschliffen 34, Schlafsofa 30, Plüschsofa 55, Umbau 50, Teppiche, Reisekoffer, Befestigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungs-erleichterungen. Gedruckt 8-8, Sonntags 8-2 kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Musterbuch P. gratis und franco. 907R

Prüfen Sie erst unsere Möbelangebote und überzeugen Sie sich vor Kaufabschluss von der Leistungsfähigkeit und Realität der anerkannten Möbel-Polsterwarenfabrik R. Goldhand, Stalhoferstraße 25, an der Hochbahn. Katalog gratis!

Wichtig für Sommerwohnungen, Gasthöfe, Brautleute und Pensionate. Möbel, gebrauchte und verlässliche gemessene, Kleiderständer 18.00, Bettstelle mit Federmatratze 15.00, Kommode 12.00, Wärmehülle 20.00, Herodanzug 23.00, Kleiderständer mit Decke 17.00, Ausziehschloß 16.00, Plüschgarnitur 65.00, Küchensattel 15.00, Stühle 2.00, Ausziehschloß 14.00, Herrenschreibtisch 28.00, Lederstühle 8.00, Küchensattel, Speisezimmer, Herrenzimmer, elegantes Schlafzimmer, komplett 300.00. Federbetten, Gardinen, Bilder, bunte Küchen, Teppiche. Gebe auch Möbel auf Teilzahlung. Stargard, Lotzingerstraße 69.

**Fahrräder.**

Arbeiter-Radfahrer erhalten zehn Prozent Rabatt im Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Oranienstraße 62.

Herrenrad, Damenrad einmal benutzt 35.00, Holz, Blumenstr. 36. 1683R

Teilzahlungen. Dreißigjährige Garantie. Spezial-Garantierab 65.00, Kasse. Anwaltsstraße 20, Bildhauereistraße 73. 700R

**Musik.**

Pianino, hohes, goldgrünert, 115,- (Teilzahlung gestattet), Lurumb. 8 I. 80/14

**Verschiedenes.**

Patentanwalt Besel, Köthenerstraße 94.

Annahmestelle von Frau Hofstadt, Schmalenbr. Kurstraße 8, III.

Chauffeur-Ausbildung, theoretisch und praktisch. Auto, Flugzeugführer. Tages-, Abendkurse. Prospekt! Autotechnikum, Charlottenburg, Fritschestraße 27a. 1032R

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 (Schulstr. Akademie), Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkurse, Zeichnerkurse, Werkmeister, Monteurkurse, Zimmerekurse, Polsterkurse, Tischlerkurse, Tageskurse, Abendkurse. 1077R

Wahnsinnfälle, Gramm 3.00, Gold, Fahngelbe, laßt Blümel, Auguststraße 19. 712R

Wäsche wird sauber gewaschen, freies getrocknet, saftig, Leinwand, 0.10, Abholung Sonnabends. Frau Kantsch, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 253/5

**Vermietungen.**

**Wohnungen.**

Prachtwohnungen Goldinerstr. 22. Zwei, Einzimmer-Wohnungen sofort, auch später Sonnendurchstrahlung 27. 2742R

Zwei, Einzimmer-Wohnungen sofort, auch später Goldinerstraße 15.

Vollwohnungen, 2 Stuben, Küche 28, 1 Stube, Küche 25, sofort, kleine Ratib. 106R

Stube und Küche, 18-28 Mark, Oranienstraße 2a. 7110R

Prachtwohnungen Dresdenstraße 5. 767R

Zweifamilienige Stube, Küche, separat, 17,-, Blumenstraße 7. 813R

Stube und Küche, 22 Mark, sofort zu vermieten. Auskunft im Zigarrengeschäft, Kottbuserstraße 32. 709R

**Zimmer.**

Möbliertes Vorderzimmer zu vermieten bei Gut, Faldstraße 31, Ede Weihenbergs. 7113R

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**

Gaudeinigung gegen Stube und Küche sofort an nächste, saubere, einzelne Leute. Frankfurter Chaussee 144. 155R

Reisender sucht fester, selbständig arbeitenden Gas-Isolationsmonteur oder gegen Vorarbeiten. Offerten B. 1 Hauptexpedition des „Vorwärts“, 305

Leinwandpolierer verlangt Wolff, Dörfelstraße 33. 7122R

Wasserschneider auf Vermittler (sofort gesucht) Münz, Strausberg bei Berlin. 345

Tüchtigen Balzer auf Goldbleiben verlangt Werkmeister, Brunnenstr. 194. 355

Rahmenmacher, eingehilt im Stangen und Nageln von Spiegelrahmen, findet dauernde Beschäftigung bei Gangliß und Laenger, Kaantien-Allee 79. 255

Steinmetz für Sandstein verlangt Jockel, Weihenbergs, Köfelfstraße 22.

Bekannter und Verlässlicher an Private und Geschäfte, pro Tag 8 bis 10 Mark Verdienst, für Berlin und Umgegend, auch andere Städte und Orte, sofort gesucht. Garantierter Mindestlohn 2 bis 4 Mark je nach Leistung. Gefällige Offerten an Raab, Dresden 12, Köfelfstraße 12.

Flügelübernehmer, außer dem Hause, auf bestem Genre, verlangt Carl Ariener, Kommandantenstraße 3/4. 295

Stänkeleiche Blumen-Produktionen und Arbeiterinnen, nur im Hause, sucht Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 2700R

Wasserschneider auf bessere Damenpaletots, 3.00 bis 7,- Mark. Dauernde Beschäftigung, sofort im Hause, J. Holz, Oranienstraße 10-11.

**Wegen Streit und Lohnunterschieden sind gesperrt:**

Leinwandfabrik Quast, Treptow, Kottbuserstraße 35.

Möbelgeschäft Lukat, Dörfelstraße 35.

Kleider- und Hutmacher, Fritschestraße 32.

Rossmacherei der Stralauer Glasbläser.

Das Berliner Arbeitswilligenvermittlungsbüro d. gelben „Handwerker- und Arbeitervereins“. Die Ortsverwaltung Berlin d. Deutsch. Holzarbeiterverband, Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.